7. JAHRGANG 20. März 1931 NUMMER 12

Magazin der Wirtschaft

EINE WOCHENSCHRIFT

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

Inhalt

Die Gemeindefinanzen in der Krise . . 543
Dr. Gustav Siegel, Zur Strompreisfrage . 546
Dr. Fritz Blumrath, Auflockerung der starren Lohntarife! 550
Dr. Rolf Fischer, Übersetzung des Lebensmitteleinzelhandels 553
Glossen
Kreditbedarf der Arbeitslosenversicherung 556
Amtliche Wohlfahrtserwerbslosen-Statistik 556
Enquête-Kritik an der Wohnungswirtschaft 557
Öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer . . . 558
Die Ostpreußische Landschaft berichtigt weiter 559
Widerspruchsvolle Kartellgerichtsurteile zur Kündigungsfrage 559
Die neue Form des Berliner Verfassungsentwurfs 560
Finanzierung Berlins durch die Bewag . . 561
Die Absatzfinanzierung in der Depression 561
Vor der Verlängerung des Eisenpakts . . . 562
Weitere Konzentration in der mitteldeutschen Stahlindustrie 562
Dividendenpolitik der Baumwollindustrie . 563
Neue Verwaltung bei Schantung 564
Erweiterung der Rossija-Interessen in der deutschen Versicherung 564

Währungsverluste der Deutsch-Südamerikanischen Bank 565
Veränderte Bosch-Organisation in England 565
Die Österreichische Nationalbank im Jahre 1930 565
Personalia 566
Literatur 567
Die Wirtschaft des Auslands (Kanada: Strukturelle Aufwärtsbewegung) 571
Bilanzen (Dresdner Bank) 572
Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Paris, London, New York) 573
Statistik (Februar-Ausweis der Rentenbank / Der Außenhandel im Februar / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse / Reichsbank-Ausweis / Ausweise der Privatnotenbanken) 579

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1 M / VIERTELJÄHRLICH 12 M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Aktienkapital 60 Millionen Reichsmark **Reserven 60 Millionen Reichsmark**

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

Zeichnungseinladung

Durch das unterzeichnete Bankenkonsortium werden im Auftrage des Freistaates Sachsen

RM 20000000

7% Sächsische Schatzanweisungen von 1931

rückzahlbar zum Nennwert am 1. April 1933

zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Der Zeichnungspreis beträgt

97¼%.

Die Schatzanweisungen sind mit halbjährlichen Zinsscheinen ausgestattet, die am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres, erstmalig am 1. Oktober 1931, fällig werden, und lauten über Stücke zu RM 200,—, 500,—, 1000,—, 2000,—, 5000,— und 10000,—.

Zeichnungen werden durch die unterzeichneten Banken und Bankfirmen sowie deren sämtliche Niederlassungen

bis 1. April d. Js. einschließlich

entgegengenommen. Die Zuteilung erfolgt umgehend durch diejenige Stelle, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist; das Konsortium behält sich die Höhe der Zuteilung sowie den jederzeitigen Schluß der Zeichnung vor. Zeichnungen, für welche eine Verkaufssperre bis zum 1. Oktober d. Js. übernommen wird, werden vorzugsweise berücksichtigt.

Die Bezahlung der zugeteilten Stücke kann sogleich nach Zuteilung erfolgen und muß spätestens bis zum 7. April d. Js. bewirkt werden. Auf die vor dem 30./31. März d. J. erfolgenden Zahlungen werden 7% Stückzinsen vergütet. Vom 1. April d. Js. ab hat die Bezahlung zuzüglich 7% Stückzinsen zu erfolgen.

Börsenumsatzsteuer ist seitens der Zeichner nicht zu entrichten.

Die Zeichner erhalten zunächst Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe später die Ausgabe der Schatzanweisungen erfolgt. Die Schatzanweisungsanleihe wird an den Börsen zu Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, Chemnitz und Zwickau zur Einführung gelangen.

Berlin/Dresden, im März 1931.

Chemnitz, Essen, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Oldenburg, Rostock, Weimar.

Preußische Staatsbank (Seehandlung).
Mendelssohn & Co.
Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.
S. Bleichröder.
Deutsch-Südamerikanische Bank Aktiengesellschaft.
Hardy & Co.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Chemnitzer Girobank Kommanditgesellschaft.
Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Dresden.
Dresdner Bank.
Girozentrale Sachsen — Öffentliche Bankanstalt —
Sächsische Bank zu Dresden (Sächsische Notenbank)
Gebr. Arnhold.
Philipp Elimeyer.
Simon Hirschland.
Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien.
A. Levy. **Sal. Oppenheim jr. & Cie.**
Bayerische Vereinsbank. **Merck, Finck & Co.**
Rostocker Bank.

Sächsische Staatsbank.
Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft.
Berliner Handels-Gesellschaft.
Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank. —
J. Dreyfus & Co.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Abteilung Dresden.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Dresden.
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Dresden.
Dresdner Handelsbank Aktiengesellschaft.
Kroch jr. Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Stadt- und Girobank Leipzig.
Bayer & Heinze. **Bondi & Maron.**
S. Mattersdorff. **George Meyer.**
Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank.
L. Behrens & Söhne. **M. M. Warburg & Co.**
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.
Oldenburgische Landesbank.
Thüringische Staatsbank.

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT
VEREINIGT MIT „PLUTUS" NEUE FOLGE
7. JAHRGANG BERLIN, 20. MÄRZ 1931 NUMMER 12

Die Gemeindefinanzen in der Krise

Wenn man die Einnahmen aus den neuen Steuern und die Mindererträge der alten sowie die Zunahme der Wohlfahrtslasten berücksichtigt, wird sich die Finanzlage der Gemeinden aller Voraussicht nach im kommenden Jahr um mindestens 250 Mill. RM gegenüber 1928/29 verschlechtern. Weniger als ein Drittel davon kann durch Ersparnisse gedeckt werden. Da auch die Erwerbslosenversicherung von einem Defizit von 250 Mill. RM und das Reich von einem solchen in Höhe von 200 Mill. RM bedroht ist, muß die Regierung mit größter Energie das im Dezember begonnene Sanierungswerk fortsetzen.

Die unerwartet hohe, nicht nur saisonmäßige Zunahme der Erwerbslosigkeit im Winter hat erneut das Problem der Gemeindefinanzen und deren Verhältnis zu den Reichsfinanzen aufgerollt. Die Gemeinden sind an die Reichsregierung mit neuen Vorschlägen herangetreten, die eine Übernahme von 600—700 Millionen Wohlfahrtserwerbslosenlasten durch Reich und Länder vorsehen. Das „Magazin der Wirtschaft" hat in früheren Jahren den finanzpolitischen Klagen der Gemeinden mit einiger Skepsis gegenübergestanden, weil die Ausgabengebarung zahlreicher Kommunen, wie sich aus der Reichsfinanzstatistik im allgemeinen und zahlreichen Beobachtungen im einzelnen ergab, im Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht den durch die Verhältnisse gebotenen Sparsamkeitsanforderungen entsprach, und weil die Gemeinden durch die konjunkturelle Steigerung ihrer Steuereinnahmen bis zum Jahre 1928/29 ohne Zweifel vor einer *allgemeinen echten* Finanzkalamität bewahrt worden sind. Die Entwicklung dieses Winters hat aber, wie die Finanzen des Reichs, so auch die der Gemeinden in eine wirkliche Krise gebracht. Freilich läßt sich beobachten, daß die Öffentlichkeit, seit Jahren durch übertriebene Klagen der Gemeinden abgestumpft, gegenwärtig, wo es sich um echte Not handelt, der Frage geringeres Interesse zuwendet als vordem. Wie die Gemeinden ihre Finanzsituation selbst ansehen, wurde hier wiederholt klarzustellen versucht (vgl. u. a. Jahrg. 1930, Nr. 49, S. 2227). Es scheint indes nötig, angesichts der weitgehenden Forderungen, die die Gemeinden an das Reich und an die Länder richten, an Instanzen also, deren Finanzlage selbst alles andere als günstig ist, die gesamte Frage einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Trotz einiger statistischer Schwierigkeiten kann man bei Heranziehung alles verfügbaren Materials zu genügend sicheren Ergebnissen kommen. Sie führen zu dem Schluß, daß die Gefahr eines Defizits der Kommunen für das Jahr 1931/32 nicht geleugnet werden kann, daß aber die Reformvorschläge der Gemeinden über das Ziel hinausschießen und die Finanzsituation von Reich und Ländern nicht genügend berücksichtigen.

Will man die Entwicklung der Gemeindefinanzen untersuchen, so ist in erster Linie zu prüfen, in welchem Grade sich die Situation seit dem Jahre 1928/29 durch Einnahmerückgang und Ausgabenerhöhung verschlechtert und durch Erschließung neuer Steuerquellen und Ersparnismaßnahmen verbessert hat. Wir unterstellen also, daß es im Jahre 1928/29, in dem die Steuereinnahmen ihr Maximum erreichten, für die Gemeinden möglich war, ihren Etat auszugleichen; das ist um so mehr berechtigt, als im Jahre 1927/28 das Gesamtdefizit der Kommunen 80—90 Mill. betrug, im darauf folgenden Jahre aber die Steuereinnahmen um mehr als eine Viertelmilliarde gestiegen sind. Auf der anderen Seite betrug der Nettozuwachs an *unvermeidlichen Wohlfahrtsausgaben* im Jahre 1928/29 (nach der Statistik des Zuschußbedarfs) kaum mehr als 150 Mill. RM; dieses Ergebnis wird dadurch bestätigt, daß man für dieses Jahr einen Zuwachs von Wohlfahrtserwerbslosen von höchstens 200 000 annehmen darf. Das *tatsächliche* Defizit des Jahres 1928/29, das sich aus der Finanzstatistik noch nicht genau ermitteln läßt, kann also nur durch nicht unbedingt notwendige Ausgabensteigerungen entstanden sein.

Die Minusposten im Kommunaletat

Bei den Minusposten, die notwendig in Rechnung zu stellen sind, handelt es sich erstens um den *Rückgang des Ertrags der Reichsüberweisungssteuern* (zunächst auf der Basis des Reichsvoranschlags 1931/32 berechnet); zweitens um denselben Rückgang bei den eigenen Steuereinnahmen, einschließlich der Hauszinssteuer — von der für das nächste Jahr vorgesehenen Senkung der Realsteuersätze können wir dabei absehen, weil sie durch anderweitige Verwendung des Hauszinssteueraufkommens kompensiert wird —; und drittens vor allem um die Erhöhung der Lasten aus der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Für den ersten Posten ergibt sich ein Ausfall von 260 Mill. RM. Nicht so leicht sind die *Ausfälle der eigentlichen Gemeindesteuern* zu schätzen. Wir haben für die Hauszinssteuer entsprechend der gestiegenen Erwerbslosigkeit einen Rückgang von 15 %, für die Gewerbesteuer, deren Aufkommen sich weitgehend parallel dem der Einkommensteuer der gewerblichen Unternehmungen und der Körperschaftsteuer bewegen

muß, und für die Vergnügungssteuer den gleichen Minderertrag angenommen, für die Wertzuwachs- und Grunderwerbsteuer auf Grund der letzten Erfahrungen sogar ein Defizit von 20 %. Dagegen war jedoch die Erhöhung aufzurechnen, die der Ertrag der Gewerbesteuer infolge Heraufsetzung der Steuersätze noch im Jahre 1929/30 erfahren hat (rund 75 Mill. RM). Insgesamt veranschlagen wir diesen Minusposten auf 160 Mill. RM.

Entscheidend ist natürlich die Beurteilung der *Arbeitsmarktlage*. Um weder zu optimistisch noch zu pessimistisch zu sein, legen wir den gegenwärtigen Stand diesem Markte zugrunde. Im Winter hat die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden um rund 2 Millionen zugenommen, wovon höchstens die Hälfte auf Saisonarbeitslosigkeit entfällt. Daraus ergibt sich, daß noch jedenfalls bis in den Spätsommer hinein die Belastung der Erwerbslosenversicherung höher sein wird, als man früher annehmen mußte. Irgendwelche *Überschüsse* der Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung, die nach Ansicht der Kommunen zur Finanzierung der in Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge Befindlichen herangezogen werden sollen, sind nicht zu erwarten; vielmehr möchten wir glauben, daß die Durchschnittszahl der von der Anstalt Unterstützten, wenn nicht eine erhebliche Besserung der Konjunktur eintritt, etwa 1,9 Millionen betragen wird, zu deren Erhaltung (bisher 1000 RM je Kopf) das Beitragsaufkommen nicht ausreichen würde, selbst wenn man bei einer Schätzung so nahe wie möglich an die Zahlen der Anstalt selbst herangeht. Auf der anderen Seite kann die Durchschnittszahl der überhaupt zu versorgenden Erwerbslosen nicht unter 3½ Millionen angenommen werden; denn von den verfügbaren Erwerbsuchenden müssen im ganzen mindestens fünf Sechstel unterstützt werden, und die Zahl der Saisonarbeitslosen ist, wie gesagt, nicht größer als eine Million, so daß für die Sommermonate mit einem allgemeinen Bestand von 3,2 Millionen Erwerbslosen zu rechnen ist. So bleiben in Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge 1,6 Millionen zu betreuen, mit einem Gesamtaufwande von etwa 1200 Mill. RM, von denen 400 Mill. Krisenunterstützung im Reichsetat vorgesehen sind, während 800 Mill. auf die Gemeinden entfallen (die Gemeinden rechnen mit insgesamt 1400 Mill., eine demnach etwas pessimistische Schätzung). Unsere Berechnung wird dadurch bestätigt, daß Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge am Gipfelpunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit zusammen 1,6—1,7 Millionen Erwerbslose betreut haben.

Der dritte Minusposten für die Gemeindebudgets gegenüber 1928/29 beträgt demnach 650 Mill. RM, denn für jenes Jahr war, wie wir sahen, mit 200 000 Wohlfahrtserwerbslosen und einem Aufwand von 150 Mill. RM zu rechnen. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß sich an diesem Ergebnis nichts ändert, wenn für 1928/29 eine geringere oder größere Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen eingesetzt wird; im ersten Fall müßten die Gemeinden angesichts ihrer steigenden Steuereinnahmen im Jahre 1928/29 die sonstigen Ausgaben freiwillig erhöht haben, im zweiten Fall wäre die Verschlechterung gegenüber 1928/29 zwar geringer, dafür aber schon an diesem Datum ein Defizit einzusetzen.

Die Plusposten im Gemeindehaushalt

Einer Gesamtverschlechterung von nicht viel unter 1100 Mill. RM stehen die *Mehreinnahmen* aus der Bier-, Getränke- und Bürgersteuer, die Minderausgaben durch die Kürzung der Beamtengehälter (rund 125 Mill.) und die bereits durchgeführten oder noch möglichen sonstigen Ersparnisse gegenüber. Die Schätzung der erstgenannten Steuereinnahmen wird dadurch erschwert, daß man nicht wissen kann, wieviele Gemeinden von der durch die Steuernotverordnung gegebenen Möglichkeit einer *Verdoppelung* der Bürgersteuer und der Biersteuer sowie der Einführung der Schankabgabe Gebrauch machen werden. Man kann jedoch sagen, daß es höchstwahrscheinlich nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil sein wird, der auf diese Notmaßnahmen Verzicht leisten kann; denn erstens ist gerade auch die Finanzlage der Landgemeinden (und Landkreise, die von jenen abhängig sind) in der letzten Zeit durch das Steigen der Wohlfahrtserwerbslosenlasten sehr angespannt worden, und zweitens werden sich auch diejenigen Städte, deren Etats jetzt noch ohne Schankabgabe und Verdoppelung der Bier- und Bürgersteuer ausgeglichen zu sein scheinen, zur Ausnutzung dieser Quellen entschließen müssen. Denn wie gezeigt wurde, wird sich die Grundlage dieses Gleichgewichts, der Ansatz der Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, infolge der zu hohen Einschätzung im Reichsetat 1931 über kurz oder lang als brüchig erweisen; es wäre nur wünschenswert, daß in Erkenntnis dieser Situation rechtzeitig an die Ausschöpfung der letzten Steuerquellen gegangen wird.

Der Normalertrag der Bürgersteuer ist mit rund 150 Mill. RM, der der Biersteuer bei einem Verbrauch von etwa 50 Mill. hl und einem Steuersatz von 5 RM je hl Vollbier auf mindestens 240 Mill. RM zu veranschlagen, wovon etwa 75 Mill. RM Gemeinde-Biersteueraufkommen im Jahre 1928/29 abzuziehen sind. (Wenn man seinerzeit, vor Erlaß der neuen Steuernotverordnung, den Mehrertrag der Gemeindebiersteuer statt mit 165 Mill. auf nur etwa 60 Mill. veranschlagt hat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß erst durch die neue Steuernotverordnung die Erhebung der einfachen Gemeindebiersteuer *obligatorisch* geworden ist; bis dahin stand sie wahlweise neben der Bürgersteuer.) Nimmt man an, daß die Verdoppelung der Bier- und Bürgersteuer und die Einführung der Getränkesteuer von mehr als drei Viertel der Gemeinden rechtzeitig beschlossen wird, so ergeben sich Mehreinnahmen von annähernd zwei Drittel Milliarden. Dazu treten wahrscheinlich die Erträgnisse aus den zur Aufbringung der Baukosten für den Panzerkreuzer geplanten Sondersteuern, die den Gemeinden zugeleitet werden sollen; schließlich ist die Möglichkeit der Schaffung eines gewissen Ausgleichsfonds zugunsten besonders belasteter Gemein-

den zu erwägen, durch die jene Kommunen, die infolge ihrer relativ guten Finanzlage von einer Verdoppelung der Bier- und Bürgersteuer eigentlich absehen können, bis zu einem gewissen Grade zu einer Heranziehung dieser letzten Steuerquelle wenigstens teilweise veranlaßt werden könnten.

Trotz alledem ergibt sich gegenüber 1928/29 insgesamt eine Verschlechterung der Kommunalfinanzlage um eine Viertelmilliarde. Es fragt sich, ob gegenüber 1928/29 Ersparnisse in dieser Höhe als möglich angegeben werden dürfen. Nach der Statistik der Gemeindeausgaben in den Jahren 1913/14, 1927/28 und 1928/29 kann diese Möglichkeit nicht mit Sicherheit verneint, aber gewiß auch nicht bejaht werden. Der Zuschußbedarf, auf den es in diesem Zusammenhang — bei Ersparnisaktionen wegen Steuerrückgangs — allein ankommt, betrug zwar im Jahre 1927/28 4682 Mill. und 1928/29 5500 Mill. RM — gegenüber nur 1804 Mill. im Jahre 1913/14 (= etwa 2700 Mill. gegenwärtiger Kaufkraft); das drohende Defizit macht also nur etwa 5 % des durchschnittlichen Zuschußbedarfs aus. Prüft man aber die einzelnen Posten, so findet man, daß die Überhöhung gegenüber der Vorkriegszeit in erster Reihe auf die Wohlfahrtsausgaben, die Verkehrsausgaben infolge Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer zum Bau von Autostraßen und vor allem auf die Ausgaben für den Wohnungsbau (+ 90 Mill. *Zuschußbedarf* nach Abzug der Hauszinssteuermittel) zurückzuführen ist. Abgesehen von kleineren Ersparnissen in den übrigen Sparten — in der Größenordnung von 50 Mill. — kommt für Ausgabeeinschränkungen von den drei Hauptposten nur der Wohnungsbau in Betracht. Es kann in der Tat fraglich sein, ob sich zur Zeit ein solcher Aufwand aus *Steuermitteln* rechtfertigen läßt, zumal die von Jahr zu Jahr wachsenden Zinsen und Tilgungsraten aus den Hauszinssteuerhypotheken einen gewissen Ersatz bieten. Freilich steht einer Kürzung hier entgegen, daß der Wohnungsbaufonds aus der Hauszinssteuer ohnehin um 400 Mill. verringert wird. Auch ist nicht zu übersehen, daß schon die Herabsetzung der Ausgaben auf das Niveau von 1927/28 (abgesehen von den Wohlfahrtsausgaben), die wir eingangs voraussetzten, an die Gemeinden erhebliche organisatorische Anforderungen stellt.

Dazu kommt, daß unsere bisherige Rechnung in einem wichtigen Punkte zu günstig war, weil sie die Erträge der Reichsüberweisungssteuern im nächsten Etatsjahr den Ansätzen des Voranschlags entsprechend einsetzte. Wie aber schon oben erwähnt und früher eingehend nachgewiesen, überschätzt der Voranschlag unter anderem die Erträge der Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Mineralwassersteuer, was sich für die Gemeinden in einem Ausfall von etwa 90 Mill. RM bemerkbar machen wird. In diesem Umfang sind ihre Forderungen auf Erleichterung der Wohlfahrtserwerbslosenlasten *jedenfalls* berechtigt; darüber hinaus ist es wahrscheinlich, daß sich die möglichen Ersparnisse gegenüber 1927/28 im Rahmen von 100 Mill. halten werden, den Gemeinden also ein Gesamtdefizit von 220—250 Mill. droht.

Auf der Suche nach einem Ausweg

Wenn wir nach einem Ausweg aus dieser Schwierigkeit suchen, so muß von vornherein betont werden, daß eine Mehrbelastung der *Länder* nicht in Frage kommt. Sie werden genug zu tun haben, um durch weitere Ersparnismaßnahmen das Defizit der Einkommen- und Körperschaftsteuer gegenüber dem Voranschlag für 1931/32 auszugleichen (rund 100 Mill.). Jede nähere Analyse ihrer Ausgabengestaltung zeigt, daß größere Ersparnisse nur sehr langsam im Laufe längerer Perioden durchgeführt werden können, weil sie überwiegend tiefgreifende Verwaltungsreformen zur Voraussetzung haben. Auch der Rückgang der Schulausgaben infolge Abnahme der Zahl der schulpflichtigen Kinder kann sich bei ihnen wie bei den Gemeinden nur sehr langsam auswirken.

Die Finanzlage des *Reichs* ist um nichts rosiger. Wir haben seinerzeit das wahrscheinliche Defizit gegenüber dem Voranschlag 1931/32 auf 340 Mill. RM geschätzt. Ersparnisse — das steht nach der Annahme des Wehretats fest — werden in irgend erheblichem Umfang nicht durchgeführt werden. Selbst wenn man sich entschließen könnte, den Optimismus des Reichsfinanzministers, besonders hinsichtlich des Tabaksteuerertrags, zu teilen — das bisherige Aufkommen gibt dazu noch keinen Anlaß — und anzunehmen, daß die jüngste Steuererhöhung hier wenigstens einen Teil des erwarteten Mehrertrags bringen wird, ist es unmöglich, das Reichsdefizit auf weniger als 200 Mill. zu veranschlagen. Die Finanzlage der öffentlichen Körperschaften im kommenden Etatsjahr ist also, solange nicht ganz entscheidende Konjunkturänderungen eintreten, bei äußersten Anstrengungen der Länder und Gemeinden die folgende:

Defizit des Reichs	200 Mill. RM,	
Defizit der Gemeinden	250 „	„
Defizit der Erwerbslosenversicherung	250 „	„
Insgesamt	700 Mill. RM.	

Im kommenden Etatsjahr wird man unter diesen Umständen nicht nur die vorgesehene Tilgung der *schwebenden Schuld* um 420 Mill. RM nicht durchführen können, sondern diese Schuld wird sogar um etwa 280 Mill. — einschließlich der Anleihe zur Deckung der außerordentlichen Reichsausgaben um 350 Mill. — wachsen. Dazu kommt noch eine Verringerung des Reichsvermögens durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien um etwa 240 Mill. RM. Gewiß ist eine Verminderung der schwebenden Schuld während der Depression wirtschaftlich nicht erwünscht — denn sie führt zur Verminderung des Kreditvolumens — und finanzpolitisch nicht erforderlich — Fehler der Vergangenheit muß man in guten, nicht in schlechten Etatsjahren wettmachen —; aber man muß natürlich fürchten, daß der Kredit des Reichs auf das schwerste geschädigt wird, wenn sich zum zweitenmal die gelegentlich der Aufnahme eines Überbrückungskredits zugesagte Tilgung der kurzfristigen Schuld als undurchführbar erweist.

Welche Auswege bieten sich sonst dar? Man hat vorgeschlagen, das Defizit der Erwerbslosenversiche-

rung und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge durch Herabsetzung der Kopfleistungen der *Versicherung*, also Annäherung an die Durchschnittssätze der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge (750 RM) zu beseitigen. Aber selbst diese Herabsetzung des Aufwands je Kopf würde die Gesamtlasten der Erwerbslosenfürsorge (Versicherung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge) nur um etwa 475 Mill. RM vermindern. Damit wäre noch nicht einmal das Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsfürsorge voll gedeckt, geschweige denn das des Reichshaushalts.

Alle diese Fragen sind in so entscheidendem Umfang politische geworden, daß es zwecklos wäre, hier von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Wir haben seinerzeit darauf hingewiesen, wie das wahrscheinliche Defizit des kommenden Etatsjahrs durch eine weitere, noch erträgliche Kürzung der Beamtengehälter — die diese immer noch über dem Stand vor der letzten Erhöhung im Herbst 1927 belassen würde —, ferner durch weitere Ersparnismaßnahmen im Reichsetat, durch Reform des Branntweinmonopols und durch Herabsetzung des Kleinhandelsrabatts für Tabakwaren (im Sinne der Freunde eines Tabakmonopols) gedeckt werden könne (vgl. den Leitartikel Jahrg. 1930, Nr. 51/52). Wir beabsichtigen nicht, uns zu wiederholen; wir können nur hoffen, daß die verantwortlichen Instanzen in einer außen- wie innenpolitisch so gespannten Lage diesen auf genauer Prüfung aller Unterlagen fußenden Mahnungen etwas mehr als die üblich gewordenen Redensarten über „Optimismus" und „Pessimismus" entgegenzusetzen haben.

Zur Strompreisfrage

Von Dr.-Ing. Gustav Siegel, Vorstandsmitglied der Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft

Der Preis der elektrischen Arbeit bildet sich auf Grund der Nachfrage und des Angebots. Das Angebot wird durch die Selbstkosten bestimmt, die überwiegend vom Kapitaldienst abhängig sind. Für die Nachfrage sind Wertschätzung und Leistungsfähigkeit der Verbraucher ausschlaggebend. Die Strompreisform muß den Merkmalen des Angebots und der Nachfrage Rechnung tragen. Dies geschieht durch die ständig an Boden gewinnenden zweiteiligen Tarife mit einem festen Preisteil für die zur Verfügung gestellte Leistung und einem veränderlichen Preisteil für die gelieferten Kilowattstunden. Preisermäßigungen für den Verbraucher ergeben sich automatisch bei derartigen Tarifen durch bessere Ausnutzung der Anlagen und vermehrte Anwendung der Elektrizität.

Man hat den elektrischen Strom — richtiger gesagt: die elektrische Arbeit — vielfach als eine Ware bezeichnet; zu dem Begriff „Ware" im engeren Sinne fehlen aber dem elektrischen Strom gerade die wesentlichen Eigenschaften der Ware, die Greifbarkeit und die Stapelfähigkeit. Nur im weiteren Sinne ist die elektrische Arbeit eine Ware, d. h. ein Wirtschaftsgut, dessen Preis sich auf Grund von Angebot und Nachfrage regelt.

Das *Angebot* wird durch die Selbstkosten bestimmt. Wer elektrische Arbeit liefern will, muß zunächst umfangreiche und kostspielige Anlagen beschaffen: Kraftwerke, Transformatorenstationen, Fernleitungen, Ortsnetze, Zähler u. a. m. Der Anlagewert der in Deutschland zur Zeit bestehenden öffentlichen Elektrizitätswerke, d. h. solcher, die die elektrische Arbeit an Dritte verkaufen, dürfte rd. 8 bis 10 Milliarden RM betragen; in einer modernen Überlandzentrale mittlerer Größe muß der Lieferer für jedes Kilowatt, das er seinen Abnehmern zur Verfügung stellt, etwa 1000 bis 1200 RM aufwenden, bevor er nur einen Pfennig Einnahme hat. Dieser Betrag muß verzinst und amortisiert werden, ganz unabhängig davon, ob der Abnehmer viel oder wenig elektrische Arbeit verbraucht; und da in den heutigen Anlagen zum weit überwiegenden Teil die nicht stapelfähige Drehstromenergie erzeugt wird, müssen sämtliche Anlageteile für den oft nur wenige Stunden im Jahre auftretenden Höchstbedarf bemessen sein. Darüber hinaus müssen in gewissem Umfang Aushilfsanlagen vorhanden sein, die im Falle eines Versagens der im Regelbetrieb verwendeten Anlageteile eingesetzt werden können. Schon aus diesen Andeutungen ergibt sich die überwiegende Bedeutung, die der Ausnutzung der Betriebsanlagen durch die Abnehmer bei der Preisbemessung zukommt, aber auch der große Wert eines möglichst umfassenden Zusammenschlusses der Elektrizitätserzeugungs- und Fortleitungsanlagen, wodurch eine weit getriebene Verbrauchsmischung (Haushalt, Landwirtschaft und Industrie) und damit eine verbesserte Ausnutzung und weiterhin auch eine Ersparnis an Aushilfsanlagen erzielt wird.

Man faßt den für die Verzinsung und Abschreibung notwendigen Teil der Selbstkosten unter dem Begriff „feste Kosten" oder „Kapitalkosten" zusammen; auf sie entfallen bei Wärmekraftwerken in der Regel 40 bis 60 % der gesamten Selbstkosten, bei Wasserkraftwerken bis zu 90 %. Hinzu treten die laufenden oder Betriebskosten, d. h. alle Ausgaben, die erforderlich sind, um den technischen und kaufmännischen Betrieb in Gang zu halten, insbesondere die Ausgaben für Brennstoffe, Bedienung, Unterhaltung, Verwaltung, Geldeinzug usw. Auch von diesen Ausgaben ist ein nicht unbeträchtlicher Teil unabhängig von der Höhe des Verbrauches des einzelnen

Abnehmers; gewisse Ausgaben, z. B. der Stromverrechnung, der Zählerablesung, des Geldeinzuges entfallen in gleicher Höhe auf den kleinsten Abnehmer, der nur eine einzige Lampe einige Stunden im Jahre benutzt, wie auf den Großindustriellen, der die elektrische Energie für Tausende von Pferdestärken Tag und Nacht aus den Anlagen des Werkes entnimmt; es ist ohne weiteres ersichtlich, daß auch diese Tatsache bei der Preisbemessung berücksichtigt werden muß.

Die Unabhängigkeit des weitaus größeren Teiles der Selbstkosten von der Höhe des Verbrauches ist eines der wesentlichen Merkmale, durch das sich die Elektrizitätserzeugung von der übrigen industriellen Erzeugung unterscheidet; der Elektrizitätslieferer ist im Falle eines Konjunkturrückganges nicht in der Lage, im gleichen Umfang wie andere Industrielle oder Gewerbetreibende die Gesamtsumme seiner Ausgaben zu senken. Es kommt ihm zwar der Umstand zugute, daß sich geringe Konjunkturschwankungen infolge der Verbrauchsmischung nicht in dem gleichen Maße geltend machen, wie bei den anderen Gewerbezweigen, doch hat die gegenwärtige Wirtschaftslage auch den Elektrizitätswerken Schäden und Schwierigkeiten gebracht, die in einem solchen Umfang in ihrer ganzen Entwicklungszeit noch niemals aufgetreten sind.

Das Überwiegen der festen Kosten im Zusammenhang mit der durch die Nachfrage begrenzten Preishöhe bringt es weiter mit sich, daß der Umschlag des in den Elektrizitätsversorgungs-Unternehmungen angelegten Kapitals sehr langsam vor sich geht. Die Anlagewerte werden im Regelfalle nur alle drei bis vier Jahre einmal umgesetzt, während in anderen Handels- und Industriezweigen mit viel höheren Umschlagszahlen gerechnet wird. Dies hat zur Folge, daß Preisveränderungen, insbesondere Preisherabsetzungen, die nicht mit einer beträchtlichen Umsatzvermehrung verbunden sind, die Rente der Elektrizitätswerke auf Jahre hinaus gefährden.

Während ferner andere Industriezweige in der Lage sind, ihren Betrieb den schwankenden Anforderungen der Konjunktur in weitem Umfang anzupassen, ja vorübergehend ganz einzustellen, müssen die Elektrizitätswerke als gemeinnützige Unternehmungen (public utilities) jederzeit den von ihnen angeforderten Bedarf decken; sie können weder ihre Kraftwerke noch ihre Leitungsnetze ganz oder teilweise stillsetzen, ganz abgesehen davon, daß dadurch nur eine minimale Entlastung an Selbstkosten eintreten würde. Sie sind vielmehr selbst in wirtschaftlich schlechtesten Zeiten gezwungen, nicht nur ihren Betrieb in vollem Maße aufrechtzuerhalten, sondern auch für neue Anschlüsse, Erweiterungen, Ergänzungen, für zweckmäßige Zusammenschlüsse usw. neues Kapital zu investieren, was aber nur dann möglich ist, wenn eine bestimmte Mindestverzinsung gewährleistet werden kann. Die Rückstellungen des eigenen Betriebes, die zur Verfügung stehen, reichen hierzu in den wenigsten Fällen aus. Es bedarf also stets neuen Kapitalzuflusses in einem Ausmaße, wie es bei wenig anderen wirtschaftlichen Unternehmungen erforderlich ist.

Alles dies sind Momente, die die Selbstkosten der Elektrizitätswerke wesentlich beeinflussen und die bei der Preisbildung berücksichtigt werden müssen. Dies wäre einfach, wenn, wie es vereinzelt vorkommt, ein Lieferer nur einem oder ganz wenigen Abnehmern gegenübersteht. Die Regel ist jedoch, daß ein einziges Unternehmen mit vielen Tausenden von Abnehmern in Verbindung steht, die unter den mannigfachsten wirtschaftlichen Bedingungen leben und dem Werk mit den verschiedensten Ansprüchen in bezug auf Umfang und Preis der Lieferung gegenübertreten. Diese Verschiedenartigkeit der Nachfrage kann wohl im einzelnen Falle untersucht, sie kann aber, außer bei Großabnehmern, nicht bei den einzelnen Abnehmern, sondern nur bei ganzen Gruppen von Verbrauchern berücksichtigt werden.

Die Bestimmungsmerkmale der *Nachfrage* sind die Wertschätzung, die der Abnehmer der elektrischen Energie entgegenbringt und seine Leistungsfähigkeit, die in seiner Wirtschaftslage ihren Ausdruck findet. Auf diese beiden Merkmale hat auch die Preisbildung der elektrischen Arbeit Rücksicht zu nehmen. Hierbei besteht eine außerordentliche Schwierigkeit gegenüber den normalen Waren darin, daß der Abnehmer an und für sich die elektrische Energie als solche überhaupt nicht, sondern nur ihre physikalischen Wirkungen bewertet: er bezieht zwar elektrische Arbeit, will aber in Wirklichkeit Licht, Kraft und Wärme einkaufen. Schon daraus ergeben sich bedeutungsvolle Unterschiede in der Bewertung der Verkaufseinheit der Kilowattstunde, die von dem Abnehmer nicht immer begriffen werden, die aber für das liefernde Werk von um so größerer Bedeutung sind, als die verschiedenartige Anwendung des elektrischen Stromes auch seine Selbstkosten in außerordentlichem Maße beeinflußt.

Die Kunst und die Schwierigkeit der Preisbildung besteht darin, den Bestimmungsmerkmalen des Angebotes *und* der Nachfrage, d. h. auf der einen Seite den Selbstkosten, auf der anderen Seite der Wertschätzung und Leistungsfähigkeit des Verbrauchers in der Preisformel derart Rechnung zu tragen, daß Erzeuger *und* Verbraucher ihren Nutzen finden können. Das liefernde Werk muß danach trachten, daß ihm zum mindesten seine Selbstkosten ersetzt werden, die, wie oben ausgeführt, zum größeren Teil durch die Bereitstellung der Leistung und nur in geringerem Umfang von der Menge der elektrischen

Unpünktliche Lieferung

des „Magazins der Wirtschaft" bitten wir zunächst dem zuständigen Postamt zu melden, weil dadurch jede Unregelmäßigkeit am schnellsten aufgeklärt wird. Erst wenn die Beschwerde bei der Postanstalt ohne Erfolg geblieben ist, bitten wir, den Verlag, Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, zu verständigen.

Arbeit abhängig sind. Der Abnehmer wird danach trachten, daß zunächst seine Ausgaben seine Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, innerhalb der durch sie bestimmten Grenzen sind die Preise in nicht unbeträchtlichem Maße je nach seiner Wertschätzung abstufbar.

Eine Vergleichsgrundlage ist am leichtesten bei den industriellen Großabnehmern zu erreichen, weil auch bei ihnen Leistungsfähigkeit und Wertschätzung durch die Selbstkosten ihren Ausdruck finden, die bei anderweitiger Beschaffung der Energie aufzuwenden sind, wobei selbstverständlich gewisse Vorteile der elektrischen Arbeit, die nicht unmittelbar zahlenmäßig dargestellt werden können, wie Sauberkeit, stetige Betriebsbereitschaft, genaue Anpassung an die Arbeitsvorgänge usw. mit in die Wagschale fallen. Bei dem Kleinabnehmer dagegen ist diese zahlenmäßige Grenze nur zum Teil, beim Wärme- und Kraftstrom, selten aber beim Lichtstrom festzustellen. Hier muß das Werk davon ausgehen, daß ihm zunächst unter allen Umständen seine Selbstkosten auch bei geringer Ausnutzung der Anlage erstattet werden, erst darüber hinaus können auch dem Kleinabnehmer billigere Preise bis an die Grenze der veränderlichen Betriebskosten eingeräumt werden. Dieser Forderung entsprachen die früher gebräuchlichen Einheitstarife nicht, was an Hand einer einfachen Rechnung nachzuweisen ist. Es ist oben ausgeführt worden, daß im Durchschnitt für jedes Kilowatt, das dem Abnehmer zur Verfügung gestellt wird, 1000 bis 1200 RM aufgewendet werden müssen; rechnet man einen Kapitaldienst für Verzinsung und Abschreibung von etwa 12 %, so müssen von jedem Abnehmer, der das Werk zur Zeit der Höchstbelastung mit 1 kW beansprucht, im Jahre 120 bis 140 RM aufgebracht werden. Nutzt er dieses Kilowatt, wie dies bei reiner Lichtbelastung der Fall ist, im Jahre nur etwa 300 Stunden aus, so entfällt auf die Kilowattstunde ein Betrag von 40 bis 45 Rpf. Hierzu treten noch die unmittelbaren Betriebskosten, die beispielsweise mit 10 Rpf angesetzt werden sollen; so ergibt sich der früher übliche Lichtpreis mit 50 bis 55 Rpf. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß alle diejenigen, die unter der Durchschnitts-Benutzungszeit bleiben, dem Werke Verlust bringen, daß aber alle, die ihre Anlagen besser ausnützen, die elektrische Arbeit zu teuer bezahlen. Dies war solange nicht von besonderer Bedeutung, als die Werke in dichtbesiedelten Versorgungsbezirken einen erträglichen Durchschnittspreis erzielen konnten und nicht gezwungen waren, weitverzweigte Anlagen besser auszunützen, und solange den Abnehmern andere Verwendungsmöglichkeiten für die elektrische Arbeit nicht geboten waren. Schon bei dem Verkauf von Kraft mußte eine Änderung eintreten, von der Seite des Abnehmers gesehen, weil er in der Lage ist, die von ihm benötigte Energie auf andere Weise zu beschaffen, von der Lieferseite, weil die Kraftstromversorgung zu einer Zeit stattfindet, in der die Lichtbelastung gering ist, und weil außerdem mit einer viel größeren Ausnutzung gerechnet werden kann. Für kleingewerbliche Betriebe ergibt sich, daß eine Benutzungsdauer von etwa 600 Stunden im Durchschnitt erreicht wird; dies bedeutet, daß unter Zugrundelegung der oben angenommenen Zahlen der Strompreis für Kraft auf etwa 30 Rpf herabgehen kann. Wie falsch es ist, derartige Preise zu verallgemeinern, hat sich sehr schnell bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Überlandzentralen in dem Jahrzehnt vor dem Kriege herausgestellt. Man hat die Preise der gewerblichen Kraft auch auf die Landwirtschaft übertragen, da aber hier nur mit einer Benutzungsdauer von 50 bis 80 Stunden im Jahr gerechnet werden kann, ergaben sich bald für die Werke gewaltige Verluste, die nur durch eine Erhöhung der Preise oder aber durch bessere Ausnutzung ausgeglichen werden konnten.

So setzte allmählich das Bestreben ein, Tarifformen zu finden, die einerseits dem Werk ein Mindestmaß an Einnahmen (Selbstkosten) gewährleisten, andererseits dem Abnehmer die Möglichkeit geben, den Strompreis mit steigender Entnahme zu verbilligen. Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, daß derartige Preisformen grundsätzlich aus zwei Teilen bestehen müssen, aus einem festen Anteil, der ungefähr den Kapitalkosten des von dem Abnehmer benutzten Anlageteiles entspricht, dem sogen. Leistungspreis, und ferner aus einem Anteil, der den Ausgaben für den laufenden Bedarf entspricht, dem sogen. Arbeitspreis. Der Leistungspreis wird zweckmäßig auf dasjenige Merkmal bezogen, das auch der Abnehmer für die Anwendung elektrischer Arbeit als wesentlich ansieht. Das ist bei der Industrie und im Gewerbe die tatsächliche Höchstleistung, die er dem Werke abverlangt. In diesem Falle stimmen auch die rechnerischen Grundlagen des Abnehmers mit denen des Lieferers überein, denn auch der Gewerbetreibende und Industrielle muß, wenn er sich die elektrische Kraft selbst erzeugt, mit festen Kosten für die zu erstellenden Anlagen und ebenso mit laufenden Kosten rechnen, und eine einfache Rentabilitätsberechnung zeigt ihm, wo er seinen Vorteil findet. Anders bei dem Kleinabnehmer im Haushalt und in der Landwirtschaft. Man hat auch hier versucht, der Preisbemessung für den Leistungsanteil die tatsächlich von dem Werk beanspruchte Leistung zugrunde zu legen. Dies bedeutet aber eine Beschränkung des einzelnen Abnehmers in der freien Verfügung über seine Anlagen und wirkt nicht verbrauchsfördernd. Man muß deshalb hier Merkmale für die Leistungspreisbemessung suchen, die für die Gestaltung des Verbrauches ausschlaggebend sind. Das ist in der Landwirtschaft und im Kleingewerbe die Nennleistung der Motoren, im Haushalt und für die übrigen Verwendungszwecke die Zimmerzahl der Wohnungen oder deren Grundfläche, der Anschlußwert für Beleuchtung, die Zahl der sogen. Brennstellen einschließlich der Steckkontakte, der Meßbereich der Zähler, der Mietwert der Wohnungen, in der Landwirtschaft auch die Größe der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche, die Größe des Viehbestandes u. a. m. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß

alle derartigen Tarife ihre Vorteile und ihre Nachteile haben, daß keiner allen Anforderungen entspricht. Sie sind auf Durchschnittserfahrungen aufgebaut und können deshalb auch nur den Durchschnittsbedürfnissen ganzer Abnehmergruppen gerecht werden. Sie haben aber die unerläßliche Eigenschaft, daß sie einmal dem Werk die Mindesteinnahme sichern, die es zu seinem wirtschaftlichen Bestand benötigt, und daß sie dem Abnehmer den Anreiz geben, die ihm zur Verfügung gestellten Anlagen immer mehr auszunützen, da der Preis mit steigender Benutzung bis zu einer Mindestgrenze fällt, die bei richtigen Tarifen so bemessen ist oder bemessen werden kann, daß die Stromverwendung zu allen Zwecken, auch zu Wärme- und Kochzwecken, möglich ist.

Die Anwendung dieser Tarife ist auch für den Abnehmer das wirksamste Mittel, eine Strompreisverbilligung, die ja heute mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage überall verlangt wird, zu erreichen. Er selbst hat es dabei in der Hand, sich diesem Ziele zu nähern. Herabsetzung der Löhne und der Kohlenpreise spielen bei den Selbstkosten der Werke, wie oben dargetan, nur eine geringfügige Rolle und können nur bei der Strompreisbemessung für Großabnehmer berücksichtigt werden. Den Kleinabnehmern würde eine allgemeine Strompreisherabsetzung in dem durch die Unkostenverbilligung erzielten Umfange nicht genügen und unter den heutigen Umständen keinerlei Verbrauchssteigerung herbeiführen, dem Werk aber schwere und uneinbringliche Verluste verursachen. Die Ankurbelung und weitere Entwicklung unserer Wirtschaft ist nur unter intensivster Ausnutzung der elektrischen Arbeit möglich. Dazu bedarf es fortgesetzt des Zustroms neuer Kapitalien, die nur aufzubringen sind, wenn eine Minimalverzinsung gewährleistet wird, die aber durch eine allgemeine Preisherabsetzung auf die Dauer gefährdet wäre. Es kommt hinzu, daß die Ausgaben für elektrische Arbeit bei der weit überwiegenden Zahl der Abnehmer eine außerordentlich geringe Rolle spielen. Im Haushalt, in der Landwirtschaft und bei den meisten verarbeitenden Industrien beanspruchen die Ausgaben für elektrische Arbeit in der Regel nicht mehr als 1 bis 2 % der Gesamtausgaben. Eine Herabsetzung der Strompreise z. B. um 10 % würde also für die Abnehmer eine kaum spürbare Entlastung, für das Werk aber unter Umständen eine Vernichtung der Rente bedeuten. Die Verzinsung bei den meisten deutschen Elektrizitätsunternehmungen ist bei Lichte besehen an und für sich gering, eine weitere Schmälerung würde nicht bloß für diese Werke, sondern auch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft einen schweren Schaden bedeuten.

Im Vorstehenden ist die Strompreisfrage nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus behandelt. Jedoch wäre eine noch so knappe Darstellung des Themas unvollständig, wenn nicht wenigstens auf die politischen Momente hingewiesen würde, die gerade in letzter Zeit bei der Tariffrage eine große Rolle spielen. Namentlich die Frage, ob die Elektrizitätsversorgungs-Unternehmungen in öffentlicher oder privater Hand betrieben werden sollen, wird gerade meist mit Rücksicht auf die Strompreise behandelt. Im engsten Zusammenhang damit steht die Frage der Steuerbefreiung der Betriebe der öffentlichen Hand. Die Verfechter des privaten und gemischtwirtschaftlichen Betriebes weisen darauf hin, daß trotz der Steuerbefreiung die Strompreise bei den Betrieben der öffentlichen Hand nicht billiger, ja sogar teurer seien als bei den privaten und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen. In der Tat haben trotz aller Anstrengungen die Unternehmungen der öffentlichen Hand im allgemeinen nicht den Nachweis erbringen können, daß sich die Steuerfreiheit in einer Ermäßigung der Strompreise bemerkbar macht. Im Gegenteil, es wird selbst von überzeugten Anhängern des öffentlichen Betriebes tadelnd darauf hingewiesen, daß namentlich die kommunalen Unternehmungen ihre Tarifhoheit dazu benutzen, um die Strompreise mit besonderen Finanzzuschlägen zum Ausgleich der städtischen Budgets zu belasten. Derartige Maßnahmen sind unkaufmännisch, dienen in keiner Weise der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft und sind darüber hinaus geeignet, die öffentliche Finanzwirtschaft auf Abwege zu führen, wie die letzten Jahre und Monate hinreichend gezeigt haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Möglichkeit, besondere Einnahmen aus Finanzzuschlägen auf die Strompreise zu schaffen, die Stadtverwaltungen zu mancher Ausgabe verleitet hat, die im Interesse der Volkswirtschaft besser unterblieben wäre. Schon um in Zukunft, in der alle Kräfte auf das unbedingt Notwendige konzentriert werden müssen, derartiges zu vermeiden, sollte der Umbildung von Unternehmungen der öffentlichen Hand in gemischtwirtschaftliche oder private Vorschub geleistet werden, in erster Linie durch Aufhebung der ungerechtfertigten Steuerbefreiung der Betriebe der öffentlichen Hand, die wohl nach Durchführung der durch die Notverordnung vorgesehenen Enquête mit Sicherheit auch erwartet werden kann. Die oft wiederholte Behauptung, daß die Kleinabnehmer nach Übergang der öffentlichen Versorgungsbetriebe in die Privathand hinsichtlich der Tarife schlechter gestellt sein würden als bei öffentlicher Regie, weil das Privatunternehmertum vor allen Dingen auf eine hohe Dividende hinarbeite, ist reine Demagogie und steht mit der Wirklichkeit in krassem Widerspruch. Die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft erfordert weitere rasche und intensive Entwicklung der Elektrizitätsversorgung nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie darf weder zum Spielball politischer Parteien, noch zum Ausnützungsobjekt des Ehrgeizes öffentlicher Körperschaften werden.

Auflockerung der starren Lohntarife!

Von Dr. Fritz Blumrath, Köln

Wie erreichen wir eine politisch und wirtschaftlich erträgliche elastischere Gestaltung unseres Tarifsystems, die den Notwendigkeiten der Konjunkturanpassung besser gerecht wird als die heutige Starre? Der Verfasser tritt für einen Vorschlag ein, der den unabdingbaren Teil des Lohns auf die Existenzsicherung etwa in Höhe der heutigen Sätze der Arbeitslosenversicherung begrenzen will, daneben aber einen beweglicheren Teil schafft, der sich nach der Konjunktur des betreffenden Industriezweigs einspielen soll. Bei dieser Regelung wären die Erfordernisse des Betriebs und der Betriebsbelegschaft Ausgangspunkt der Maßnahmen.

Wirkt unser heutiges Tarifrecht krisenverschärfend und krisenverlängernd? Kann eine *elastischere Gestaltung* seiner Bestimmungen uns schneller aus den wirtschaftlichen Nöten, insbesondere aus dem Druck der Arbeitslosigkeit heraushelfen? Diese Frage stellen, heißt in jeder Beziehung ein heißes Eisen anfassen. Sie ruft Reminiszenzen aus einer fast vierzigjährigen Kampfzeit herauf, in der die Gewerkschaften nach anfänglicher Ablehnung des Tarifvertragsgedankens Schritt für Schritt einen wirksamen „Schutz der Arbeitskraft" erstritten haben. Die Gewerkschaften sind geneigt, in der Nachkriegsentwicklung, die vor allem die *Unabdingbarkeit* des Tarifvertrags und den *Zwangstarif* brachte, die Krönung dieses Werks zu erblicken, und sie glauben deshalb, diese Errungenschaften auch dort, wo schädliche Auswirkungen klar zutage treten, verteidigen zu müssen, wie man ein Dogma verteidigt. Der Versuch, die Auswirkung unseres Tarifsystems in der heutigen Krise einer sachlichen Prüfung zu unterziehen, stößt deshalb bei dieser Seite auf erregte und zum Teil gefühlsmäßig bedingte Abwehr.

Trotzdem ist eine Überprüfung unseres Tarifrechts und -systems dringende Notwendigkeit. Das Eisen ist nicht nur in dem Sinne heiß, daß seine Berührung eine heftige Gegenwirkung auslöst, sondern die brennende wirtschaftliche Notlage, die Zuspitzung der Arbeitslosenfrage zwingen zu der Untersuchung, ob nicht Entartungen und Übertreibungen des Tarifgedankens einen Teil der Schuld an dieser Entwicklung tragen und ob sie nicht den Bemühungen zur Besserung hindernd im Wege stehen.

Unsere lohn- und arbeitspolitische Lage ist im November vorigen Jahres vom Reichsarbeitsminister *Stegerwald* etwa dahin charakterisiert worden: Sollen 18 Millionen Arbeitende 3 Millionen Arbeitslose durchschleppen, ohne doch ihr Absinken in immer kärglichere Lebenshaltung verhindern zu können, oder sollen wir versuchen, 21 Millionen Arbeitende bei entsprechender Lohnsenkung, aber gleicher Lohnsumme wieder an neue Beschäftigung heranzuziehen? Die Antwort auf diese Frage sei klar. Die Regierung hat versucht, nach diesem Gedankengang zu handeln und ihn in die Tat umzusetzen, indem sie sich zu einem *Abbau des Lohn- und Gehaltniveaus um 6 bis 7 %* anschickte. Diese Lohnkostensenkung konnte aber nicht folgerichtig an den Punkten ansetzen, wo sie gerade am notwendigsten war, etwa bei den sogenannten geschützten Löhnen des Binnenmarktes, sondern sie mußte rein schematisch vorgehen. Es mußte abgewartet werden, bis hier ein Tarifvertrag ablief und bis dort einer ablief. Die Aktion hat deshalb bisher erst einen Teil der Nominallöhne erfassen können, das bestehende System von Tarifverträgen, die in einer Zeit vermeintlich ansteigender Konjunktur unter andern Voraussetzungen geschlossen wurden, hat ihre *schnelle* Durchführung unmöglich gemacht. Eine solche hätte aber allein einen gewissen Erfolg gegenüber der Arbeitslosigkeit versprochen.

Heute stehen wir nun vor der Tatsache, daß über den bisherigen Schritten dieser Lohnsenkungsaktion die Zahl der Arbeitsuchenden auf 5 Millionen angewachsen ist. Diese Entwicklung hat der Regierung den Vorwurf zugezogen, sie habe in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit völlig versagt und lasse wie in einem Zustand der Lähmung die Dinge treiben. Ferner sind manche in der Meinung bestärkt worden, die Lohnsenkung sei überhaupt ein ungeeignetes Mittel zur Besserung unserer Lage. Das ist natürlich ein Fehlschluß, denn die Preissenkung der industriellen Erzeugnisse, die durch die Lohnkostensenkung mit erreicht werden soll, macht am ehesten den deutschen Landwirt und darüber hinaus den Rohstofferzeuger in der Weltwirtschaft wieder zum vollwertigen Käufer, und auf diese Weise kommen die gestörten Absatzwege am ehesten wieder in Ordnung. Wenn die Lohnsenkungsaktion der Regierung bisher keine Erfolge gegenüber der Erwerbslosigkeit aufzuweisen hat, so liegt das also nicht daran, daß diese Aktion auf irrtümlichen Gedankengängen aufbaut, sondern daran, *daß sie zwischen den Hindernissen und Gräben unseres Tarifsystems bisher nur wenige Schritte vorankommen konnte*, während die Krisenlage gerade schnelles Handeln erfordert. Die Ursache dieses bisherigen Nicht-Erfolges ist die Tarifstarre.

Es ist notwendig zu betonen, daß durch die folgende Kritik nicht der Kern des Tarifvertragsgedankens getroffen werden soll. Auch von Unternehmerseite ist die größere Stetigkeit, die Verminderung der Reibungsmöglichkeiten, die er für das Wirtschaftsleben bringt, stets gewürdigt worden. Die Existenzsicherung des Arbeitnehmers, seinen Schutz vor unberechtigter Ausbeutung wird auch kaum

jemand beeinträchtigen wollen. Aber die Nachkriegsentwicklung hat über diese gesunden Grundsätze hinaus Entartungserscheinungen des Tarifwesens erzeugt, die mit einem vernünftigen und wirtschaftlich tragbaren Lohn- und Arbeitsschutz wenig mehr zu tun haben. Die Entwicklung hat sich vielmehr auf die Errichtung eines *Lohnmonopols* hin bewegt, das die Einwirkung von Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft auf die Lohnbildung mehr und mehr ausschaltet und an Stelle des wirtschaftlichen Gesetzes politischen Einfluß und politische Kontrolle setzt.

Dieses durch unabdingbaren Tarifvertrag, staatliche Schlichtung und schematischen Ausbau der Arbeitslosenversicherung *dreifach gesicherte System der Lohnbindung* und -beeinflussung hat dazu beigetragen, unseren Wirtschaftsapparat schwerfällig zu machen. Er ist nicht mehr geeignet, sich unerwartet auftretenden Marktveränderungen schnell und geschmeidig anzupassen. Unser Lohnsystem hat dabei mindestens im gleichen Maße mitgewirkt wie auf der anderen Seite die monopolartigen *Preisbindungen*, denen die Gewerkschaften gern die ganze Schuld zuschieben möchten. Unter ihm konnten noch während der Krise bis in das Jahr 1930 hinein die Löhne wider alle wirtschaftliche Vernunft hinaufgetrieben werden. Was die staatliche Schlichtung seit 1926 aufbaute, versucht sie jetzt mühsam abzubauen, ohne doch zwischen den Hindernissen des Tarifsystems recht vorwärtszukommen. Da unter diesen Umständen die Lohnanpassung an die veränderte Konjunktur nicht schnell genug möglich ist, sondern viel zu spät nachhinkt, so bleibt in der heutigen Krise nur eine Korrektur des Systems: *Entlassungen*. Auf dem Papier ist der Nominaltariflohn erhalten geblieben, wenn auch stark beeinträchtigt durch Kurzarbeit und Feierschichten. Aber er gilt nur für eine besondere Klasse Arbeiter, nämlich für diejenigen, die noch in Arbeit stehen.

Das Lohnsystem, das wir schilderten, sollte seinem Sinne nach allen Arbeitern einen möglichst gleichmäßigen und hohen Lohnstandard sichern. Dadurch, daß es in Schematismus verfiel und wichtige Kräfte des Menschen zur Selbsthilfe und zum Emporringen ausschaltete, hat es eine ebenso grausame wie ungerechte Differenzierung in Arbeitende und Arbeitslose gefördert. Aus der vermeintlichen Wohltat ist eine Plage geworden.

Auf diese Entwicklung werfen die *Ereignisse bei der Hütte Ruhrort-Meiderich* ein grelles Schlaglicht. Den Gewerkschaften war angeboten worden, diese Arbeitsstätte für fast 9000 Arbeiter und Angestellte solle durchgehalten werden, wenn sie sich mit einer 20 %igen Herabsetzung des Nominaltariflohns einverstanden erklärten. Diese zahlenmäßig hoch erscheinende Forderung sollte dadurch ausgeglichen werden, daß den Arbeitern eine Beschäftigungsgarantie zugesichert wurde, die ihnen einen effektiv höheren Monatslohn gewährleistete, als sie zu diesem Zeitpunkt unter dem Tarif bei der bestehenden gekürzten Arbeitszeit verdienten. Die Gewerkschaften lehnten den Vorschlag ab, um das Prinzip der Unabdingbarkeit des Tarifvertrags nicht zu beeinträchtigen. Wenn man dabei auch ihrem Haupteinwand eine gewisse Berechtigung zugestehen muß, daß bei einem Nachgeben die Arbeit zunächst von andern Werken des Konzerns gezogen und nach Meiderich verlegt worden wäre, an diesen Stellen also für andere Arbeitslosigkeit entstanden wäre, so hätte sich doch bei minder starrem Verhalten wohl eine für beide Teile tragbare Lösung finden lassen. Um so bezeichnender war das Ergebnis der *Jarres*schen Schlußabstimmung. Sie bewies, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer kein Verständnis für diese Prinzipienstarre besaß und daß die Gewerkschaftsvertreter hier fast wie Führer ohne Soldaten handelten.

Wenn man in diesem örtlichen Einzelfalle den Gewerkschaften gewisse Bedenken zubilligen muß, so fallen diese doch fort gegenüber dem die ganze Wirtschaft umfassenden Vorschlag, den *Krupp von Bohlen* neulich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machte. Krupp schlug vor: man müsse versuchen, mit dem bisherigen Aufwand an Lohn und Gehalt mehr Leute zu beschäftigen und auf diese Weise billiger zu produzieren. Das würde für den Arbeitnehmer eine Kürzung seiner Nominalbezüge um etwa den prozentualen Anteil der Zahl der Wiedereingestellten bedeuten. Zum Ausgleich solle ihm dafür eine Mindestbeschäftigung garantiert werden. Dem Unternehmer fiele bei diesem Versuch die Übernahme zunächst unproduktiver Arbeiten zu, ferner das Risiko für den Absatz der vermehrten Produktion. Der Kruppsche Vorschlag mutet beiden Teilen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Opfer zu, er geht so weit, daß selbst Bedenken in den Reihen der Unternehmer entstanden, ob man seinen Anforderungen genügen könne. Trotz der Zuspitzung der Arbeitslosenfrage, trotz der öffentlichen Aufforderung von Regierungsmitgliedern zu gemeinsamen Lösungsversuchen ist es um diesen Vorschlag still geblieben. Der Grund: *er wäre nur bei einer Änderung bestehender Lohntarifverträge durchführbar*.

Können wir es uns weiter leisten, in dieser festgefahrenen Lage zu verharren? Wenn hier Vorschläge für eine Lösung gemacht werden, so wollen sie nicht dem *Sprung* von der Bindung in die Freiheit ohne weiteres das Wort reden. Das wäre, wie wenn man einen Kranken, der lange im Gipsverband gelegen hat, auf die Beine stellte, damit er laufen sollte. Er würde zusammenbrechen. Wir haben in Deutschland in überschnellem Tempo große gebundene Gruppen des Kapitals, der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, Berufs- und Interessengruppen entwickelt. Wo die Übertreibungen dieser Entwicklung den Ablauf wirtschaftlicher Gesetze hemmen und dadurch Schäden anrichten, wo sie Kräfte persönlicher Verantwortung und persönlichen Schaffens zu ersticken drohen, werden wir zu einem Abbau kommen müssen. Aber dieser Abbau muß vernünftig und organisch vor sich gehen. Die großen Gruppen bestehen nun einmal. Würde man sie einfach in das freie Spiel der Kräfte hineinstellen, so würden Zerstörungen die Folge sein. Es muß aber unter diesen Umständen Aufgabe des

Staates sein, verderbliche Bindungen zu lockern und dort Luft und freiere Bewegungsmöglichkeit zu schaffen, wo die bisherige Entwicklung Erstarrung statt Fortschritt brachte.

In diesem Sinne scheinen uns für eine geschmeidigere Gestaltung des Tarifsystems, die der Notwendigkeit der Konjunkturanpassung besser gerecht wird als die heutige Starre, Vorschläge beachtlich, die kürzlich von Dr. *Legers* in der „Kölnischen Zeitung" (Nr. 102) gemacht worden sind. Legers will den gesunden Kern des Tarifgedankens erhalten, er will unter Beibehaltung von Tariflohn, tatsächlichem Verdienst, Tarifvertrag und einer Unabdingbarkeit in vernünftigem Rahmen zu einer wirtschaftlich und politisch dennoch tragbaren Lösung kommen:

Der unabdingbare Teil des Lohns soll nicht mehr wie bis heute der Tariflohn sein, sondern er würde gesetzlich auf einen Lohnsatz begrenzt, der etwa den heutigen Sätzen der Arbeitslosenversicherung entspricht. Da diese Sätze entgegen der Entlohnungspraxis sozial gestaffelt sind, wäre nicht der tiefste Satz, sondern ein mittlerer Lohn zugrunde zu legen. Die Sätze wären als unabdingbar für einzelne Wirtschaftsgruppen festzulegen. Sie entsprächen im Sinne des Nachkriegstarifrechts dem Existenzminimum des Arbeiters. Darüber bewegen sich die Sätze, die tarifvertraglich vereinbart werden, jedoch wie vor dem Krieg den Erfordernissen des einzelnen Industriezweigs oder Betriebs entsprechen. Die Lohnhöhe würde mit Besserung der Konjunktur ansteigen und den Erlösen der Wirtschaft folgen, sich ebensosehr aber der fallenden Konjunktur später anpassen. Für die Unterstützung bei Beschäftigungslosigkeit für tarifvertraglich nicht gebundene Arbeit gilt der unabdingbare Satz als Richtlinie auch in dem Sinn, daß die Ablehnung einer angebotenen Arbeit den Verlust des Unterstützungsanspruchs zur Folge hätte. Die unabdingbaren Mindestverdienste müßten, um ihren Namen zu rechtfertigen, dergestalt gewährleistet werden, daß die Versicherung dem Kurzarbeiter jeden Ausfalltag, der nicht in seine Wartezeit fällt, mit dem vollen Mindestverdienst bezahlt. Sie wäre dazu in der Lage, da mit Sicherheit ein langsames Zurückgehen der Arbeitslosenzahl zu erwarten ist.

Dieser Vorschlag gewährt durchaus die Existenzsicherung wie den nötigen Schutz der Arbeitskraft und ist doch geeignet, die Starre und den Schematismus des heutigen Tarifsystems zu mildern, und dadurch die geschmeidigere Anpassung an den Konjunkturverlauf zu erreichen. Die Zweiteilung des Lohnes in einen unabdingbaren Teil, der die Existenz sichert, und in einen beweglicheren Teil, der sich nach den Erfordernissen der Konjunktur des betreffenden Industriezweiges einspielen könnte, macht aus dem bisherigen starren Schema, in das jeder einzelne Betrieb — mag er es nun vertragen oder nicht — hineingepreßt wird, ein schmiegsames Gewand, das zwar in seinen Grundmaßen vorgeschrieben ist, aber doch den besonderen Erfordernissen eines Betriebs oder einer Betriebsgruppe genügenden Spielraum läßt. Die Festsetzung dieses beweglicheren Lohnanteils würde durch Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Betriebs oder der Betriebsgruppe erfolgen. Dabei wäre es den Arbeitern durchaus möglich, gewerkschaftliche Mittel einzusetzen, und der Staat könnte sich in lebenswichtigen Fällen die letzte Entscheidung vorbehalten. Aber *das große Plus* bei einer solchen Regelung gegenüber dem jetzigen Zustand wäre, daß die Erfordernisse des Betriebs oder der Betriebsgruppe für die Lohngestaltung entscheidend wären. Bei unserem bestehenden System handelte es sich meist darum, den Lohn eines Industriezweiges der in einem Teil des Lohnfeldes erreichten Höhe „anzugleichen". Bei der neuen Regelung wären *die Erfordernisse des Betriebs und der Betriebsbelegschaft Ausgangspunkt* der Erwägungen und Maßnahmen. Die heutige schematische Tarifregelung macht eine Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie sie auch einsichtige Gewerkschaftler von der Zukunft erhoffen, schlechterdings undenkbar; sie vertieft vielmehr, indem sie zum engen Zusammenschluß auf beiden Seiten treibt, ständig die Kluft. Die vorgeschlagene Neugestaltung würde diese Tarifgemeinschaft geradezu notwendig machen, „die frei von staatlichem Zwang, aber begünstigt von staatlichem Anreiz die Sicherung des Arbeiters gegen Krisen aller Art nach wirtschaftlich tragbaren Grundsätzen übernehmen und dadurch den Staatsapparat wieder in die Rolle des inaktiven Beobachters zurückdrängen kann". Im ganzen würde die vernünftige Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Momente bei der Lohnbildung gestärkt werden.

Durch diese Umgestaltung des Tarifwesens erhielte der Existenzschutz der Arbeitskraft eine Ergänzung, die das bestehende System nicht vorsieht und deren Mangel sich gegen den Arbeitnehmer gegenwärtig verhängnisvoll auswirkt. Das bessere Einspielen der Lohnhöhe auf die Bedürfnisse der einzelnen Betriebe würde den Druck wegnehmen, der bisher die Industrie in ein überhitztes Tempo der Rationalisierung trieb. Es würde in Zukunft nicht mehr durch die schematische Ausdehnung eines Tarifs auf anders gelagerte Unternehmen, diesen die Verwendung der menschlichen Arbeitskraft so verteuert, daß sie zum Ersatz durch gesteigerte Kapitalverwendung gezwungen wären. Vielmehr ließe sich für den unentbehrlichen Fortschritt ein angemesseneres Tempo auf dem Wege des allmählichen Ausgleichs einhalten. Der Legerssche Vorschlag erleichtert ferner den Umbau unserer schematisch aufgezogenen Arbeitslosenversicherung. Er enthält bereits die Bestimmung, daß dem Kurzarbeiter der Arbeitsausfall mit dem vollen unabdingbaren Mindestverdienst bezahlt werden muß. Ausgehend von der Festsetzung der unabdingbaren Lohnsätze für die einzelnen Wirtschaftsgruppen, ließe sich ein organischer Ausbau durchführen, der viele der heutigen Schäden vermeidbar machte.

Vielleicht findet der Vorschlag zur elastischeren Gestaltung des Tarifwesens bei den bisherigen Verfechtern des Prinzips mehr Verständnis, wenn man darauf hinweist, daß ein anderer naheliegender Grundsatz, um den man vor wenigen Jahren noch mit

entsprechender Erbitterung gerungen hat, heute eine andere und unerwartete Lösung findet, ehe er offiziell noch voll durchgeführt ist: der Grundsatz des Achtstundentags. Durch die überschnelle Rationalisierung, die nicht zuletzt eine Folge der staatlichen Schlichtungspolitik ist, werden wir wohl auf längere Dauer auch bei einer Hebung der Beschäftigungslage mit stark verkürzter Arbeitszeit rechnen müssen. Und vielleicht führt dieser heutige Zwang hinüber in eine glücklichere Zukunft, welche die Fünf-Tage-Woche zur ausreichenden Arbeitsleistung zu erheben vermag. Die Gewerkschaften setzen sich ja heute bereits für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung als Regierungsmaßnahme ein, die nichts anderes als einen gesetzlichen Eingriff in bestehende Tarifverträge bedeuten würde. Jedenfalls sollte diese überraschende Entwicklung zeigen, daß vermeintlich unabweichbare Prinzipien vor den Tatsachen ihren Sinn verlieren können.

Eine solche Einsicht muß die Grundlage geben, auf der über einen verständigen Umbau unseres Tarifsystems verhandelt werden könnte. Der Reichsarbeitsminister hat vor kurzem im Haushaltsausschuß geglaubt, vor einem gesetzlichen Eingriff in bestehende Tarifverträge warnen zu müssen, nur in Fällen äußerster Not wolle er einen solchen Eingriff zugestehen. Der Notfälle sind heute allzu viele, und sie sollten Anlaß geben, ernstlich und schnell an die Frage der Lösung der Tarifstarre heranzugehen.

Übersetzung des Lebensmitteleinzelhandels

Von Dr. Rolf Fischer

Der folgende Aufsatz, mit dessen grundsätzlichen Ausführungen zum Übersetzungsproblem die Redaktion nicht durchweg übereinstimmt, scheint uns nicht nur wegen der Ergebnisse der statistischen Berechnungen, sondern auch im Hinblick auf die angewandte Methode beachtenswert. Da die Entwicklung der Zahl der Betriebe kein zutreffendes Bild von der Vermehrung des Lebensmittel-Einzelhandels gibt, sucht der Verfasser durch einen Vergleich der Zahl der beschäftigten Personen dem Übersetzungsproblem näherzukommen. Auch die Untersuchung der Verteilung des Lebensmittel-Einzelhandels auf Stadt und Land gibt über das bisher bekannte Material hinaus wertvolle Aufschlüsse.

Bei der Erörterung der Frage, in welchem Maße sich in einem bestimmten Zeitabschnitt die Handelsbetriebe vermehrt haben, wird immer wieder der Zweifel ausgesprochen, ob statistische Ermittlungen überhaupt als Beweismittel für eine „Übersetzung" des Handels herangezogen werden können. Ob dieser Zweifel berechtigt ist, soll hier nicht entschieden, sondern es soll nur versucht werden, für einen bestimmten Zweig des Handels, den Lebensmittel-Einzelhandel, der eingangs erwähnten Frage näherzukommen.

Diese Frage kann durch Vergleich der absoluten Zahl der jeweils vorhandenen Betriebe nicht hinreichend beantwortet werden. Man kann nicht ohne weiteres Betrieb gleich Betrieb setzen, noch dazu bei Vergleich weit auseinanderliegender Zeitpunkte. Will man trotzdem Betriebszahlen verwenden, so erscheint es zumindest angebracht, diese jeweils in ein Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu bringen. Solche relativen Zahlen gewähren einen wesentlich besseren Einblick in das Übersetzungsproblem. Im übrigen ist es infolge der verschiedenen Betriebsgrößen vorzuziehen, *die Zahl der in der Branche beschäftigten Personen in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen.* Ein solcher Vergleich ist für den betreffenden Handelszweig noch recht günstig, weil sich die Verkaufsleistung der beschäftigten Personen seit Jahrzehnten in fast regelmäßiger Zunahme gesteigert hat. Leider sind aus früheren Jahren verhältnismäßig wenige Unterlagen über Angestelltenzahlen vorhanden, so daß auch in dieser Untersuchung zum Teil noch relative Betriebszahlen verwendet werden mußten.

Wir gehen hier nicht von der im allgemeinen üblichen Betrachtung des Groß- und Einzelhandels mit Lebensmitteln, landwirtschaftlichen und verwandten Produkten usw. aus; denn abgesehen von der störenden Verquickung von Groß- und Einzelhandel haben auch innerhalb einer solchen großen Gruppe mit dem Wandel der Zeiten gewisse Kompensationen stattgefunden. Man denke nur beispielsweise an den früher so wichtigen Zweig des Fourage- und Futtermittelhandels, der heute infolge der Verdrängung des Pferdes durch das Auto sehr erheblich zurückgegangen ist. Ähnliche Beispiele lassen sich noch mehr erbringen. Wir wählen vielmehr zum Ausgangspunkt die Gruppe „Kolonial-, Eß- und Trinkwaren" (einschl. Delikatessen-, Fleisch- und Backwarenhandel) aus und zählen (auf Grund sorgfältiger Schätzung) die Einzelhandelsgruppen wie Gemüsewaren u. a. m. hinzu. Man zählte im Jahre 1907 in der Gruppe Kolonial-, Eß- und Trinkwaren 180 182 Groß- und Einzelhandelsbetriebe. Leider wurden damals die Einzelhandelsbetriebe nicht gesondert ermittelt. Man muß deshalb die statistisch erreichbaren Angaben über die sogenannten „offenen Verkaufsstellen", die unseren heutigen Läden entsprechen, zu Hilfe nehmen. Von diesen wurden im Jahre 1907 gezählt:

Branche	Offene Verkaufsstellen
Kolonial-, Eß- und Trinkwaren	164 972
Delikatessen	4 223
Back- und Konditoreiwaren	6 427
Fleisch und Fleischwaren	3 930
Gemüsewaren und restliche Gruppen	8 000 (geschätzt)
Zusammen	187 552

Wenn man diese Zahl durch die Zahl der damaligen ortsanwesenden Reichseinwohner dividiert, entfallen

auf je 1000 Einwohner 3,02 Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe. Im Jahre 1925 zählen wir dagegen 258 056 Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe. Nehmen wir hier die gleiche Teilung durch die Zahl der Reichsbevölkerung vor, so kommen *auf je 1000 Einwohner 4,10 Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe.*

Wir können somit allein in den Jahren 1907 bis 1925 eine relative, d. h. auf den Kopf der jeweiligen Bevölkerung umgerechnete Zunahme der Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte von rund 36 % verzeichnen. Die absolute Steigerung beträgt im übrigen für dieselbe Zeit noch etwas mehr, nämlich 38—39%. Der Lebensmittel-Einzelhandel hat sich also dreimal so stark vermehrt, wie im allgemeinen für die zusammengefaßte Gruppe „Groß- und Einzelhandel mit Lebensmitteln usw." mit 12,6 % angegeben wird.

Weit aufschlußreicher als die Zahlen über die Betriebsvermehrung sind, wie bereits erwähnt, Vergleiche der jeweils beschäftigten Personen, weil hierbei weit eher die vielfachen Betriebsvergrößerungen zum Ausdruck kommen. Für den Lebensmittel-*Einzel*handel im besonderen fehlen leider Unterlagen für die früheren Jahre, so daß hier nur aus analogen Verhältnissen Schätzungen abgeleitet werden können. Für den *Groß- und Einzel*handel mit Lebensmitteln sind dagegen sowohl in bezug auf Betriebs- wie auch Personenzahlen Vergleiche in einwandfreier Weise möglich.

Groß- und Einzelhandel mit Lebensmitteln

(Technische Einheiten)

	Betriebe	Beschäftigte Personen
1875	115 868*)	142 131*)
1907 (altes Gebiet)	308 000	505 000
1907 (neues Gebiet)	284 000	465 000
1925	344 064	690 084

*) Einschl. der Schätzungen für die bei der Berufszählung umgruppierten Branchen. Unter „Lebensmitteln" sind in der Tabelle ferner auch: Süßwaren-, Bier- und Getränke-, Fisch-, Fleisch-, Backwaren- und Weinhandel erfaßt.

Groß- und Einzelhandel in landwirtschaftlichen Produkten, Lebensmitteln usw.

	Betriebe	Beschäftigte Personen
1875	185 117	214 776
1907 (altes Gebiet)	456 996	743 181
1907 (neues Gebiet)	418 622	683 262
1925	415 805	856 037

Diese Gegenüberstellung der Entwicklung der besonderen und der größeren, zusammenfassenden Gruppe ergibt eindeutig, wie erforderlich es war, einerseits die Lebensmittelbranche für sich gesondert zu betrachten, andererseits die Zahl der beschäftigten Personen in der Hauptsache zur Beurteilung der Zu- und Abnahmen heranzuziehen. Erstens weist die spezielle Lebensmittelgruppe für die Zeit von 1875 bis 1925 eine Zunahme der Betriebe von rund 200 %, der Personen von rund 390 % auf, während in der größeren Gruppe ein Ansteigen von lediglich 124 % bzw. 300 % zu verzeichnen ist. In der reinen Lebensmittelgruppe ist also die Personal- und Betriebsvermehrung bedeutend stärker als in der kombinierten Branche. Zweitens ergibt sich, daß die Vermehrung der Anzahl der beschäftigten Personen in beiden Gruppen um etwa 100 % stärker ist als die Zunahme der Zahl der Betriebe.

Als eine Bestätigung für die Richtigkeit der hier wiedergegebenen Zahlen kann man neben der Übereinstimmung mit verschiedenen Handelskammer-Erhebungen übrigens auch die letzten Mitteilungen der Handelskammer Berlin vom 10. Dezember 1930 über die Vermehrung der Handelsbetriebe heranziehen. In einem Artikel des amtlichen Teils der Mitteilungen wird zwar versucht, eine übermäßige Vermehrung des Lebensmittel-Einzelhandels abzuleugnen, jedoch im Laufe der Erörterungen ebenfalls erwähnt, daß allein in der Epoche von 1871 bis 1914 eine Verdreifachung der Lebensmittel-Handelsbetriebe stattgefunden habe bei nur rund 50 %iger Bevölkerungsvermehrung.

Im übrigen sehen wir an Hand der Tabellen auch für die Zeitspanne von 1907 bis 1925 bei der Lebensmittelgruppe eine absolute Zunahme der Betriebe von rund 22 %, der Personen von etwa 50 %. Auf Grund dieser Ergebnisse kann man nunmehr auch auf die Vermehrung der beschäftigten Personen im Lebensmittel-*Einzel*handel schließen; sie dürfte für jene Zeit etwa 70—75 % betragen.

Betriebs- und Personalvermehrung im Handel mit Lebensmitteln

	Groß- und Einzelhandel in landw. und verw. Produkten, Lebensmitteln usw.	Groß- und Einzelhandel in Lebensmitteln	Einzelhandel in Lebensmitteln
Betriebe			
1875/1925	124 % (techn. Einheiten)	200 % (techn. Einheiten)	? [1]
1907/1925	12,6 % (örtl. Einheiten)	22 % (techn. Einheiten)	39 % (örtl. Einheiten)
Personen			
1875/1925	299 % (techn. Einheiten)	386 % (techn. Einheiten)	? [1]
1907/1925	25,1 % (örtl. Einheiten)	49 % (techn. Einheiten)	70—75 % (örtl. Einheiten) (geschätzt!)

[1]) Die Steigerung ist aller Wahrscheinlichkeit nach mit derjenigen in der Gruppe „Groß- und Einzelhandel mit Lebensmitteln" gleichzusetzen.

Schließlich soll noch auf die Frage eingegangen werden, ob *nur* in der Zeitperiode von 1907 bis 1925 eine Vermehrung der Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe stattgefunden hat oder auch in dem kürzeren Zeitintervall von 1914 bis 1925. Letzteres wird neuerdings zumeist bestritten, verschiedentlich wird sogar von einem etwa 6 %igen Rückgang gesprochen. Erstens wird dieser Rückgang auf Grund einer sicherlich zu hoch gegriffenen „Errechnungsziffer" für das Jahr 1914 zu beweisen versucht. Ferner aber ist auch hier wieder zu beachten, daß innerhalb einer großen, kombinierten Branchengruppe die bereits obenerwähnte Kompensation der Zu- und Abnahmen für die spezielleren Gruppen auftritt. Wieweit die errechnete Zahl der Betriebe für 1914 richtig ist, wieweit sie außerdem auf den Lebensmittel-Einzelhandel angewendet werden kann, ist schwer zu sagen. Jedenfalls gibt es für die gegenteilige Behauptung, daß auch in der Zeit von 1914 bis 1925 die Zahl der Betriebe, noch stärker die Zahl der beschäftigten Personen, zugenommen habe, eine Reihe von Anhaltspunkten. Hier sei als Beispiel lediglich eine Statistik aus den „Mitteilungen" der Handelskammer Plauen gebracht. Diese Aufstellung umfaßt allerdings nur handelsgerichtlich eingetragene Firmen, die im Lebensmittel-Einzelhandel verhältnismäßig selten vertreten sind. Die tatsächliche Vermehrung einschl. der nicht eingetragenen Firmen

dürfte also erheblich stärker sein, worauf auch in den betreffenden Ausführungen hingewiesen wird. Allein schon für die eingetragenen Firmen ergibt sich aber in der Zeit von 1914 bis 1925 eine absolute Vermehrung von 16,6 %, eine relative Vermehrung von 13,2 %.

Handelsgerichtlich eingetragene Firmen des Nahrungsmittel-Einzelhandels der Kreishauptmannschaft Plauen

Jahr	Bevölkerung	Absolute Betriebszahl	Relative Betriebszahl (je 10 000 der Bevölkerung)
1914			
1918	829 000	492	5,9
1923	802 000	495	6,17
1925	836 000	564	6,7
	857 000	573	6,68
Zunahme		16,6 %	13,2 %

Ob und wieweit allein die Vermehrung der Zahl der Lebensmittel-Handelsbetriebe auf eine „Übersetzung" dieses Gewerbes schließen läßt, ist schwer zu entscheiden. Strukturwandlungen der Wirtschaft, Änderungen der Lebens- und Konsumgewohnheiten, die Erhöhung des Lebensstandards werden als Gründe für die Zunahme der Handelsbetriebe angeführt. Dabei hatte man allerdings bisher mit den Zahlen gerechnet, die sich aus der großen Gruppeneinteilung der Reichsstatistik ergaben. Die hier ermittelten höheren Zahlen für die besondere Gruppe des Lebensmittel-Einzelhandels, insbesondere die große Vermehrung der beschäftigten Personen, lassen diese Gründe doch nicht als völlig ausreichend erscheinen. Man muß dazu noch bedenken, daß sich in der untersuchten Zeitperiode die Großbetriebe im Einzelhandel stark entwickelt haben, namentlich die Warenhäuser und die Konsumvereine. Obwohl diese einen beträchtlichen Teil des Lebensmittelumsatzes auf sich zogen, ist, wie wir nachgewiesen haben, außerdem eine große Vermehrung der Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe — besonders gemessen an den Personalzahlen — erfolgt.

Doch die Statistik zeigt noch bei weitem nicht den wirklichen Umfang der Übersetzung. Die Geschäfte der einzelnen Branchen überschneiden sich vielfach durch die Führung gleicher Waren (Butter beim Milchhändler, Kaufmann, Grünkramladen; Wurst beim Schlächter, Kaufmann, Milchladen usw.). Dadurch wird die Übersetzung in der betreffenden Branche viel stärker, denn diese Überschneidungen sind in den meisten Fällen statistisch nicht erfaßt. Ferner aber kommt die für den Lebensmittel-Einzelhandel außerordentlich große Bedeutung des Hausier-, Straßen- und Markthandels in der Statistik überwiegend gar nicht, beim Markthandel nur zum allergeringsten Teil zum Ausdruck. Man bedenke, daß nach neueren Schätzungen allein in Berlin rund 10 000 Straßenhändler die Hausfrauen vorwiegend mit Gemüsen und Lebensmitteln versorgen (bei etwa 4000 seßhaften Gemüsehandlungen). Wenn man in Betracht zieht, daß dieser Straßenhandel besonders in den Vororten der Städte in nächster Zeit voraussichtlich noch weiter zunehmen wird, daß der Kiepen- und Straßenhandel in Süddeutschland, selbst in der Großstadt München, in beträchtlichem Umfang die Versorgung mit Gemüsen, Milch, Eiern, Geflügel, zum Teil auch mit anderen Lebensmitteln übernimmt — dabei wird dieser Handel in jenen Gegenden nur äußerst unvollkommen statistisch erfaßt —, wenn man schließlich zur Kenntnis nimmt, daß allein die Zahl der statistisch erfaßten ambulanten Gewerbetreibenden, die nur ein Drittel der tatsächlich vorhandenen darstellt, in Deutschland bereits 95 000 beträgt, so wird man die Übersetzungsfrage im Lebensmittel-Einzelhandel im Hinblick auf die hier wiedergegebenen Zahlen erneut prüfen müssen.

Abgesehen von der untersuchten Vermehrung der Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe im Reichsdurchschnitt ist für die Behandlung der Übersetzungsfrage noch ein anderes Moment von außerordentlicher Wichtigkeit: die jeweilige relative (auf die Bevölkerung bezogene) Verteilung der Branche über Stadt und Land. Die hierüber angestellte Untersuchung zeigt an Hand des statistischen Materials, welch starke Unterschiede in der Verteilung des Lebensmittel-Einzelhandels bestehen und daß somit die für das gesamte Reich gültigen Zahlen doch noch nicht einen vollen Überblick gewähren.

Aus den obengenannten Gründen mußte auch hier wieder die Zahl der beschäftigten Personen als Ausgangspunkt der Untersuchung genommen werden, insbesondere, weil sich infolge der recht verschiedenen Betriebsgröße in Stadt und Land beim Vergleich bloßer Betriebszahlen große Unrichtigkeiten ergeben hätten. Nach der hier angewandten Errechnungsmethode ergeben sich für das Jahr 1925 im Reichsdurchschnitt je 1000 Einwohner 7,29 im Lebensmittel-Einzelhandel beschäftigte Personen. Wie

Zahl der im Lebensmittel-Einzelhandel beschäftigten Personen

Stadtkreise	Beschäftigte Personen (je 1000 der Wohnbevölkerung)
Perleberg	8,72
Spremberg	12,7
Großenhain	11,38
Marienwerder	11,04
Salzwedel	11,0
Sonneberg	10,3
Straubing	10,5
Insterburg	10,29
Flensburg	12,2
Mühlheim (Ruhr)	9,6
Wiesbaden	11,4
Altona	13,7
Leipzig	9,8
Berlin	7,68
Hamburg	14,7
Königsberg i. Pr.	9,48
Reichsdurchschnitt	7,29
Landkreise	
Blaubeuren	3,3
Heilbronn	4,5
Königsberg i. Pr.	1,8
Ruppin	5,4
Insterburg	2,1
Marienburg (Westpr.)	2,6
Ansbach	3,3
Neckarsulm	4,2
Reichsdurchschnitt	7,29

sich nun aus der Untersuchung ergab, wird in den Städten der Reichsdurchschnittssatz für den Lebensmittel-Einzelhandel um rund 37 %, in den Großstädten sogar um etwa 40—50 %, teilweise auch um mehr, bis 105 %, überschritten. In diesen Zahlen tritt selbst bei Berücksichtigung des sich aus der verschiedenen Lebensweise und der Eigenproduktion auf dem Lande ergebenden unterschiedlichen Bedarfs die weit stärkere Besetzung der Städte mit Lebensmittel-Einzelhandelsbetrieben klar zutage. Rechnet man für die Städte noch den bereits

erwähnten Zuschlag für den Hausier-, Straßen- und Kiepenhandel hinzu, so kommt man bei den im Lebensmittel-Einzelhandel beschäftigten Personen in der Zeit von 1907 bis 1925 auf eine Vermehrung von 115—120 %, die sich im einzelnen teilweise bis 170 % erhöht. Dieses Ergebnis steht übrigens auch im Einklang mit den ursprünglichen Ermittlungen verschiedener Handelskammern, die erst in letzter Zeit, vielleicht infolge Einwirkung der betroffenen Kreise, versuchen, eine abschwächende Ansicht zu begründen.

Als weitere aufschlußreiche Beobachtung ergab sich, daß nicht nur in den Mittel- und Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten, zum Teil sogar in einem stärkeren Ausmaß, der Reichsdurchschnitt überstiegen wird. Natürlich liegt dafür das „platte Land" weit unter dem Durchschnitt. So erreichen z. B. die ostpreußischen Landkreise zum großen Teil nur ein Drittel des Reichsdurchschnitts, andere gerade die Hälfte. Die Unterschiede in der Besetzung mit Lebensmittel-Einzelhandelsbetrieben sind zwischen dem Stadt- und Landkreis desselben Gebiets im einzelnen recht ungleichmäßig. Man zählt Differenzen von 100, 200, 300 % und mehr. Andererseits liegen manche Stadtkreise auch nur 50 % über dem betreffenden Landkreis. Zur Veranschaulichung seien einige Beispiele gegeben:

Beschäftigte Personen im Lebensmittel-Einzelhandel

(Mehr gegenüber dem jeweils dazugehörigen Landkreis)

Königsberg	420 %	Landsberg a. Warthe	70 %
Marienberg (Westpr.)	250 %	Salzwedel	300 %
Insterburg	400 %	Flensburg	90 %
Westprignitz (Perleberg)	60 %	Großenhain	160 %

Schon aus dem hier auszugsweise gebrachten statistischen Material geht klar hervor, wie wenig man bei einer Überprüfung der Besetzung des Einzelhandels eines bestimmten Gebiets von allgemeinen Reichsdurchschnittszahlen ausgehen darf. Wenn man das Ergebnis dieser Untersuchung in einigen Sätzen zusammenfaßt, so ergibt sich folgendes Bild:

Die überwiegende Mehrzahl der Städte liegt über dem Reichsdurchschnitt, eine außerordentlich große Zahl der Städte liegt so hoch über dem Reichsdurchschnitt, daß man keineswegs mit Recht von einer „vernünftigen" oder „angemessenen" Vermehrung der Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebe bzw. der in ihnen beschäftigten Personen sprechen kann, auch wenn man alle Argumente wie wachsende Komplizierung und Differenzierung der Volkswirtschaft berücksichtigt. Schlußfolgerungen sind hier aus dieser Feststellung nicht zu ziehen. Im Interesse einer sinnvollen Gestaltung des Verteilungsapparates sollte nur Aufklärung über die wirkliche Sachlage geschaffen werden.

Glossen

Kreditbedarf der Arbeitslosenversicherung

Man schreibt uns: „Die sogenannte ‚Abhängung' der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat beginnt mit dem 1. April dieses Jahres, also zu einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahl die durchschnittliche Höhe aus saisonmäßigen Gründen übersteigt. Man darf für April mit etwa 2,1 Millionen Hauptunterstützungsempfängern der Arbeitslosenversicherung rechnen, während bekanntlich der Etat der Reichsanstalt auf einer durchschnittlichen Zahl der Unterstützten von 1,75 Millionen aufgebaut ist. Hieraus ergibt sich, daß die Arbeitslosenversicherung Überbrückungskredite in Anspruch nehmen muß, um sich bei gleichmäßigem Einnahmenverlauf den Schwankungen des Arbeitsmarkts anpassen zu können. Der Reichsanstalt solche Kreditmöglichkeiten zu eröffnen, ist eine selbstverständliche Pflicht des Reichs, die voraussichtlich nur mit Hilfe einer Reichsbürgschaft erfüllt werden kann. Anscheinend beabsichtigt man auch tatsächlich, der Arbeitslosenversicherung auf diese Weise Hilfe angedeihen zu lassen. *Wer* diesen Kredit gewähren soll, ist noch nicht geklärt. Es besteht die Ansicht, daß es der *Reichsbank* als Bankier des Reichs zukäme, diesen Kredit zu gewähren. Demgegenüber muß betont werden, daß eine derartige Kreditgewährung in keiner Weise innerhalb des Rahmens der gesetzlich begrenzten Aufgaben der Reichsbank liegt. Ängstliche Gemüter könnten sogar anzunehmen geneigt sein, daß eine solche Darlehnsgewährung eine Umgehung jener Vorschriften darstelle, die — in Erinnerung an die Gefahren, die eine solche Kredithingabe für die Währung mit sich bringen kann — in das *Reichsbank-Gesetz* hineingearbeitet worden sind, um die Inanspruchnahme übermäßiger Kredite durch das Reich zu verhindern. Bei der Empfindlichkeit, die man in Deutschland und in internationalen Finanzkreisen auch heute noch gerade in diesen Fragen zeigt, sollte *selbst der bloße Eindruck einer derartigen Transaktion vermieden werden.* Falls ein Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den ersten Monaten des nächsten Etatsjahres erforderlich wäre, müßte es für das Reich bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarkts möglich sein, durch entsprechende Kassendispositionen die eigene Liquidität so zu gestalten, daß auch die Befriedigung des Finanzbedarfs der Arbeitslosenversicherung — es soll sich um 90 Mill. RM handeln — unmittelbar von der Reichskasse durchgeführt wird."

Amtliche Wohlfahrtserwerbslosen-Statistik

Seit August 1930 wird eine amtliche Erhebung über die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen durchgeführt. Dabei wirken nebeneinander die Arbeitsämter und die kommunalen Bezirksfürsorgeverbände mit, zwischen denen zwar grundsätzlich ein Einverständnis über die als Wohlfahrtserwerbslose zu betrachtenden Fürsorgeempfänger erzielt werden soll, aber praktisch nicht erzielt wird. Diese Statistik stellt eine wertvolle Ergänzung der von den freien Organisationen der Gemeinden und Gemeindeverbände durchgeführten Erhebungen dar, die den Charakter von Stichproben tragen. Die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen von August 1930 bis Januar 1931 sind jetzt veröffentlicht worden („Wirtschaft und Statistik" Nr. 5, S. 215). Trotz erheblicher Differenzen zwischen den Erhebungen der Arbeitsämter und der Fürsorge-

verbände zeigen beide das gleiche Bild: ein starkes und stetiges Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen um 350 bis 400 000 im Laufe dieser fünf Monate. Zwei Drittel bis drei Viertel der von den Fürsorgeverbänden gezählten Wohlfahrtserwerbslosen sind aus der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge ausgesteuert. Unter dem Gesichtspunkt des *Finanzausgleichs* sind zwei gegenläufige Tendenzen bemerkenswert. Wie das Statistische Reichsamt mit Recht hervorhebt, gilt im allgemeinen der Satz, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit zunehmender Einwohnerzahl der Gemeinden steigt; Berlin weist je 1000 Einwohner die größte Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen auf, und in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden beträgt diese Verhältniszahl nur ein Drittel der für den Durchschnitt aller Großstädte festgestellten. Gleichzeitig muß aber bemerkt werden, daß im Laufe der Monate der Anteil der Wohlfahrtserwerbslosen der ländlichen Bezirke an der Gesamtzahl gestiegen ist. Er betrug am

30. September 1930	28 %
31. Oktober 1930	28.5 %
30. November 1930	30 %
31. Dezember 1930	31.5 %
31. Januar 1931	33 %

Ob diese Entwicklung nur saisonmäßig bedingt ist — teilweise ist es sicherlich der Fall —, oder ob sich in ihr eine dauernde relative Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in den ländlichen Bezirken ausdrückt, muß vorerst dahingestellt bleiben. Erst die weiteren Erhebungen werden hierüber endgültigen Aufschluß geben können. Jedenfalls läßt es die vorstehende Zahlenreihe begreiflich erscheinen, daß sich der Deutsche Landkreistag zwar grundsätzlich den Standpunkt des Deutschen Städtetags hinsichtlich einer neu zu schaffenden „Reichsarbeitslosenfürsorge" zu eigen gemacht hat, darüber hinaus aber behauptet, der Verteilungsschlüssel der Kosten, den der Deutsche Städtetag — unseres Erachtens zu sehr dem kommunalen Interesse angepaßt — aufstellt, würde den Landkreisen eine „untragbare" Last auferlegen.

Enquête-Kritik an der Wohnungswirtschaft

Die Wohnungswirtschaft ist in der Nachkriegszeit ein Politikum geworden. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so würde ihn der neue Enquête-Bericht über den deutschen Wohnungsbau erbringen. (Der deutsche Wohnungsbau. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Gewerbe, Industrie, Handel und Handwerk [III. Unterausschuß]. Berlin 1931, Verlag E. S. Mittler & Sohn.) Während sich der Enquête-Ausschuß bisher bemühte, nach Möglichkeit einstimmige Gutachten zu erstatten — sogar der umstrittene Bericht über die Eisenindustrie war von sämtlichen Mitgliedern des betreffenden Unterausschusses unterzeichnet —, ist es hier zu einem Mehrheits- und einem Minderheits-Gutachten gekommen; aber selbst zu dem Mehrheits-Gutachten sind von einigen Mitgliedern Vorbehalte verschiedenen Inhalts gemacht worden. Und die Geister haben sich klar nach ihren *politischen* Überzeugungen geschieden. Den Sozialdemokraten und Arbeitnehmervertretern geht der Hauptbericht in der Kritik der bisherigen Wohnungsbaupolitik zu weit. Den Repräsentanten der Arbeitgeber ist diese Kritik zu lau; sie „hätten gewünscht, daß ... die mangelnde Wirtschaftlichkeit des heutigen Wohnungsbaus mit ihren ungesunden Auswirkungen ... noch deutlicher unterstrichen worden wäre". Der Präsident des Städtetags, Mulert, vermißt „eine ausreichende positive Würdigung der Mitwirkung der öffentlichen Hand in der Wohnungswirtschaft". Dem Hauptbericht verbleibt schließlich nur noch die Autorität der Wissenschaftler — Eulenburg, Harms, Zimmermann — und einiger interessenmäßig nicht gebundener Persönlichkeiten, wie u. a. Dernburg und Hamm. Aber auch diese Autorität wird durch die Feststellung des Berichts geschmälert, daß „die Arbeit ein Torso geblieben sei" und daß „die Fragen, die für den heutigen Wohnungsbau zu stellen sind, nicht bis zu Ende geklärt werden konnten" — einmal wegen der Kürzung der Etatsmittel, zum zweiten wegen der Undurchsichtigkeit der Verhältnisse auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Trotz dieser Vorbehalte kommt der Bericht zu einer *entschieden negativen Beurteilung der gegenwärtigen Wohnungsbauwirtschaft.* Die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln erfolge unter unwirtschaftlichen Bedingungen, die das private Kapital vom Risiko befreiten. Die Hemmungen, die sonst gegenüber Kostensteigerungen wirksam sind, seien dadurch ausgeschaltet worden; die Folge sei eine Überhöhung der Baukosten weit über das in der übrigen Wirtschaft durchschnittlich übliche Maß hinaus. Die öffentliche Kontrolle habe infolge der Schwierigkeiten, die gerade die Bauwirtschaft in dieser Hinsicht bietet, dem nicht abhelfen können. Die Wohnungsbautätigkeit sei im allgemeinen nicht von den bestehenden Einkommensverhältnissen ausgegangen. „Nicht die neuerrichteten Wohnungen in ihren Gestehungskosten, sondern die Mietpreise sind, und zwar mittels staatlicher Aufwendungen zu unwirtschaftlichen Zinssätzen, also mittels Kapitalverlusten dem Teil des Einkommens angepaßt worden, der für Wohnen verfügbar ist." Die Mängel der gegenwärtigen Wohnungswirtschaft werden von dem Enquête-Bericht im ganzen richtig gesehen. Leider hat der Enquête-Ausschuß aber nicht die Frage untersucht, ob nicht trotz dieser Mängel der staatliche Eingriff in die Wohnungswirtschaft notwendig war, um überhaupt Wohnungen zu schaffen — daß dies ein dringendes staatspolitisches und wirtschaftliches Erfordernis war, wird nicht bestritten —; ob nicht ohne den staatlichen Eingriff, dessen Methoden gewiß mit Mängeln vieler Art behaftet waren, der Kapitalmarkt und das Baugewerbe bei der Lösung der gewaltigen Aufgabe versagt hätten. Der Enquête-Ausschuß zieht aus seinen Feststellungen auch nicht die Konsequenz, daß man den Wohnungsbau nun völlig auf eigene Füße stellen solle. Er erkennt vielmehr an, daß bei einer Aufgabe der gegenwärtigen Ordnung ausreichendes Kapital zu tragbarem Zinssatz für die Fortführung der Bautätigkeit wahrscheinlich nicht zu gewinnen sein wird. Der Ausschuß legt einen *Finanzierungsplan* vor, der — in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Reichsregierung — die öffentliche Hilfe auf Kleinstwohnungen (durchschnittlich 2½ Zimmer) beschränkt. Dieser Plan, der eine sorgfältige Prüfung verdient, sieht für je 150 000 während fünf aufeinanderfolgender Jahre zu errichtende Kleinstwohnungen einen Zinszuschuß von 300 RM jährlich je Wohnung vor. Der Zuschuß dient

zur Verzinsung und Amortisation der zweiten Hypothek, deren Kapitalbetrag nach diesem Vorschlag dem Kapitalmarkt entnommen werden soll. Die Vorzüge dieses Projekts sieht der Ausschuß in dem starken Anreiz, der dem privaten Kapital geboten wird — infolge der schnellen Amortisation der zweiten Hypothek steigt das Eigenkapital des Bauherrn in zehn Jahren von 10% auf 40% —, und in der Tatsache, daß der Wohnungsbau auf die eigene Rentabilität gestellt wird. In der absoluten Bemessung der Mietbeihilfe liege ferner ein wesentlicher Antrieb, die Baukosten zu beschränken. Man wird sich mit diesen Vorschlägen und mit den grundsätzlichen Ausführungen des Berichts noch eingehend beschäftigen müssen.

Öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: „Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Regierungen der Länder und den beteiligten Wirtschaftskreisen über die Voraussetzungen, unter denen künftig in Deutschland besonders qualifizierte Wirtschaftsprüfer bestellt werden sollen, stehen vor dem Abschluß. Das Ziel dieser Verhandlungen ist die Schaffung eines Standes gehobener Buch-, Bilanz- und Betriebsprüfer nach dem Vorbild des englischen chartered accountant. Die ursprünglich für diesen Beruf in Aussicht genommene Bezeichnung ‚Wirtschaftstreuhänder' ist wegen der Bedenken, die sich gegen diese Bezeichnung im Hinblick auf die Entwicklung des materiellen Treuhandrechts ergeben, durch die zwar etwas farblosere, die Sache aber besser treffende Bezeichnung ‚Wirtschaftsprüfer' ersetzt worden. Mit der öffentlichen Bestellung von Wirtschaftsprüfern soll eine Einrichtung geschaffen werden, die den in der Reform des Aktienrechts und in der Reform der Aufsicht über die privaten Versicherungsunternehmungen vorgesehenen periodischen Pflichtrevisionen praktische Wirksamkeit und Zuverlässigkeit gibt. Sie soll ferner die im Kreditverkehr mit ausländischen Geldgebern empfundene Belastung beseitigen, die darin liegt, daß das Zustandekommen eines Auslandskredits in der Regel von dem Bericht eines ausländischen accountant über die Bonität des kreditsuchenden deutschen Unternehmens abhängig gemacht worden ist. Auch die Übertragung der Revision kommunaler Betriebe an die Wirtschaftsprüfer wird bei einem Teil der Landesregierungen erwogen. Nach dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen wird nicht eine ins einzelne gehende reichsgesetzliche Regelung, sondern eine einheitliche Verwaltungspraxis bei sämtlichen Landesregierungen angestrebt, deren reichsgesetzliche Grundlage die Vorschrift des § 36 der Gewerbeordnung sein wird. Bei der Bedeutung der Funktionen, die der öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer in der Wirtschaft haben wird, versteht es sich von selbst, daß bei der Regelung weitgehend die privaten und öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft herangezogen werden; denn der Wirtschaftsprüfer muß ebensosehr vom Vertrauen der Wirtschaft wie vom Vertrauen des Staates getragen sein. Bei der in Aussicht genommenen Regelung werden deshalb die Mitwirkung des Staates in Reich und Ländern und die Mitwirkung der Wirtschaft im wesentlichen gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Die Regelung muß ferner einen vernünftigen, allen in Betracht kommenden Erfordernissen gerecht werdenden Ausgleich zwischen einer — die Einheitlichkeit des Verfahrens und der Bestellung innerhalb des Reichsgebiets gewährleistenden — Zentralisation und einer — die Erfahrungen und Kenntnisse der örtlichen Stellen in Staat und Wirtschaft zur Geltung bringenden — Dezentralisation in sich schließen. Endlich müssen neben den Organen von Staat und Wirtschaft auch die berufsständischen Organisationen zur gleichberechtigten Mitwirkung herangezogen werden. Sowohl ihre in der Praxis gesammelten beruflichen Erfahrungen wie ihre Kenntnis der für die Berufsausübung in Betracht kommenden Persönlichkeiten werden bei der Regelung im allgemeinen wie bei der Prüfung der einzelnen Anwärter nützlich sein. Dabei kann es der Entwicklung überlassen bleiben, welche Berufe und beruflichen Organisationen im Laufe der Zeit in das Verfahren einzubeziehen sind. Damit sind die wichtigsten Erfordernisse abgezeichnet, denen die Regelung zu entsprechen hat. Eine beim Deutschen Industrie- und Handelstag zu errichtende ‚Hauptstelle für die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer' wird Trägerin der zentralen Funktionen sein. Diese Hauptstelle wird sich aus den Spitzenverbänden der Wirtschaft, dem Institut für das Revisions- und Treuhandwesen, in dem sich die berufsständischen Organisationen des Revisions- und Treuhandwesens zusammengeschlossen haben, aus Vertretern der örtlichen Zulassungs- und Prüfungsstellen sowie aus Beauftragten der Reichsregierung und einer Anzahl Beauftragter der Landesregierungen zusammensetzen. Aufgabe dieser Hauptstelle ist es, die einheitlichen Grundsätze, die für die Zulassung und Bestellung der Wirtschaftsprüfer in materieller und formeller Beziehung maßgebend sein sollen, auszuarbeiten und für ihre einheitliche Durchführung und Handhabung Sorge zu tragen. Die Prüfung und Bestellung der einzelnen Wirtschaftsprüfer wird dagegen dezentralisiert erfolgen. Hier teilen sich die Funktionen zwischen der Wirtschaft und der Staatsgewalt. Während die Prüfung vor den aus Vertretern der Wirtschaft, der Berufe des Revisions- und Treuhandwesens und einem Beauftragten der zuständigen Landesregierung gebildeten Zulassungs- und Prüfungsstellen stattfindet, wird die sich an die Prüfung anschließende öffentliche Bestellung der Wirtschaftsprüfer grundsätzlich der Staatsgewalt vorbehalten. Das schließt nicht aus, daß eine Landesregierung den formalen Bestellungsakt den Industrie- und Handelskammern überträgt, die insoweit nicht als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, sondern als mittelbare Staatsorgane tätig werden. Ähnlich wie mit der Bestellung verhält es sich mit der Ausübung des Widerrufs. Die materiellen Bedingungen der Zulassung zur Prüfung werden von der Hauptstelle vorgeschlagen. Sie werden neben den üblichen Voraussetzungen (Leumund, Lebensalter) abgeschlossenes Hochschulstudium und eine während mehrerer Jahre ausgeübte Praxis im Revisions- und Treuhandwesen als Regel vorschreiben, von der im Einzelfall, insbesondere was das Hochschulstudium anlangt, bei Vorliegen besonderer Gründe auch abgewichen werden kann. Die Gefahr einer Ausdehnung des in Deutschland schon allzu reichlich geübten Berechtigungswesens wird demnach durch die bevorstehende Regelung nicht begründet. Für eine Übergangszeit von mehreren Jahren sind besondere Zulassungsbedingungen vorgesehen, insbesondere soll

während dieser Zeit die Bestellung besonders befähigter und in der Wirtschaftspraxis erprobter Persönlichkeiten auch ohne vorausgegangene Prüfung möglich sein."

Die Ostpreußische Landschaft berichtigt weiter

Zu unseren Darlegungen über die Verständigung zwischen der Ostpreußischen Landschaft und der Landstelle Königsberg (Nr. 9, S. 432) sendet uns die Landschaft die folgende Berichtigung: „Es ist nicht richtig, daß der Landschaft Kredite prolongiert oder gar gegeben seien. Es ist daher ebenso unrichtig, daß die Landschaft aus einem ‚Kreditdruck der Großgläubiger' heraus gehandelt habe. Ebenso unrichtig ist daher die Überschrift ‚Die Ostpreußische Landschaft kapituliert'. Wir haben keinen Anlaß, auf die Falschmeldungen im übrigen einzugehen." Demgegenüber stellen wir fest, daß die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt ihre Beteiligung am Kapital der Centrallandschaft durch Forderungen aus den an die Landschaften, darunter auch an die Ostpreußische Landschaft, gewährten Golddiskontbankkrediten belegt, damit also praktisch zunächst diesen Teil ihrer Forderung prolongiert hat. — Die Reihe ihrer Berichtigungen setzt die Landschaft mit einer Polemik gegen unsere Ausführungen in Nr. 10, S. 477 fort, in denen wir von einer Mitteilung des Privatdozenten Dr. Freiherr von Bißing Kenntnis gaben; diese Berichtigung lautet: „Die Berichtigung wird in vollem Umfang aufrecht erhalten. Sie wendete sich gegen die Behauptung, daß die Landschaft aus einer Zwangslage ihres eigenen Instituts handele und bei Gelegenheit des damaligen Streits mit Centralbehörden eine Staatshülfe gewünscht habe. Nichts dergleichen ist auch nur verhandelt. Die Hülfe, die die Landschaft wünschte, war eine Hülfe für die Golddiskontschuldner und die zu Bepfandbriefenden. Die im Bericht des Enquête-Ausschuß erwähnte Angelegenheit hat damit nichts zu tun. Auch damals handelte es sich nicht um eine ‚Hülfe', sondern um die Forderung der Landschaft, ihr für die von ihr aus dem Amerikageschäft besorgten Pfandbriefe denselben Kurszuschuß auszuzahlen, welcher später regelmäßig gewährt wurde. Dieser Wunsch ist von der Regierung nicht erfüllt worden, bleibt aber nach Ansicht der Landschaft als mindestens moralischer Anspruch weiter in der Schwebe. Was ferner die ‚Verluste' aus dem Amerikageschäft angeht, so kann man sie nur dadurch konstruieren, daß der Kurswert unseres Pfandbriefbesitzes heute — wie bei allem Pfandbriefbesitz auch anderer Stellen — niedriger ist, als der Einstandpreis. Da die Landschaft keinerlei Nötigung oder Absicht hat, ihren Besitz zu veräußern, so ist ‚Verlust' und ‚Gewinn' der Kursschwankungen ein imaginärer bis zu dem Augenblick einer Realisation. Diese wird die Landschaft richtig zu wählen wissen." — Demgegenüber wiederholen wir, daß die Lage einer Bank von der ihrer Schuldner abhängig und die Trennungslinie, die die Landschaft zwischen der Bonität ihrer Aktiven, nämlich ihrer Außenstände, und ihrer eigenen Lage zieht, zwar haarspalterisch fein, aber im übrigen bedeutungslos ist. Ferner macht eben dies den Charakter jeder Subvention aus, daß derjenige, der eine Subvention zu erlangen hofft, einen „moralischen Anspruch" konstruiert, um öffentliche Mittel zu erhalten, auf die juristische Ansprüche nicht geltend gemacht werden. Wie man solche „moralischen Ansprüche" bewerten will, ist eine Frage für sich; daß sie aber nichts anderes sind als der Wunsch nach Subventionen, daß ihre Geltendmachung eben das Nachsuchen von Subventionen ist, das erscheint uns unzweifelhaft. Was schließlich die Darlegungen der Landschaft über ihren Verlust aus dem Amerika-Geschäft betrifft, so muß auf die gesetzlichen Vorschriften über die Bewertung von Wertpapieren in der Bilanz verwiesen werden, nach denen entweder der Einstandspreis oder der Kurswert, jedoch in jedem Fall der niedrigere der beiden Werte, zugrundezulegen ist. Im Interesse der Landschaft verzichten wir darauf, uns mit ihren in der Zuschrift dargelegten Grundsätzen für die Behandlung des Wertpapierkontos näher auseinanderzusetzen.

Widerspruchsvolle Kartellgerichtsurteile zur Kündigungsfrage

Man schreibt uns: „Bekanntlich wird die Verbandsdisziplin innerhalb der Kartelle durch ein ausgeklügeltes Kontroll- und Strafsystem gesichert. Die Strafverhängung wird aber ebenso wie die Schlichtung von Streitigkeiten in der Regel nicht den ordentlichen Gerichten, sondern Schiedsgerichten übertragen, auf deren Zusammensetzung sich das Kartell einen mehr oder minder großen Einfluß sichert. Erfolgt die Besetzung des Schiedsgerichtes so einseitig, daß eine unparteiische Entscheidung nicht erwartet werden kann, dann bedeuten derartige Verbandsschiedsgerichte nach einem Gutachten des Kartellgerichts vom 16. Oktober 1925 eine Gefährdung von Gesamtwohl und Gemeinwirtschaft. Aus dieser grundsätzlichen Beurteilung von Verbandsschiedsgerichten, die wohl allgemeine Zustimmung gefunden hat, hat das Kartellgericht in einer Entscheidung vom 20. Januar 1931 die praktischen Konsequenzen gezogen. Einige Installateure in Fürth hatten sich nämlich zu einer ‚Interessengemeinschaft der Installateure Fürths (Igedif)' zusammengeschlossen und Vereinbarungen über Meldepflicht und Preisschutz bei Submissionen getroffen. Bei etwaigen Verstößen sollten Vertragsstrafen gezahlt werden, über deren Verhängung in zweiter Instanz ein Schiedsgericht entscheiden sollte. Dieses Schiedsgericht war zusammengesetzt aus dem jeweiligen Obmann des Verbandes und drei von ihm gewählten Ausschußmitgliedern, die nicht an der betreffenden Ausschreibung als Mitbewerber beteiligt sein durften. Um die Innehaltung ihrer Verpflichtung sicherzustellen, mußten die Mitglieder Wechsel in verschiedener Höhe hinterlegen. Gegen eine Verbandsfirma war nun wegen angeblicher Verletzung ihrer Meldepflicht eine Strafe von dem dafür zuständigen Organ festgesetzt worden. Die Firma hatte dem Strafbeschluß widersprochen und gleichzeitig ihren fristlosen Austritt aus der Interessengemeinschaft erklärt. Die Einladung zu dem satzungsmäßigen Schiedsgericht sandte sie zurück, und das Schiedsgericht lehnte daraufhin ab, eine Entscheidung zu fällen. Vorher hatte der Verband das Kartellgericht um die erforderliche Genehmigung gebeten, die von der betreffenden Firma hinterlegten Wechsel in Höhe von 2000 RM verwerten zu dürfen. Später ergänzte er seinen Antrag noch dahin, die Kündigung für unzulässig zu erklären. Das Kartellgericht hat zunächst die Verwertung der Wechsel untersagt, und zwar schon deswegen, weil

noch nicht der satzungsmäßige Instanzenzug für die Bestrafung durchlaufen sei. Das Urteil sagt aber ausdrücklich, daß der einseitigen Zusammensetzung des Schiedsgerichts wegen die Genehmigung ohnehin nicht erteilt worden wäre. Ein Schiedsgericht, auf dessen Zusammensetzung die eine Partei keinen Einfluß habe und das durch Personen besetzt sei, die dem Verband nahestünden, Personen, denen zudem satzungsgemäß ein Teil der Strafe zufließe, verbürge nicht eine unparteiische Entscheidung. Unbeschadet seiner zivilrechtlichen Würdigung müsse es kartellrechtlich jedenfalls beanstandet werden. Wegen dieser beanstandeten Schiedsgerichtsvereinbarung, welche die betreffende Firma zwar schon bei ihrem Beitritt gekannt hatte, hat dann das Kartellgericht die fristlose Kündigung für berechtigt erklärt. Selbst wenn die zweiwöchige Frist des § 8 nicht schon verstrichen war, wie der Tatbestand des Urteils vermuten läßt, muß dieser Teil der Entscheidung grundsätzlichen Bedenken begegnen. Obwohl das kündigende Mitglied seinerzeit die jetzt beanstandete Satzung selbst unterschrieben und bis dahin auch mit keinem Wort gegen diese Bestimmung protestiert hatte, verlangt das Kartellgericht nicht einmal, daß sich die Firma beschwerdeführend an das Reichswirtschaftsministerium wandte, ein Weg, der in Fällen derartiger Verbandsjustiz meistens schnell und sicher zum Ziele führt. Diese weitherzige Interpretation der Kündigung steht jedenfalls mit der sonstigen Rechtsprechung des Kartellgerichts nicht im Einklang. Wenige Tage später hat dieses Gericht nämlich eine Kündigung für unzulässig angesehen, obwohl die vorgebrachten Gründe nach der bisherigen Rechtsprechung wohl geeignet gewesen wären, den fristlosen Austritt zu rechtfertigen. Die Zentralverkaufsstelle Berliner Mörtelwerke ist ein Syndikat mit fünf Mitgliedern, unter denen drei große Firmen, die noch durch den gemeinsam betriebenen Zementverkauf besonders eng verbunden sind, mehr als drei Viertel aller Stimmen innehaben. Ein kleineres Mitglied hatte nach vergeblichen Versuchen, eine Abstellung seiner Beschwerden auf gütlichem Wege zu erreichen, fristlos gekündigt und diesen Schritt im wesentlichen auf zweierlei Gründe gestützt. Die Firma behauptete, daß die drei großen Firmen ihre Stimmenübermacht nicht im Interesse aller Mitglieder, sondern für egoistische Zwecke mißbraucht hätten, und sie wies ferner darauf hin, daß seit ihrem Beitritt der Anteil der Außenseiter auf dem Berliner Mörtelmarkt von noch nicht 10 % auf mehr als 30 % des Gesamtumsatzes, und zwar in kontinuierlicher Entwicklung, gewachsen sei. Besonders fühlte sie sich durch ein unmittelbar benachbartes Außenseiterwerk bedroht, daß zur Zeit ihres Beitritts zum Syndikat nur den dritten Teil ihres Umsatzes gehabt hätte, heute aber ihren Umsatz erheblich übersteige. Das Syndikat hatte die Berechtigung der internen Beschwerden bestritten, gegenüber dem Anwachsen der Außenseiter aber darauf hingewiesen, daß es ja versuche, diese zu bekämpfen. Das Kartellgericht hat die Berechtigung der Kündigung verneint. Die internen Beschwerden hat es als nicht erwiesen angesehen und ist über die Behauptung der kündigenden Firma, sie sei durch Vorenthaltung der Bucheinsicht und wegen mangelnder Publizität nicht in der Lage, genauere Beweise zu erbringen, hinweggegangen. Außerdem wird aber der kündigenden Firma ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie zwar in den Gesellschafterversammlungen bei der Beratung, aber *vor* der Abstimmung ihre widersprechende Stellungnahme zum Ausdruck gebracht habe, dann aber *bei* der Abstimmung angesichts ihrer hoffnungslosen Minderheit nicht mehr formal dagegen gestimmt habe. Das Kartellgericht verlangt also offenbar von dem kündigenden Mitglied, daß es nicht nur seinen Widerspruch zum Ausdruck bringt, sondern bei jeder auch möglichen Gelegenheit, wenn auch völlig nutzlos, demonstriert! Das Anwachsen der Außenseiter sieht die Entscheidung aber — in diametralem Gegensatz zu der bisherigen Rechtsprechung! — als unerheblich an, solange nicht eine besondere Existenzgefährdung des Kündigenden erwiesen sei. Die völlige Veränderung der Marktstellung des Kartells bei einem derartigen Anwachsen von Außenseitern, die in früheren Entscheidungen ständig als wichtiger Grund zum Austritt angesehen wurde, soll heute keine Berechtigung zur Kündigung mehr geben. Wer einem Kartell beitritt, muß also in Zukunft damit rechnen, trotz grundlegender Veränderung auf dem Markt dem Verband auf Gedeih und Verderb verbunden zu sein. Es ist dringend zu wünschen, daß das Kartellgericht endlich davon abgeht — worauf hier schon vor einigen Monaten hingewiesen wurde (MdW, Jahrg. 1930, Nr. 49, S. 2246) —, die fristlose Kündigung immer mehr über jedes erträgliche Maß hinaus zu erschweren."

Die neue Form des Berliner Verfassungsentwurfs

Die Umarbeitung, die der Gemeindeausschuß des Landtags dem Gesetz über die Reform der Berliner Gemeindeverfassung hat zuteil werden lassen, bedeutet nur eine *Verstärkung der Mängel*, die der Regierungsentwurf aufzuweisen hatte und die seinerzeit in einem Artikel im MdW (Jahrg. 1930, Nr. 43, S. 1973) aufgezeigt wurden. Verbesserungen finden sich so gut wie nirgends, abgesehen von dem einen Punkt, daß das Aufsichts- und Eingriffsrecht der Regierung auf den durch die Städteordnung und das allgemeine Landrecht fixierten Stand beschränkt bleibt. Hingegen ist weder eine positive Regelung der Beziehungen zwischen der Großgemeinde Berlin und den Bezirken vorgesehen worden — vielmehr werden sich ein Jahr lang die Organe der Berliner Selbstverwaltung in erster Linie mit dem Ortsstatut zu diesem Punkt abzuplagen haben —, noch ist die Position des Oberbürgermeisters derart gestaltet worden, daß er zu *selbständiger* Reorganisation der Verwaltung befähigt würde. Im Endeffekt ist der Einfluß der sogenannten „politisierten" Faktoren der Selbstverwaltung, ganz im Gegensatz zu den ursprünglichen Intentionen, nicht geschwächt, sondern gestärkt worden. Denn bisher bedeutete der der Stadtverordnetenversammlung in der „Legislation" *gleichgestellte* Magistrat ein starkes Hemmnis gegen übereilige Beschlüsse jener Instanz, weil die in ihn gewählten ehrenamtlichen Stadträte teils durch ihre ständige verwaltende Tätigkeit, teils durch die Zusammenarbeit mit den besoldeten Beamten eine gewisse Loslösung von dem Boden, dem sie entstammten, von den politischen Einflüssen der Stadtverordnetenversammlung erfuhren. Nunmehr wird bei Differenzen zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat praktisch der *Stadtgemeindeausschuß* entschei-

den, dem mangels jener regelmäßigen verwaltenden Tätigkeit die politische Auflockerung, von der wir oben sprachen, fehlt und der in Wahrheit bei der Entscheidung getreulich die Einstellung der Stadtverordnetenversammlung widerspiegeln wird, aus der er gewählt ist. Dieser wichtigste Mangel war letzten Endes schon in dem Regierungsentwurf enthalten. Wenn die Umarbeitung im Landtagsausschuß ihn verschärft hat, statt den Stadtgemeindeausschuß durch Verkleinerung und Umbildung seiner Funktionen in der früher angedeuteten Richtung in die eigentliche laufende Verwaltung hineinzubauen, so ist Schuld daran die herrschende, auch im Regierungsentwurf zum Ausdruck kommende *Romantik der „Diktatur"*, die Vorstellung, als ob die Hauptsache wäre, den Oberbürgermeister mit den genügenden diktatorischen Befugnissen in der Stadtverwaltung zu bekleiden, kurz der Gedanke, daß eine Stadt wie Berlin durch Anweisung von *einer* Stelle aus regiert werden könne. Daß solche *zentrale* Leitung zu allen Zeiten, vor 150 Jahren unter Friedrich dem Großen, ebenso wie heute durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, nur möglich ist, wenn dem Chef der Verwaltung der entscheidende Einfluß bei der *Auswahl seiner Mitarbeiter* zusteht, bedarf keiner wiederholten Begründung. Der Weg, auf dem ihm ein solcher Einfluß gegeben werden kann, ohne das Mitbestimmungsrecht der demokratischen Organe der Selbstverwaltung zu mindern, ist in dem erwähnten Artikel aufgewiesen worden. Die einseitige und negative Kritik des Parlamentarismus, die heute in Deutschland vorherrscht und die der einzige Gesichtspunkt der in Frage stehenden Reformentwürfe gewesen ist, hat tatsächlich zu dem grotesken Resultat geführt, daß man Mängel eines *Verwaltungsapparats* dadurch zu heilen versucht, daß man fragwürdige Schutzdämme gegen demagogische Übergriffe von *Selbstverwaltungsorganen* ersinnt, die mit der Verwaltung gar nichts zu tun haben. Im übrigen sind solche Schutzdämme nutzlos, solange das Fundament der Selbstverwaltung, die Wählerschaft, demagogischen Einflüssen nur allzu willig Tür und Tor öffnet. Der jetzige Reformentwurf für Berlin ist deshalb überflüssig, und es ist nur zu hoffen, daß er keine endgültige Annahme finden wird.

Finanzierung Berlins durch die Bewag

Die von der *Preußische Elektrizitäts-AG* verfolgten Projekte, die Finanzschwierigkeiten Berlins durch Abstoßung eines Teils der städtischen Versorgungsbetriebe und durch Konsolidierung kurzfristiger Verpflichtungen zu beheben, scheinen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt zu haben. Nach amerikanischen Meldungen hat ein großes Bankenkonsortium, in dem die schweizerischen, englischen und amerikanischen Freunde der Preag vereinigt sind, der Stadt ein Angebot gemacht, das geeignet erscheint, zur Konsolidierung eines nicht unerheblichen Teils der schwebenden Schuld Berlins zu führen. Diesem Angebot zufolge soll die Bewag wie bisher in eine Besitzgesellschaft und eine Betriebsgesellschaft zerfallen; die Aktien der Betriebsgesellschaft sollen der Besitzgesellschaft gehören. Diese soll mit 240 Mill. RM Aktienkapital ausgestattet werden und die Schulden der Stadt Berlin an die Bewag im Betrage von rund 277 Mill. RM übernehmen. Mit anderen Worten: die neue Besitzgesellschaft soll sämtliche Kraftwerksanlagen der Stadt erhalten und für Schulden der Stadt in entsprechender Höhe einstehen. Angeblich hat die Stadt für die Investitionen in der Elektrowirtschaft etwa 60 Mill. RM kurzfristig aufgenommen. Die neue Besitzgesellschaft soll preferred und common shares begeben. Von den (80 Mill. RM) preferred shares, die mit doppeltem Stimmrecht ausgestattet werden, gehen — nach dem Plan — 30 Mill. RM an die Stadt und je 25 Mill. RM an die Preag und die Elektrowerke AG. 80 Mill. RM common shares übernimmt Harris Forbes & Co., 40 Mill. RM ein europäisches Bankenkonsortium unter Führung von Schroeder, London, und die restlichen 40 Mill. RM eine Gruppe deutscher Banken. Preag und Elektrowerke verfügen wohl über Forderungen, die sie in Abgeltung ihrer Einzahlungsverpflichtungen in die neue Gesellschaft einbringen dürften. An neuen Mitteln zur Konsolidierung schwebender Schulden (außer den Schulden an Preag und Elektrowerke) würden also der Stadt bei Pari-Ausnutzung der von den Bankenkonsortien übernommenen Aktien rund 220 Mill. RM zufließen. Da dieser Betrag schwerlich ausreichen wird, um Berlins schwebende Schuld zu konsolidieren, wird gleichzeitig das Gaswerksprojekt von der Preag weiter verfolgt. In welchem Ausmaß im Rahmen dieses Abkommens der Stadt ein Rückkaufsrecht eingeräumt werden soll, steht noch dahin. Außerdem scheint man in Kreisen der städtischen Verwaltung im Hinblick auf die Rentabilität der Werke alternativ eine Erhöhung der Konzessionsabgabe des neuen Unternehmens an die Stadt oder eine Überpari-Emission der neuen Aktien in Erwägung zu ziehen. Völlige Klarheit über die Einzelheiten des Planes läßt sich noch nicht gewinnen. Bei Annahme des Angebots soll angeblich sofort ein Überbrückungskredit von rund 75 Mill. RM zum Quartalswechsel zur Verfügung stehen. Bei einer Regelung dieser Art würden sich voraussichtlich Preag und Elektrowerke durch Erwerb eines bescheidenen Teils der in Aussicht genommenen Stammaktienemission auf dem deutschen Markt die Mehrheit in der Generalversammlung sichern und durch einen Poolvertrag für ständiges Einvernehmen untereinander und mit der Stadt Berlin sorgen.

Die Absatzfinanzierung in der Depression

Man hat früher vielfach angenommen, gerade in Zeiten der Depression werde sich die Absatzfinanzierung als geeignetes Mittel erweisen, um eine allzu starke Verminderung der Umsätze zu verhindern. Für das Abzahlungsgeschäft hat bereits vor einiger Zeit die Berliner Forschungsstelle für den Handel nachgewiesen, daß diese Annahme falsch ist (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 44, S. 2041). Im Gegenteil — das Abzahlungsgeschäft hat sich als besonders konjunkturempfindlich erwiesen. Dasselbe gilt im allgemeinen — wenigstens in Deutschland — auch für die verschiedenen Formen der Absatzfinanzierung, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben. Nicht nur die Kreditinstitute und die beteiligten Einzelhandelsfirmen haben sich in der Kreditgewährung zurückgehalten. Auch bei dem größten Teil der Konsumenten ist eine — erfreuliche — Vorsicht in der Übernahme neuer Verpflichtungen festzustellen.

Kreditwürdigkeit und Kreditbedürfnis scheinen gleichermaßen gesunken zu sein. Dazu kommt noch, daß allenthalben auch der durchschnittliche Kreditbetrag zurückgegangen ist, sowohl infolge des Preisfalls wie infolge der Tatsache, daß mehr als früher auch kleinere Käufe auf Kredit erfolgen. Die Rückwirkung dieser Entwicklung auf die Abschlüsse der Absatzfinanzierungs-Institute ist, wie die bisher vorliegenden Geschäftsberichte zeigen, sehr verschieden. Der Einfluß des Konjunkturrückgangs wird bei den neu gegründeten Gesellschaften *(Gefi, Agfi)* zum Teil überdeckt durch die natürlichen Folgen des Organisationsaufbaus, durch den „Trend" der Entwicklung. Die *Königsberger Kunden-Kredit GmbH* berichtet, sie habe ihre Umsätze nahezu behaupten können. Am schärfsten wirkten die geschilderten Verhältnisse auf eine der größten und ältesten Finanzierungsgesellschaften zurück, die *Discont-Credit AG* in Zürich, die das deutsche Geschäft über die Kreditanstalt für Industrie und Verkehrsmittel AG betreibt. Hier ist die Bilanzsumme am 31. Dezember 1930 gegenüber dem Vorjahr von rund 100 Mill. auf 64 Mill. Fr zurückgegangen, die Avale weisen nur noch den Betrag von 7,5 Mill. aus gegenüber 23,9 Mill. Fr im Vorjahr. Das Institut hat sich entschlossen, den Restbetrag des noch ausstehenden Aktienkapitals (40 %) einzuberufen. Eine Dividende kann nicht verteilt werden (im Vorjahr 6 %). Die Schadensreserve, der Ende 1929 200 000 Fr zugewiesen wurden, erhält diesmal nur 50 000 Fr; mit dem gleichen Betrag wird der außerordentliche Reservefonds dotiert (1929: 100 000 Fr). Bei diesem Institut liegen freilich besondere Umstände vor. Es hat die ersten und unglücklichsten Erfahrungen auf dem fremden Gebiet der Absatzfinanzierung machen müssen, es hat sich bemüht, in kurzer Zeit große Umsätze zustande zu bringen und dabei nicht immer die notwendige Vorsicht bewahrt; Fachleute sind der Ansicht, daß auch sein Finanzierungssystem Mängel aufweise. Das ungünstige Abschlußergebnis scheint auch auf Verluste zurückzugehen, die nicht im vergangenen Jahre entstanden sind: darauf läßt folgender Passus des Geschäftsberichts schließen: „Verschiedene Geschäfte, die meist noch aus der Anfangsperiode unserer Geschäftstätigkeit stammen, geben uns Veranlassung, neuerdings erhebliche Abschreibungen vorzunehmen, und zwar im Betrage von 357 679,90 Fr."

Vor der Verlängerung des Eisenpakts

Am 30. Juni läuft das Provisorium der Internationalen Rohstahlgemeinschaft ab. Die festländischen Eisenindustrien beraten deshalb zur Zeit über die Richtlinien, die für den kommenden Vertrag maßgebend sein sollen. Wie nach dem Mißerfolg des Eisenpakts, der ein Absinken der Stabeisenpreise bis auf 75 sh fob Antwerpen nicht verhindern konnte, nicht anders zu erwarten war, kommen die Besprechungen nur schleppend voran. Die deutsche Eisenindustrie und Teile der französischen bekunden ein gewisses Interesse an einer strafferen Kartellbindung. In Belgien wird jedoch sowohl von kleineren Unternehmungen als auch von großen Gruppen — wie der Providence — dem Eisenpakt jeder Wert abgesprochen. Andere belgische Firmen — so Ougreé-Marihaye — halten allerdings am Paktgedanken fest. Da die belgische Eisenindustrie auf der Grundlage rentabler Produktion in einem starken Expansions- und Konzentrationsprozeß begriffen ist, nimmt sie der Rohstahlgemeinschaft gegenüber eine zwiespältige Stellung ein und verhindert dadurch deren weiteren Ausbau. Die jetzigen Verhandlungen haben, soweit bisher bekannt, keine grundlegenden Änderungen des Statuts zum Ziel. Sie drehen sich gegenwärtig um den luxemburgischen Vorschlag, für alle Ländergruppen Inlands- und Auslandsabsatz getrennt abzurechnen. Bisher erfolgte eine solche getrennte Quotenberechnung nur für Deutschland und Frankreich. Belgien und Luxemburg machen jetzt diesen Vorschlag, da sie erst jetzt von einem Rückgang ihres Inlandsabsatzes stärker betroffen werden. Ihr Interesse an der Rohstahlgemeinschaft ist sozusagen konjunkturbedingt; ihre Wünsche hinsichtlich des Statuts ändern sich mit der Marktlage. Auch der tschechische Antrag, über den erst in einer späteren Sitzung endgültig beschlossen werden soll, die tschechische Eisenausfuhr aus der Abrechnung überhaupt herauszunehmen, ist ein Beweis dafür, daß der Pakt nicht mehr viel Zugkraft besitzt. Denn gerade die Regulierung der *Ausfuhr*preise war doch die Aufgabe des Eisenpakts. Als allgemeine Prognose ergibt sich also einerseits, daß man eine Auflösung der Rohstahlgemeinschaft wegen der ungünstigen stimmungsmäßigen Rückwirkung eines solchen Beschlusses verhindern wird, daß man aber andererseits durch entsprechende Fassung der Statuten die Wahrscheinlichkeit, daß sie jemals einem Teilnehmer ernstliche Lasten auferlegen könnten, nach Möglichkeit beseitigt. So hat man auch trotz des Rekordtiefstands der Ausfuhrpreise eine weitere Drosselung des Produktionsprogramms nicht für nötig gehalten. Soweit Maßnahmen zur Hebung dieser Preise versucht werden, beschränken sie sich auf den Entschluß einzelner Werke, zeitweilig keine Offerten herauszugeben — ein Vorgang, der vom Eisenpakt völlig unabhängig ist und nur zum Erfolge führen kann, wenn die Konkurrenz nicht diese Gelegenheit benutzt, ihre Auftragsbücher, wenn auch zu niedrigen Preisen, zu füllen. Interessant ist, daß *Rußland* den Tiefstand der Ausfuhrpreise zu größeren Eisenkäufen in Mitteleuropa benutzt hat. Die Russen haben in den letzten Wochen in Polnisch-Oberschlesien, Deutsch-Oberschlesien, in der Tschechoslowakei und auch im Ruhrgebiet Walzeisenbestellungen vorgenommen, die meistens 200 000 t erreichen und deren Auslieferung sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Der ostdeutsche Schrottmarkt hat sich unter dem Einfluß dieser Aufträge bereits gefestigt, da die oberschlesische Eisenerzeugung hauptsächlich Schrotteinsatz benutzt.

Weitere Konzentration in der mitteldeutschen Stahlindustrie

Im Anschluß an die Gründung der Vereinigten Stahlwerke bedeutete die 1926 erfolgte Errichtung der *Mitteldeutschen Stahlwerke AG* einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Zusammenfassung der deutschen Stahlindustrie. Der Brandenburger Betrieb der Vereinigten Stahlwerke, das Lauchhammer Werk der ehemaligen Linke-Hofmann-Lauchhammer AG und ausschlaggebende Beteiligungen an der Stahlwerk Hennigsdorf AG und an der Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke AG wurden in der mittel-

deutschen Gesellschaft zusammengefaßt, deren Majorität von den Vereinigten Stahlwerken übernommen wurde. Die Vereinigten Stahlwerke dehnten damit direkt und indirekt ihren Einflußbereich über Mitteldeutschland bis nach Oberschlesien aus. Dieser großzügige Ausbau ist nunmehr zugunsten einer strafferen Konzentration innerhalb der einzelnen Reviere fallen gelassen worden. Zunächst haben sich die Vereinigten Stahlwerke an der *Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke AG* desinteressiert. Das bei den Mitteldeutschen Stahlwerken liegende Oberhütten-Paket wurde an die Oberbedarf-Gruppe verkauft, die damit fast alleinige Aktionärin von Oberhütten wurde. Im Anschluß an diese Zusammenfassung der Interessen in Oberschlesien ist jetzt auch eine Zusammenfassung in Mitteldeutschland erfolgt, gleichfalls unter Lockerung der Beziehungen zu den Vereinigten Stahlwerken. Die Gruppe *Flick-Charlottenhütte*, die bisher schon im Namen der Vereinigten Stahlwerke deren mitteldeutsche Interessen verwaltete, hat bekanntlich vor längerer Zeit die qualifizierte Majorität der *Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte* erworben. Dieses bayerische Unternehmen kann teilweise dem mitteldeutschen Revier zugerechnet werden, denn die Maxhütte hat in Unterwellenborn (Thüringen) ein neues Stahlwerk errichtet, und das mitteldeutsche Absatzgebiet wurde von dem in Nordbayern liegenden Werk Haidhof aus beliefert. Die Gruppe Charlottenhütte hatte also eine Doppelfunktion; sie verwaltete in der Maxhütte ihre eigenen mitteldeutschen Stahlinteressen und in der Mitteldeutsche Stahlwerke AG die Interessen des westdeutschen Stahltrusts. In der Öffentlichkeit hat man von jeher empfunden, daß diese Doppelfunktion kein Dauerzustand sein könne und hat einen *Zusammenschluß Maxhütte-Mittelstahl* erwartet. Allerdings hatte man sich vorgestellt, daß der durch diesen Zusammenschluß entstehende Industriekomplex weitgehend den Vereinigten Stahlwerken untergeordnet würde. Die Dinge haben sich anders entwickelt. Die Vereinigten Stahlwerke haben etwa die Hälfte ihres Majoritätspostens an Mittelstahl-Aktien auf Charlottenhütte und Maxhütte übertragen, und diese beiden haben gemeinschaftlich auf dem freien Markt soviel Mittelstahl-Aktien hinzuerworben, daß nun die *Mittelstahl-Majorität bei Charlottenhütte und Maxhütte liegt*, während sich die Vereinigten Stahlwerke mit einer qualifizierten Minorität begnügen. Gleichzeitig wurde zwischen Charlottenhütte und Maxhütte ein fester Interessengemeinschaftsvertrag mit Dividendengarantie abgeschlossen, so daß die Mittelstahl-Majorität, die sich formal in zwei Händen befindet, praktisch doch eine Einheit darstellt. Es entsteht also ein neuer Komplex Maxhütte-Mittelstahl, der der Charlottenhütte als Holdinggesellschaft untersteht. Dieser zunächst nur aktienmäßig verbundene Komplex wird noch der Durchorganisation bedürfen. Das Ziel ist eine Zusammenfassung oder Spezialisierung der mitteldeutschen Stahlbetriebe etwa derart, daß sich das Brandenburger Werk von Mittelstahl auf Bleche, das Riesaer Werk von Mittelstahl auf Stabeisen und das Werk Unterwellenborn der Maxhütte auf Träger spezialisiert. Solche Werkszusammenfassungen haben aber wahrscheinlich noch aktienmäßige Veränderungen zur Voraussetzung. Man wird entweder Maxhütte und Mittelstahl fusionieren bzw. in einer Interessengemeinschaft zusammenfassen müssen, oder man wird das Werk Unterwellenborn auf Mittelstahl übertragen. Für welchen dieser Schritte man sich entscheidet, ist noch unentschieden. Der neue Komplex wird natürlich durch Personalunion und durch Minderheitsbeteiligung mit den Vereinigten Stahlwerken verbunden bleiben, aber eine Lockerung der Beziehung hat doch immerhin stattgefunden. Den Anlaß dazu, diesen Schritt gerade jetzt zu unternehmen, kann man wohl darin erblicken, daß sich der Konjunkturrückgang in der mitteldeutschen Stahlindustrie schwerer bemerkbar gemacht hat als im Westen, daß also die Vereinigten Stahlwerke die Entwicklung ihrer mitteldeutschen Tochtergesellschaft in letzter Zeit mit einer gewissen Sorge verfolgt haben mögen.

Dividendenpolitik der Baumwollindustrie

Vor einem Jahr bestand eine besondere Veranlassung, sich mit der Dividendenpolitik der Baumwollindustrie zu beschäftigen: es war die begründete Vermutung entstanden, daß eine Anzahl von Gesellschaften — vor allem im Augsburger Bezirk — ihre Ausschüttungen über das sachlich notwendige Maß hinaus gekürzt hatten, um die Not der Baumwollspinnerei und -weberei zu „beweisen" und so die bevorstehenden Verhandlungen über Zollerhöhungen zu beeinflussen. Wir haben ausführlich über diese Angelegenheit berichtet (Jahrg. 1930, Nr. 13, S. 614). Der Reichswirtschaftsrat hat im weiteren Verlauf der Verhandlungen eine Erhöhung der Zölle für Baumwollgarne und -gewebe nicht befürwortet. Maßgebende Vertreter der Textilindustrie haben schon damals eingesehen, daß die im anderen Fall notwendige Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrags mit Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft unmöglich vertretbar sei. Inzwischen ist diese Einsicht bis in die Reihen der Baumwollspinner selbst vorgedrungen, und überdies hat man sich unter dem Zwang der verschärften Krise mehr als zuvor um Selbsthilfe bemüht — da und dort mit einem erstaunlichen Erfolg. Im ganzen muß natürlich trotzdem im vergangenen Jahre die Ertragsmöglichkeit noch schlechter gewesen sein als 1929. Und doch nimmt jetzt ein Unternehmen, das im vorigen Jahr zum erstenmal seit Jahrzehnten keine Dividende ausschüttete, mit einem Satz von 6 % die Dividendenzahlung wieder auf: die *Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Augsburg*. Es ist kaum anzunehmen, daß das Unternehmen in Widerspruch zur Gesamtentwicklung im Jahre 1930 wesentlich besser gearbeitet habe als 1929, und so fühlt man sich durch den jetzigen Dividendenvorschlag sehr bestärkt in der Vermutung, der vorjährige Ausfall sei mindestens zum Teil eine taktische Maßnahme gewesen. Allerdings mag sich die Verwaltung heute in der Beurteilung der Aussichten etwas sicherer fühlen als vor einem Jahr; einmal weil der Baumwollpreis wohl kaum noch sehr erheblich sinken kann, nachdem er 1930 um fast 45 % gefallen ist, und zweitens weil der Betrieb vermutlich besser im Schuß ist. Man hat zu seiner Reorganisation den früheren technischen Direktor von Kottern berufen, d. h. von der Gesellschaft, deren Betrieb als der technisch beste in ganz Süddeutschland gilt. Typisch ist also der Fall nicht. Bei fast allen Baumwollgesellschaften, deren Abschlüsse in den letzten Wochen

herauskamen, hat sich das Ergebnis verschlechtert. Wo in den beiden Vorjahren oder doch wenigstens 1929 stille Reserven ausgeschüttet wurden, kann man das nicht auf die Dauer fortsetzen. Immerhin sind die Unterschiede zwischen einzelnen Unternehmungen sehr bedeutend. Während z. B. die Baumwollspinnerei Leipzig, die 1927 und 1928 16 % und 1929 noch 12 % bezahlt hatte, jetzt auf 6 % zurückging, kommen einzelne süddeutsche Gesellschaften mit geringeren Senkungen aus: Kottern von 8 auf 6, Pfersee von 7 auf 6, Eßlingen von 6 auf 5½, Augsburger Feinspinnerei von 7 auf 6 %. Allerdings gibt es auch in Süddeutschland andere Fälle; so folgt bei Unterhausen, wo das Zwirngeschäft besonders gelitten haben soll, auf 5 % ein völliger Ausfall. Andere Gesellschaften arbeiteten schon im vorigen Jahr ertraglos und haben auch jetzt kein besseres Ergebnis, wie etwa Kolbermoor. Bei Hammersen-Dierig-Debag erwartet man gleichfalls einen Dividendenausfall. Die Differenzierung ist in der Baumwollindustrie, wie hier vor einigen Wochen im Zusammenhang mit der geplanten und jetzt in Durchführung befindlichen Produktionseinschränkung in der Spinnerei ausgeführt wurde, außerordentlich groß (vgl. Nr. 10, S. 479); die Dividendenvorschläge sind ein neuer Beleg dafür.

Neue Verwaltung bei Schantung

Was sich bei der *Schantung Handels-AG*, der früheren Schantung Eisenbahn-Gesellschaft, in den letzten Monaten und nunmehr in der Generalversammlung abgespielt hat, ist, wenn man von eigenartigen Nebenpunkten absieht, ein keineswegs ungewöhnlicher Vorgang, der sich in ähnlicher Weise gerade im letzten Jahrzehnt schon häufig abgespielt hat: Ein unternehmungslustiger Bankier hat während der Börsenkrise die Majorität eines Unternehmens aufgekauft, hat die alte, bewährte Verwaltung kurzerhand hinausgeworfen und sich mit einigen Freunden zum Herrn des Unternehmens gemacht. Dieser Verlauf entspricht den „gesunden Grundsätzen des deutschen Aktienrechts", das allgemein demjenigen die Herrschaft über ein Unternehmen zugesteht, der als größter Risikoträger auch die größte Stimmenmacht bei sich vereinigt. *Dr. Solmssen* brachte es fertig, aus dem Verlauf der Schantung-Versammlung einen Beweis für die Notwendigkeit von Schutzaktien herzuleiten; er meinte, die Überfremdung der Schantung-Gesellschaft und der Ersatz der bisherigen durch eine neue, anscheinend weniger vertrauenswürdige Verwaltung hätte beim Vorhandensein von Schutzaktien vermieden werden können. Wie liegen die Dinge? Die *Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft*, die im abgelaufenen Jahr infolge der verfehlten Stützungsaktion vom Herbst 1929 ihr Portefeuille mit verlustreichen Aktienbeständen etwas übermäßig angefüllt hatte, war froh, daß es unter den ihrer Betreuung unterstellten Papieren wenigstens eines gab, bei dem die Bank den Kurs nicht zu stützen brauchte: Schantung. Für Schantung-Aktien waren ständig Käufer auf dem Markt, und die Deutsche Bank selbst hat sich nach vorliegenden Beobachtungen diese Gelegenheit zur Entlastung ihres Portefeuilles nicht entgehen lassen. Sie hat also anscheinend selbst über die Börse der neuen Aktionär-Gruppe Witzig (München) einen Teil der Majorität verkauft. Nun, nachdem die neue Gruppe die Aktienmajorität erworben hat und gemäß den Grundsätzen des deutschen Aktienrechts die Herrschaft über das Unternehmen verlangt, entrüstet sich der Vertreter der Deutschen Bank darüber, daß das deutsche Aktienrecht die *Kontinuität der Verwaltung* in der Aktiengesellschaft nicht genügend schütze und zulasse, daß bewährte Verwaltungsmitglieder abberufen werden. Wir glauben, daß hier eine schwere Begriffsverwirrung vorliegt. Wenn ein Vorwurf erhoben werden kann, so trifft er die DD-Bank, die so unachtsam war, sich und ihren Freundeskreis von Schantung-Aktien zu entblößen. Man stelle sich vor, es handle sich nicht um eine Aktiengesellschaft, sondern um ein Privatunternehmen. Der alte Besitzer verkauft das Unternehmen und verlangt vom neuen Besitzer, daß er die Kontinuität der Geschäftsführung wahre. Niemand würde auf diese Idee kommen. Freilich gibt es bei der Aktiengesellschaft *Minderheitsinteressen*, und diese müssen nun bei Schantung geschützt werden. Wenn auch nach den gesunden Grundsätzen des Aktienrechts der neuen Münchener Aktionärgruppe das Recht auf Führung zuerkannt werden muß, so besagt das nicht, daß die Bedenken, die gegen diese Gruppe geltend gemacht worden sind, gering einzuschätzen seien. Die Baukfirma Witzig hat in der Tat Geschäfte mit Terrainbeteiligungen gemacht, die aufklärungsbedürftig sind. Solange diese Aufklärungen nicht erfolgt sind und die Gruppe nicht genau mitteilt, was sie mit den in der Schantung-Gesellschaft liegenden flüssigen Mitteln zu tun gedenkt, hat sie zwar Anspruch auf Führung, aber nicht Anspruch auf Vertrauen. Es ist zu wünschen, daß die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft die ihr nun obliegende Pflicht, die Interessen der Minderheit zu schützen, intensiv wahrnehme.

Erweiterung der Rossija-Interessen in der deutschen Versicherung

Die unter Kontrolle der amerikanischen Rossija-Versicherung stehende, vorläufig noch *„Iduna" Transport und Rückversicherungs-AG* firmierende Holdingzentrale für Versicherungsaktien arbeitet gegenwärtig mit dem für deutsche Verhältnisse stattlichen Kapital von 30 Mill. RM (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 47, S. 2164). Sie beschränkt sich nicht auf die Neuorganisation der Iduna-Germania-Gruppe; schon früher wurde angekündigt, daß noch andere Versicherungsinteressen einbezogen werden sollen. Die erste Transaktion dieser Art wird nunmehr bekannt: Die „Iduna" Transport und Rückversicherungs-AG hat etwa ein Sechstel des (mit 25 % eingezahlten) 12,2 Mill. RM betragenden Aktienkapitals der zweitgrößten Rückversicherungsgesellschaft, der *Kölnische Rückversicherungs-AG*, erworben, ohne daß sich diese Gesellschaft ihrerseits an der „Iduna" beteiligt hätte. Wahrscheinlich haben Rückversicherungsbeziehungen bei dieser Interessierung eine gewisse Rolle gespielt. Immerhin ist der Vorgang nicht ganz leicht zu erklären, da die Transaktion zunächst überwiegend den Charakter einer *Kapitalanlage* für die „Iduna"-Holding zu haben scheint. Um eine Interessenbeziehung zwischen Direktversicherer und Rückversicherer aufzurichten, dürfte der Besitz von einem Sechstel des Kapitals kaum ausreichen. Aktien der Kölnische Rückversicherungs-AG waren bereits seit längerer Zeit in größeren Posten zu haben. Das

war zum Teil eine Folge des eigenartigen Aufkaufversuchs, den ein inzwischen ausgeschiedenes Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft, Konsul Plesch, im Jahre 1929 versucht hatte. Auf Grund einer Bestimmung der Statuten, nach der kein Aktionär mehr als 225 000 RM Aktien besitzen darf, betrachtete die Leitung der Gesellschaft alle darüber hinausgehenden Aktienerwerbungen ihres Aufsichtsratsmitglieds Dr. Plesch als nicht eintragsfähig in das Aktienbuch der Gesellschaft. Es entwickelten sich daraus Streitigkeiten und weitere Konsequenzen, zumal der Berliner Börsenvorstand die Notierungseinstellung bzw. die Zurücknahme der Zulassung wegen der entstandenen Rechtsunsicherheit in Erwägung zog (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 8, S. 366). Schließlich gelang eine Einigung dadurch, daß ein Verwaltungskonsortium der Gesellschaft die umstrittenen Pakete kaufte. Aus dem ehemaligen Besitz dieses Konsortiums stammt ein Teil der Aktien, die jetzt in das Portefeuille der „Iduna"-Holding übergingen; andere Aktienposten sind hinzugetreten. Durch die neue Placierung ist ein ansehnliches Paket Aktien der Kölnische Rückversicherungs-AG endgültig untergebracht worden. Welche Bedeutung der Verkauf für das Versicherungsgeschäft hat, wird sich wahrscheinlich erst in einiger Zeit herausstellen.

Währungsverluste der Deutsch-Südamerikanischen Bank

Die Deutsch-Südamerikanische Bank AG, an der die Dresdner Bank und die Danatbank maßgebend beteiligt sind, hat erst für das Jahr 1927 die *Dividendenzahlung* mit 5 % wieder aufgenommen. Allerdings hatte sie, ebenso wie die im selben Gebiet arbeitende, der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft nahestehende Deutsche Überseeische Bank, bei der Goldumstellung trotz erheblicher Kriegsschäden ihr Vorkriegskapital von 20 Mill. voll aufrechterhalten. Für die Jahre 1928 und 1929 wurden 6 % Dividende verteilt; für das abgelaufene Jahr geht man nunmehr auf 4 % herab. Die Bank konnte, obwohl sie es gegenüber den schon fast traditionell unstabilen Währungen Südamerikas wahrscheinlich nicht an der nötigen Vorsicht fehlen ließ, *Valutaverluste* doch nicht ganz vermeiden. In *Argentinien*, dem Hauptarbeitsfeld der Bank, fiel der Peso um rund 26 %, in Brasilien das Milreis um 23 %, und auch alle übrigen südamerikanischen Valuten erfuhren eine Entwertung, mit alleiniger Ausnahme des chilenischen Pesos. So muß die Bank nicht nur die im Vorjahr für diese Zwecke zurückgestellten 500 000 RM in Anspruch nehmen, sondern darüber hinaus aus dem diesjährigen *Gewinn* noch weitere 656 146 RM. Der Gewinn war mit 1,61 (1,86) Mill. RM ohnehin wesentlich niedriger als 1929, weil die ungewöhnliche Entwertung der Rohproduktenpreise und die politischen Unruhen in ganz Südamerika das Geschäft schwer beeinträchtigten. In *Brasilien* mußte die Bank sogar ihre Schalter längere Zeit geschlossen halten; später lähmte ein Moratorium die Wirtschaft. Die brasilianischen Beziehungen haben der Bank in den letzten Jahren überhaupt nicht viel Freude bereitet; ziemlich lange litt sie unter den Folgen einer Konzessionsentziehung. In der *Bilanz* kommen die Auswirkungen der Währungserschütterungen deutlich zum Ausdruck. Die Bilanzsumme ist nach der starken Steigerung der letzten Jahre erstmals zurückgegangen (von 338 auf 317 Mill. RM), obwohl bei den Überseefilialen die Einlagen in der Landeswährung noch um nominell 10 % wuchsen. Vor allem sanken die mittel- und längerfristigen Kreditoren (die kurzfristigen zeigen noch eine Steigerung). Auf der Anlagenseite erstreckt sich der Rückgang vor allem auf die *Warenvorschüsse* (41 gegen 51 Mill. Reichsmark), worin der Preisrückgang der Rohstoffe zum Ausdruck kommt, sowie auf die Debitoren (141 gegen 147 Mill. RM). Wechsel werden mit 60 (63) Mill. RM, Barbestände mit 29 (31) Mill. wenig verändert ausgewiesen; Nostroguthaben mit 26 (23) Mill. leicht gestiegen. Da die Bank für 2,74 Mill. RM argentinische Staatsanleihen übernahm, vermutlich anläßlich der Einsetzung einer neuen Regierung, hat sich das *Wertpapier-Konto* auf 5,89 (3,75) Mill. RM erhöht. Der Rückgang der Beteiligungen auf 1,32 (1,64) Mill. RM spiegelt ebenfalls Währungsverluste wider. Hier sind nämlich die Aktien der als besondere Gesellschaft betriebenen Madrider Niederlassung verbucht, die im übrigen wieder 6 % Dividende zur Ausschüttung brachte.

Veränderte Bosch-Organisation in England

Die *Robert Bosch AG* in Stuttgart, das einzige deutsche Großunternehmen für elektrotechnischen Automobilzubehör, hat in den letzten Jahren auch einen beachtenswerten Teil seiner verlorenen Stellung auf dem Weltmarkt zurückerobert. Es war hier schon mehrfach die Rede davon und auch von den besonderen Methoden, die man dabei angewandt hat. Bosch hat sich in mehreren Ländern mit neu aufgekommenen Konkurrenten verständigt und sich so — offenbar auf Grund technischer oder geschäftlicher Überlegenheit — einen Anteil an den fremden Märkten ohne eigentlichen Kampf gesichert; das gelang in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und in Australien, während in einigen anderen Ländern die eigene Organisation schon so frühzeitig nach Kriegsende wieder aufgebaut werden konnte, daß eine ernsthafte Konkurrenz gar nicht erst aufkam. In England schien es anders zu laufen. Vor einem halben Jahr berichteten wir über die Gründung der Bosch Ltd in London, die eine eigene Fabrik errichten sollte und zu diesem Zweck schon Gelände angekauft hatte (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 42, S. 1958). Das war offenbar nur ein Schachzug im Konkurrenzkampf; denn jetzt kommt die Nachricht, daß man sich in der Zwischenzeit auch in England mit der Konkurrenz über gemeinsames Vorgehen verständigt hat, und zwar mit dem einzigen großen englischen Wettbewerber, der *Joseph Lucas Ltd* in Birmingham. Die Fabrikationspläne von Bosch, die sich auf Zubehör für Lastwagen und vor allem Omnibusse bezogen, sollen von einer neuen gemeinsamen Tochtergesellschaft durchgeführt werden, der *CAV-Bosch Ltd*, die den ersten Teil ihres Namens von der Fabrikmarke einer anderen, bisher auf diesem Gebiet tätigen Tochtergesellschaft der englischen Gruppe hernimmt. Daneben behält Bosch die Freiheit, andere Artikel aus Deutschland einzuführen, deren Vertrieb in Zukunft die Bosch Ltd an Stelle der bisherigen Generalvertretung dienen soll. Schließlich ist auch noch Austausch aller Patente und Erfahrungen zwischen beiden Gruppen vereinbart. Die Engländer werden in dieser Beziehung wohl überwiegend Nutznießer sein, sonst hätten sie sich auf das Abkommen kaum eingelassen. Um so mehr ist die Annahme gerechtfertigt, daß Bosch bei der Transaktion finanziell nicht schlecht fährt.

Die Österreichische Nationalbank im Jahre 1930

Man schreibt uns aus *Wien:* „Es ist nicht gerade ein hoffnungsfreudiges Bild, das die Nationalbank in ihrem Jahresbericht von der österreichischen Wirtschaft entwirft: Die Erkenntnis über die Krisenerscheinungen und ihre Zusammenhänge sei wohl weit vorgedrungen, hingegen müsse heute mit gewisser Resignation festgestellt werden, daß es einen ‚erlösenden Gedanken' der Krisenbekämpfung nicht gebe. Österreichs Wirtschaft hat zwar im Jahre 1930 keinen so schweren Rückfall erlebt wie die Wirtschaft anderer Staaten; aber dies kam nur daher, daß sie vorher einen nennenswerten Aufschwung nicht gekannt hat, son-

dern sich schon während der letzten Jahre auf einem tiefen Niveau befand. Trotzdem ist die Krise recht fühlbar, auch für die Nationalbank, deren *Einnahmen* im Jahre 1930 gegen das Vorjahr stark zurückgingen. Allerdings sind die Einnahmen auch jetzt noch recht ansehnlich, und die Dividende brauchte nur um 1 auf 11½ % gekürzt werden. Fünfmal wurde die Bankrate während des letzten Jahres um je ½ % ermäßigt; ursprünglich betrug sie 7½ %, zuletzt 5 %. Im Jahresdurchschnitt war der Zinsfuß 5,74 % gegen 7,37 % im Vorjahr. Aber diese Geldverbilligung hat das *Diskontgeschäft* nicht belebt; denn die Produktion und damit der Geldbedarf der Wirtschaft gingen bedeutend zurück. Das Wechselportefeuille der Bank betrug im Jahresdurchschnitt 129,5 Mill. S, während es im Jahre 1929 noch 214,7 Mill. S ausmachte. In das Jahr 1929 fielen allerdings die großen Wechselkredite an die Boden-Credit-Anstalt, die noch zum Jahresende das Portefeuille auf 305,6 Mill. S anschwellen ließen, während es Ende 1930 nur 148 Mill. S betrug. Dementsprechend ist auch der *Ertrag* der Nationalbank aus dem Diskontgeschäft von 16,71 auf 6,31 Mill. S zurückgegangen. Verhältnismäßig geringer war der Rückgang des Gewinns aus dem Devisen- und Valutengeschäft (24,63 gegen 34,34 Mill. S). Der *Devisenbestand* der Bank wurde weniger denn je von der Wirtschaft in Anspruch genommen, da kurzfristige Auslandsgelder reichlich angeboten wurden. (Die Auslandskredite dürften sich allerdings etwas vermindert haben.) Daß der *Gold- und Devisenbestand* der Bank trotzdem gewachsen ist, muß vor allem mit dem Eingang des Erlöses der internationalen Bundesanleihe erklärt werden, von der ein Abschnitt von 438 Mill. S begeben wurde, der einen Erlös von 395 Mill. S ergab. Auch der in der österreichischen Wirtschaft eine immer größere Rolle spielende Fremdenverkehr verursachte einen starken Devisenzuwachs: Die Zugänge betrugen in den Fremdenverkehrsmonaten Mai bis August 182 gegen 132 Mill. S in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Der *Rohgewinn* der Bank beträgt 39,57 (gegen 54) Mill. S. Nach Abzug der stark herabgesetzten Ausgaben bleibt ein *Reingewinn* von 10,62 (gegen 18,7) Mill. S. Infolge des für den Staatsschatz recht ungünstigen Beteiligungsvertrags erhalten die Aktionäre 5,03 (gegen 5,4) Mill. S., der Staat hingegen nur 4,53 (gegen 6,85) Mill. S. Eine der ungünstigen Bestimmungen des Vertrags ist es auch, daß der Gewinnanteil des Staats zur Rückzahlung jener Schuld verwendet werden muß, die aus der Übernahme der von der Österreichisch-Ungarischen Bank ausgegebenen Staatsschatzscheine entstanden ist und am Ende des Jahres 1930 101,21 Mill. S betrug. Die Gold- und Devisenposition wurde 1930 beträchtlich gestärkt. Am Jahresende betrug der Goldbestand 214,42 gegen 168,63 Mill. S im Vorjahr, die Devisen erreichten 609,54 Mill. S (weitere 151 Mill. S stecken in dem Posten ‚Andere Aktiva'). Demgegenüber laufen 1090 Mill. Schilling *Banknoten* um; die Giroverpflichtungen wurden mit 92,7 Mill. S ausgewiesen. Das *Deckungsverhältnis* hat sich demnach von 64 auf 78,8 % gebessert."

Personalia

Der Aufsichtsrat der Deutschen Golddiskontbank ist jetzt noch durch Staatssekretär Dr. *Trendelenburg* und Ministerialdirektor Dr. *von Krossigk* ergänzt worden (vgl. auch Magazin der Wirtschaft Nr. 7, S. 354). Zum Vorstand des Instituts ist neben Direktor *Ehrhardt* Dr. *Dauer* bestellt worden.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, Dr. *Franz Belitz*, tritt am 1. April in den Vorstand der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG als ordentliches Mitglied ein.

In der Aufsichtsratssitzung der Dresdner Bank wurden die Herren *Hermann Herbst, Paul Loewenheim, Moritz Loewy* und *Egon Schwarz* zu stellvertretenden Direktoren und Herr *Johannes Anhalt* zum Abteilungsdirektor ernannt.

Im Alter von 45 Jahren starb am 16. März der Berliner Bankier *Hans Sponholz*, in Firma Sponholz & Co. Bankier Sponholz war Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Industriegesellschaften.

Das Verwaltungsratsmitglied der Preußischen Landespfandbriefanstalt, Justizrat *Lüdicke*, Mitglied des Preußischen Landtags, ist am 9. März gestorben.

Im Alter von fast 70 Jahren starb das ehemalige Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt am Main, Direktor *Ferdinand Friederich*.

Der erste Vorsitzende des Vorstands der Hamburger Wertpapierbörse, Bankier *Robert Götz*, starb im Alter von 64 Jahren.

Im Alter von 50 Jahren starb der Direktor der Frankfurter Kreditanstalt AG, Dr. *N. E. Weill*, Aufsichtsratsvorsitzender der Terra-AG für Haus- und Grundbesitz, Frankfurt a. M.

Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Werkzeug-Maschinenfabriken und des Hauptausschusses des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Fabrikbesitzer Dr.-Ing. e. h. *Hermann Schoening*, vollendete am 16. März sein 60. Lebensjahr.

Der Generaldirektor der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Ewald, Bergassessor a. D. *Carl Ruschen*, ist am 16. März im 62. Lebensjahr verstorben.

Der Direktor der Osram GmbH, KG und Vorstand der Gesellschaft für technische Physik, Professor Dr. phil. Dr. techn. h. c. *Georg Gehlhoff* ist im Alter von 50 Jahren verstorben.

Als neues Mitglied des Reichswirtschaftsrats wurde Dr. *Alexander Lewin*, der Generaldirektor der Berlin-Gubener Hutfabrik AG vormals A. Cohn, berufen.

Der Leiter und Mitbegründer der Elektricitätswerk Südwest AG, Berlin, Direktor *Wilhelm Gaede*, wurde von der Technischen Hochschule Braunschweig zum Ehrendoktor der Ingenieurwissenschaften ernannt.

Die Genfer Konferenz für Regelung des Automobiltransports hat den deutschen Vertreter, Geheimrat *Eckhardt*, zum Vorsitzenden gewählt.

Professor *Rudolf Meerwarth* ist zum Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts ernannt worden.

Die tschechoslowakische landwirtschaftliche Akademie in Prag hat den Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Professor Dr. *Aereboe*, zum Ehrenmitglied ernannt.

Dr. *O. Hedding* wurde zum Honorarprofessor für Steuerwesen in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau ernannt.

Dr. *E. Respondek* hat sich in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt für Handels- und Verkehrspolitik habilitiert.

Literatur

Phantasien über produktive Inflation

Von Dr. Hans Neisser, Privatdozent an der Universität Kiel

Je länger die Depression dauert, desto häufiger tauchen an allen Ecken Deutschlands Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf, die sich freilich sämtlich überraschend ähnlich sehen: sie wollen durch *zusätzliche Geldschöpfung* — sei es auf dem Wege der Bankkredit-Ausweitung, sei es durch öffentliche Anleihen und Investitionen — den Wirtschaftsprozeß wieder in Gang bringen. Da diese Programme eine gewisse Ähnlichkeit mit Vorschlägen aufweisen, die — in viel durchdachterer und abgewogenerer Form natürlich — auch von wissenschaftlicher Seite, insbesondere in England von der Cambridge-Schule vertreten werden, glauben sich die meisten Autoren, soweit sie überhaupt noch eine gewisse Fühlung mit der nationalökonomischen Wissenschaft besitzen, der Mühe enthoben, auf Grund eines gründlichen Studiums der theoretischen Zusammenhänge der Wirtschaft und ihrer faktischen Zustände, ihr Programm in umfassender Weise zu durchdenken und theoretisch wie praktisch auszubauen. Was wäre denn auch einleuchtender, als die einen *Rückgang des Kreditvolumens* aufweisende Krise durch Erweiterung dieses Kreditvolumens zu bekämpfen? Nicht ganz einig ist man sich darüber, ob die *Goldwährung* beibehalten werden kann, ob es gar erforderlich ist, ein *Schwundgeld* zur Beschleunigung der Geldzirkulation einzuführen, ob an *allen* Stellen oder nur für gewisse Zwecke neue Kredite einzusetzen wären, ob die Wiedereinziehung des neuen Geldes durch den Staat zu irgendeinem Zeitpunkt erforderlich wäre, und über ähnliche Details. An der *produktionsfördernden* Wirkung der Geldvermehrung zweifelt niemand. Es wäre einigermaßen nutzlos, darüber zu streiten, ob allen diesen Theorien und Programmen der berühmte *„richtige Kern"* innewohnt; denn ein richtiger Kern findet sich in allen nationalökonomischen Lehren theoretischer und praktischer Natur, solange es Nationalökonomie gibt, und der Volkswirtschaft als Ganzem ist nur mit Maßnahmen gedient, bei denen nicht durch eine allzu bittere Schale der Genuß des richtigen süßen Kernes überwogen wird.

Es ist unmöglich, auf alle diese Programme und Theorien in ihren mannigfachen Modifikationen kritisch einzugehen, und es wäre auch gänzlich überflüssig, erstens, weil sie, wie gesagt, im wesentlichen auf dasselbe hinauslaufen, und zweitens, weil es doch hoffnungslos ist, ihre Verkünder zu überzeugen. Wie muß es nämlich in dem Gehirn von Menschen aussehen, die — sonst wohlwollend und einsichtig von Natur, gewiß häufig wissenschaftlich durchgebildete Spezialisten auf ihrem Fachgebiet außerhalb der Nationalökonomie — nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß die wissenschaftliche Nationalökonomie seit 150 Jahren aus solchen Idioten bestanden hat, daß sie die einfachsten am Tage liegenden Hilfsmittel für schwere Wirtschaftsnot nicht erkennen konnten, deren Probleme doch mit ein wenig Nachdenken an ruhigen Abenden nach getaner Arbeit so leicht zu lösen sind. Aus der Tatsache, daß die Wissenschaft vom gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen nicht entfernt so viel geleistet hat wie Technik und Naturwissenschaft bei der Lösung ihrer besonderen Probleme, zieht man nicht etwa den Schluß, daß die ökonomischen Fragen um so schwieriger gelagert sind, ein um so tieferes, langwierigeres Studium erfordern, sondern von der Überzeugung ausgehend, daß der Mensch an sich gut und nur Institutionen schlecht sind, daß es unter guten Menschen keine schlechte gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage geben könnte, sucht man durch eine Art magischer Kuren den bösen Kern auszutreiben.

Diese Überzeugung greift auch auf Persönlichkeiten über, die durch ihre Schulung dem Kreis der nationalökonomischen Fachwissenschaft angehören. Ohne das oben gekennzeichnete festgewurzelte Vorurteil, ohne jenen Mangel an Selbstkritik würde ein an sich begabter Volkswirt wie Dr. *Heinrich Rittershausen* seine Schrift über „Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung"[1]) nicht veröffentlicht haben, hätte er sich nicht in der Freude über einige gelungene theoretische Ansätze zu einer recht flüchtigen und naiven Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms der Geldschöpfung hinreißen lassen. Die theoretische Begabung des Verfassers ist, wie gesagt, unzweifelhaft. Sie ergibt sich schon daraus, daß er die Nationalökonomie zum großen Teil neu entdeckt, d. h. ernstlich glaubt, daß gewisse zum Verständnis des wirtschaftlichen Kreislaufs notwendige Sätze erst von ihm gefunden worden seien. Nur ein Beispiel dafür: Rittershausen entdeckt den theoretischen Satz, daß der Tauschwert eines Produktes gerade gleich sein muß der Summe der Einkommen, die in seinem Erzeugungs- und Absatzprozeß direkt oder indirekt als Kosten entstehen und ausgezahlt werden. Dieser Satz ist die Grundlage der klassischen Nationalökonomie und der von ihr begründeten Kreislaufvorstellung. Nur scheint Rittershausen daraus die merkwürdige Konsequenz zu ziehen, daß, solange nur die Geldmenge gleich bleibt, dem Absatz erzeugter Produkte niemals eine Schwierigkeit entstehen könne, weil die Kaufkraft notwendig gleich sein muß dem Tauschwert der abzusetzenden Produkte. Woher kommt es dann, daß ein Unternehmer Verluste erleiden kann? Die Antwort ist natürlich sehr einfach. Gleich ist nur die Gesamtsumme der Einkommen der Gesamtsumme des Wertproduktes. Aber im Einzelfall kann der Tauschwert der einzelnen Ware unter seine Kosten sinken, und die erforderliche „Gleichheit" wird dadurch hergestellt, daß an Stelle eines Reingewinns des Unternehmers ein Verlust auf der Einkommenseite zu verbuchen ist.

Eine Einzelkritik des Buches ist an dieser Stelle nicht beabsichtigt. Es handelt sich nur darum, die Grundgedanken der kreditinflationistischen Ideen, die hier ihre besondere Auswirkung gefunden haben, kritisch zu prüfen. Der Verfasser legt das Schwergewicht auf seinen Begriff der „latenten Kapitalbildung". Wie er nämlich mit Recht feststellt, heißt Kapitalbildung Verschiebung von Produktionsfaktoren aus der Sphäre der Konsumgütererzeugung in die Sphäre der Erzeugung von Produktionsmitteln, wodurch diese in den Stand gesetzt wird, über den Erneuerungsbedarf hinaus Kapitalgüter herzustellen. Unglücklicherweise — und dieser Mangel ist allen kreditinflationistischen Notprogrammen eigentümlich — identifiziert er Produktionsmittel mit Arbeitskräften, wie überhaupt das fixe Kapital, also Maschinen, Werkzeuge, Fabrikgebäude usw., als notwendige Ergänzung der lebendigen Arbeit unter den Tisch fällt. Was ist also einfacher, als im Falle einer Rationalisierung in der Konsumgüterindustrie die freigesetzten Arbeiter dadurch zu beschäftigen, daß man sie in die Kapitalgüterindustrie hinüberführt und so latentes Kapital effektiv macht? Der Weg dazu ist der, daß man die — von Rittershausen gut beobachtete — Einschrumpfung des Kreditvolumens infolge Rückgang des Lohnkapitalbedarfs[2]) durch entsprechende Kreditausweitung wieder rückgängig macht. Nun liegt aber auf der Hand: der Erfolg der Rationalisierung ist der, daß die Kapitalquote je Kopf gestiegen ist, d. h. daß der vorhandene Produktionsapparat mit einer geringeren Arbeiterzahl in Tätigkeit gesetzt werden kann, so daß eine Beschäftigung der freigesetzten Arbeiter erst möglich ist, wenn, an welcher Stelle auch immer, durch zusätzliche Kapitalbildung — Ersparnisse aus laufendem Einkommen oder, anders ausgedrückt: Widmung eines Teils des Produktionsapparates der Erzeugung zusätzlicher Kapitalgüter — neue Fabriken errichtet werden. Nach

[1]) *Rittershausen, Dr. Heinrich: Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung*". Jena 1930. Verlag von Gustav Fischer. XII, 154 S. — Preis 7,50 RM.

[2]) Sie macht sich freilich in der gegenwärtigen deutschen Krise nur in sehr geringem Grade bemerkbar.

der Auffassung von Rittershausen soll dieses neue Kapital durch die freigesetzten Arbeiter hergestellt werden, nicht durch die in dem rationalisierten Produktionsapparat noch beschäftigten. Aber sind jene imstande, mit der bloßen Hand, ohne Hilfe von Werkzeugen, nach der Art der Früchtesammler vor sechs Jahrtausenden zu produzieren?

Der Ausweg aus dieser Schwierigkeit — die Rittershausen immerhin zum Unterschied von zahlreichen unwissenschaftlichen Notprogrammen erkennt — könnte in der besseren Ausnützung schon vorhandener, aber eben nicht voll ausgenützter Produktionskapazität gesehen werden. Sie rührt — in der Konsumgüterindustrie wenigstens — daher, daß sich durch Rückgang in der Beschäftigung die Lohnsumme und so die Nachfrage nach Konsumgütern gesenkt hat. Die Frage, ob die unausgenützte Kapazität für alle Arbeitslosen *ausreichen* würde, wird von Rittershausen nicht gestellt und kann auch hier beiseite gelassen werden. Wichtiger ist etwas anderes: Gesetzt z. B., das unausgenützte Kapital beschränke sich auf die *Schuhindustrie*. Da die hier eingegliederten Arbeitslosen für ihren Lohn nicht nur Schuhe kaufen würden, so müßte das ihnen ausgezahlte zusätzliche Geld auf anderen Warenmärkten inflationistisch wirken, während der Schuhmarkt wegen Überproduktion zusammenbricht. Soll derartiges vermieden werden, so muß die Zusammensetzung der unausgenützten Betriebe ungefähr der Struktur der Nachfrage entsprechen, die die neueingegliederten Arbeitslosen und ihre Arbeitgeber entfalten. Was das bedeutet, macht man sich am besten klar, wenn man daran denkt, daß die zuvor Arbeitslosen zum erheblichen Teil ihren Konsum an *Lebensmitteln* steigern werden, und daß die Ingangsetzung des Eingliederungsprozesses in großem Umfang die Beschaffung von *Rohstoffen* zur Voraussetzung hat, die in Deutschland überhaupt nicht erzeugt werden. Hier ist weder eine eindringende *quantitative* Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse der deutschen Volkswirtschaft möglich, noch auch nur eine ins einzelne gehende Fortsetzung der theoretischen Betrachtungen. Es sei nur kurz erwähnt, daß es für *Lücken* in der unausgenützten Produktionskapazität gewiß Auswege gibt: die Heranziehung fehlender Güter durch Auslandsanleihen, ein Austausch überschüssiger Güter gegen notwendige durch den Außenhandel, die Erweiterung des fixen Kapitals durch Sparbildung u. a. m. Das Wesentliche ist immer, daß Mehrproduktion und Mehrkonsum in Einklang kommen. Hingegen sind ganz belanglos die Erwägungen Rittershausens über die Wiedereinziehung des neugeschaffenen Geldes durch zusätzliche Sparbildung. Natürlich lebt er — hier in Übereinstimmung mit der Freiwirtschaftslehre — der Überzeugung, daß durch produktive Kreditvermehrung und Mehrbeschäftigung von Arbeitern bald die *Spareinlagen* aus dem Boden wachsen würden, die den Banken die Konsolidierung der „antizipatorischen" Kredite ermöglichten. Diese Vorstellung ist unausrottbar, obwohl es auf der Hand liegt, daß Scheckguthaben und Banknoten nicht *gleichzeitig* als Geld in der Wirtschaft zirkulieren — d. h. zur Bezahlung von Arbeitsleistungen und Waren Verwendung finden — und auf der anderen Seite als Spareinlagen zur Rückzahlung oder Konsolidierung von Krediten verwandt werden können. Man kann, wie der Engländer sagt, nicht den Kuchen aufessen und ihn außerdem behalten wollen.

Wir sehen nach alledem, welche Fülle von Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit sich der Kreislauf der Wirtschaft auf erweiterter Stufenleiter unter Einbeziehung der Arbeitslosen reibungslos abwickelt. Man wird beinahe vermuten dürfen, daß der Aufschwung *von selbst* eintritt, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, daß der Moment des Konjunkturbeginns gekennzeichnet ist durch die Adjustierung von Produktion und Nachfrage. Aber es mag sein, daß kreditpolitische Maßnahmen eine erhebliche Beschleunigung herbeiführen können. Auf die hier bestehenden kreditorganisatorischen Probleme besonderer Art beabsichtigen wir in einem späteren Artikel einzugehen. Die Betrachtungen *Rittershausens* in dieser Richtung zeigen wieder einen richtigen Kern, im einzelnen aber nicht nur große Naivität, sondern auch völlige Unbekanntschaft mit der Realität der Kreditorganisation. Dem Problem, ob in einem gegebenen Zeitpunkt die Verteilung des Kreditvolumens auf Banken und Geldmarkt einerseits, langfristige Anlagen andererseits, glücklich ist, wird sicherlich Aufmerksamkeit zu schenken sein. Bei Rittershausen vereinfacht sich das Problem zu der These, daß Deutschland mit kurzfristigen Bankkrediten *überversorgt* sei, weil das Volumen der Bankkreditoren größer sei als in der Vorkriegszeit. Er übersieht dabei, daß man den Zuwachs an Notenbankkrediten nicht in Rechnung stellen darf, soweit er den Ausfall an zirkulierendem Goldgeld ersetzt, und vor allem, daß ein sehr erheblicher Teil der deutschen Bankkreditoren *ausländisches Geld* ist, das in anderer — langfristiger — Form überhaupt nicht in die deutsche Wirtschaft gelangen würde[3]); er bedenkt ferner nicht, daß sich eine solche Überbeschickung des Geldmarkts und der Banken doch notwendig in einem niedrigen Zinssatz in dieser Sphäre auswirken müßte, der leider nicht zu beobachten ist. Und schließlich hat sich gerade das deutsche Bankwesen, was Rittershausen wohlbekannt ist, von jeher die Finanzierung industrieller *Anlagen durch Bankkredite* angelegen sein lassen. Selbstverständlich liegt auch der Grund der geringen Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Aktien und Industrieobligationen in der Gegenwart nicht etwa darin, daß diejenigen Sparer, die früher Effekten kauften[4]), nunmehr ständig Bank- oder Sparkasseneinlagen vorzögen, sondern im Rückgang der gesamten innerdeutschen Kapitalbildung, während gleichzeitig die öffentliche Hand zur verstärkten Beanspruchung des Kapitalmarktes genötigt war.

Doch dies sind Mängel, die man nicht allen Verfechtern kreditinflationistischer Notprogramme zur Last legen darf; die allgemeinen Betrachtungen über Zusammenhang von Produktion und Verbrauch, über das Zusammenwirken von fixem Kapital und Arbeit, gelten hingegen allgemein.

Aschoff, Dr. Albrecht: Die Rechtsnatur des Lieferungsvertrages im Verkaufssyndikat. Berlin 1930, Carl Heymanns Verlag. 48 Seiten. — Preis 4 RM.

Die Rechtsprechung des Kartellgerichts, die Notverordnung zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen vom Juli 1930 und die hierzu erlassene Ausführungsverordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 30. August 1930 haben eine Fülle von wirtschaftlich wie rechtlich interessanten neuen Fragen aufgeworfen. Sie alle beschäftigen sich mit der wirtschaftlichen Betätigung der Kartelle und ihrem Einfluß auf die Allgemeinwirtschaft und das Preisniveau. Unter diesen Umständen mag es auf den ersten Blick befremden, wenn sich die vorliegende Schrift mit einem Problem des *inneren Aufbaus der Syndikate* beschäftigt, denn dieser Fragenkomplex gilt seit den bahnbrechenden Untersuchungen Flechtheims vor etwa zwanzig Jahren im wesentlichen als geklärt, und der Verfasser muß auch wiederholt zugeben, daß er im praktischen Ergebnis von der herrschenden Meinung nicht abweicht.

Auch für das interne Kartellverhältnis gibt es freilich noch eine ganze Reihe nicht endgültig geklärter Fragen, deren Bearbeitung über den aktuellen Problemen nicht vergessen werden darf. Da sind zunächst die wirtschaftlich

---

[3]) Rittershausen weiß ein einfaches Abhilfsmittel, das er zuerst entdeckt zu haben glaubt: *Überkompensation* der kurzfristigen Auslandskredite durch langfristige Auslandsanleihen, wodurch Deutschland ein Gläubigerland mit niedrigem Zinsniveau würde! Auf diesem Wege habe Frankreich seine Gläubigerstellung errungen!

[4]) Ein Reformvorschlag Rittershausens geht darum auf „Popularisierung der Aktien!" Die Vorstellungen des Autors von Bankkreditgeschäften werden am treffendsten beleuchtet durch seine Kritik am früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, dem er in scharfen Worten vorwirft, nicht rechtzeitig vor der Geldkrise der Young-Konferenz, Frühjahr 1929, für eine Umlegung der französischen Gelder auf neutrale Plätze gesorgt zu haben! Und weiter durch seine Vorschläge zu einer künftigen *Vereinheitlichung* des Kreditbanken- und Notenbankgeschäfts, weil nicht einzusehen sei, warum eine Kreditbank ihren Bargeldbedarf an der nächsten Ecke, in der Reichsbankfiliale, decken solle, statt im eigenen Hause!

sehr wichtigen Untersuchungen zu nennen, die auf eine vertiefte Kalkulation hinzielen und außerdem eine größere Elastizität der Verbandspreise je nach der Verschiedenartigkeit der Mitgliedsbetriebe und den wechselnden Konjunkturen an Stelle des gegenwärtigen starren Systems setzen wollen. Von rechtlichen Problemen erwähne ich nur die Frage der Verbandsschiedsgerichte, ihre Zusammensetzung und ihre durchaus verschiedenartigen Funktionen, die sich keineswegs etwa in der reinen Schiedsgerichtsbarkeit erschöpfen; weiter die Zulässigkeit der Änderung in der Struktur eines Verbandes; der Eingriff in Sonderrechte der Mitglieder, deren Definition sehr umstritten ist u. a. m.

Auch innerhalb des begrenzten Themas, das sich der Verfasser gesetzt hat, gibt es noch eine Reihe praktischer Probleme, die von der theoretischen Fundierung des Verhältnisses vielleicht einschneidend berührt werden könnten. Bekanntlich sind in einem Syndikat die Mitglieder verpflichtet, ihre gesamte Erzeugung nicht direkt, sondern nur durch Vermittlung der Verkaufsstelle abzusetzen. Diese verteilt die eingehenden Aufträge auf die einzelnen Mitglieder, die für ihre Lieferungen einen von Syndikat festgesetzten „Verrechnungspreis" erhalten. Die Spanne zwischen diesem Verrechnungspreis und dem höheren tatsächlich erzielen Erlös wird dann unter Beachtung des Quotenausgleichs schlüsselmäßig unter die einzelnen Werke verteilt. Nach welchen Grundsätzen hat die Auftragszuteilung zu erfolgen? In welcher Frist verjähren Ansprüche der Verkaufsstelle gegen das Lieferwerk oder umgekehrt? Wie wirkt die fristlose Kündigung auf abgerufene, aber noch nicht ausgeführte Lieferungen? Noch wichtiger sind die steuerrechtlichen Fragen. Sind die Lieferungen umsatzsteuerpflichtig, und wie verhält es sich mit der Steuerpflicht der Verkaufsstelle, die nur Organ des Syndikats ist, ohne satzungsgemäß eigenen Gewinn erzielen zu dürfen?

Aschoff untersucht zwei Fragen: In welchem Verhältnis steht bei den verschiedenen möglichen Syndikatsorganisationen die Verkaufsstelle zum Kartell? Und erfolgt die Lieferung des Werks an die Verkaufsstelle in Erfüllung einer Verbandspflicht oder ist sie ein selbständiger Kaufvertrag? An dieser Stelle kann nicht entschieden werden, ob die von Aschoff aufgestellte Theorie Zustimmung verdient oder nicht, zumal sie in ihrem wesentlichen Ergebnis nicht von der anerkannten Meinung abweicht. Leider hat sich der Verfasser auf die wissenschaftlich und theoretisch allerdings außerordentlich interessante konstruktive Untersuchung beschränkt und die praktischen Auswirkungen seiner Theorie, zum Beispiel auf die obenerwähnten Rechtsfragen, nicht mehr untersucht. Nur den Fall der Kündigung erwähnt er und will ihn dahin entschieden wissen, daß die bestellte, aber nicht ausgeführte Lieferung von der Kündigung nicht berührt werde, sondern ausgeführt werden müsse. Insoweit wird man aber dem Verfasser kaum zustimmen können. Bisher ging man als selbstverständlich davon aus, daß die fristlose Kündigung sämtliche Beziehungen des Mitglieds zum Verband mit sofortiger Wirkung löse. Ausgenommen ist allein eine vorläufige kapitalmäßige „Rumpfbeteiligung" an einer GmbH infolge der zwingenden Vorschriften über Kapitalgesellschaften. Dagegen widerspricht es geradezu dem Wesen der fristlosen Kündigung nach § 8, wenn das Mitglied nicht sofort die Möglichkeit des freien Absatzes hat, sondern zunächst noch die Bestellungen der Verkaufsstelle ausführen müßte. Das würde zwangsläufig zu den schwersten Differenzen zwischen dem Kartell und dem neuen Außenseiter führen und diesen ungebührlich belasten. Aus der Praxis ist mir bisher auch kein Fall bekanntgeworden, in dem diese Frage aufgeworfen worden ist.

Die vorstehende Kritik an der Entscheidung einer praktischen Frage richtet sich nicht gegen den wissenschaftlichen Wert der Schrift. Es bleibt zu hoffen, daß der Verfasser an anderer Stelle die praktischen Folgerungen aus seiner Theorie zieht und damit ihre Brauchbarkeit für die Praxis erweist.

Berlin *Rechtsanwalt Dr. Arno Blum*

Hirschberg, Dipl. Volkswirt Wolfgang: Landwirtschaft und Sozialdemokratie. Analyse und Kritik des Kieler Agrarprogramms von 1927, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Agrarsituation in Deutschland. (Selbstverlag, Heidelberger Dissertation.) 115 Seiten.

Das sozialdemokratische Agrarprogramm kann nicht — wie die übrigen Teile des Wirtschaftsprogramms der Sozialdemokratischen Partei — aus dem theoretischen System von Karl Marx abgeleitet werden; denn dieses System ließ die moderne Entwicklung der Agrarwirtschaft außer Betracht. Das „Kieler Agrarprogramm" der SPD erhebt nicht den Anspruch, diese Lücke auszufüllen; es will nur den Streit der agrartheoretischen Meinungen innerhalb der Partei endgültig verabschieden, um den Weg zu einer wirksamen Agrarpolitik frei zu machen. Hirschberg versucht, die Eignung des Programms für die Bewältigung der agrarischen Gegenwartsfragen kritisch zu betrachten. Anscheinend leitet ihn jedoch gleichzeitig der Wunsch, den Gegensatz der marxistischen Wirtschaftstheorie zu dem Agrarprogramm aufzulösen. Seine etwas oberflächliche Analyse der gegenwärtigen Agrarlage nähert sich stark den Agrartheorien Karl Kautskys: Er begrüßt die Ideen des Getreidemonopols und der Kreditverstaatlichung, während er den Siedlungsvorschlägen des Programms skeptisch gegenübersteht. Trotz vieler fruchtbarer Kritik, in der zahlreiche theoretisch nicht haltbare Argumente des Programms aufgedeckt werden, ist das eigentliche Ziel der Arbeit nicht erreicht worden. Die Analyse der gegenwärtigen Agrarlage müßte weit umfassender fundiert werden, wenn die Schlußfolgerungen des Verfassers zwingend sein sollten.

Berlin *Dr. Franz Hering*

The Labour Year Book 1930. (Incorporating 1929 Year Book.) London 1930, Labour Publications Department. 576 Seiten. — Preis 5 s.

Dieses von dem Generalrat des Kongresses der englischen Gewerkschaften und dem Exekutivkomitee der Labour-Partei herausgegebene Buch ist weit umfassender, als sein Titel erwarten läßt. Allerdings beschäftigen sich einige der vierzehn Kapitel ausschließlich mit Gewerkschaftswesen und Arbeiterfragen (Gesetzgebung, Tagungen, Organisation, Angabe von Publikationen und Adressen usw.). Darüber hinaus wird aber dem, der sich mit dem Studium englischer Wirtschaftsfragen befaßt, eine große Menge von sehr gutem Material geboten. In dieser Darbietung von Material, weniger in der Verarbeitung, obwohl auch sie teilweise recht gut ist, liegt der Wert der Veröffentlichung für den nicht ausschließlich an Arbeiterfragen Interessierten. Für eine kurze Orientierung über die Entwicklung auf sämtlichen wichtigen Gebieten der Wirtschaft (mit Ausnahme der industriellen Produktion) ist das Gebotene ausreichend. Besonders zu begrüßen ist es, daß auch solche Tatsachen, über die sich sonst nur mit großem Zeitaufwand ein Überblick gewinnen läßt, wie Zusammenschlußbewegung, Sanierungen u. ä., übersichtlich zusammengestellt sind. Ein eigenes Kapitel ist der Rationalisierung gewidmet, das den Stand der Rationalisierung in den wichtigsten Ländern behandelt. Es ist allerdings nicht ganz befriedigend, da sich die Darstellung für England im wesentlichen auf kurze Angaben über die organisatorischen Maßnahmen in den einzelnen Industriezweigen beschränkt, während die technische Rationalisierung fast vollständig vernachlässigt wird. Im allgemeinen wird eingehend auf die Entwicklung in den Jahren 1928, 1929 und hie und da auch noch in einem Teil des Jahres 1930 eingegangen. Die zahlreichen statistischen Angaben reichen aber sehr viel weiter zurück und erleichtern dadurch die Beurteilung der neusten Entwicklung. Besondere Sorgfalt wurde der statistischen Darstellung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gewidmet. Durch Zusammenfassung des von verschiedenen Stellen veröffentlichten Materials ist es gelungen, eine

Übersicht über Nominallöhne, Reallöhne und Arbeitslosigkeit zu geben, die bis 1850 zurückreicht. Diese Zusammenstellungen dürfen natürlich nur mit einiger Vorsicht benutzt werden; der Text zu den Tabellen weist selbst auf einige Unexaktheiten hin. Da die Angaben über den Arbeitsmarkt in anderen Ländern aber sehr unvollständig sind, und da von denen, die sich mit der Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftssituation befassen, heute dem Studium der Vorkriegs-Konjunkturperioden häufig großes Interesse entgegengebracht wird, sind diese Übersichten über den englischen Arbeitsmarkt als ein besonders wertvoller Bestandteil des Buches anzusehen.

Berlin *Dr. Franz Rupp*

Soares, José Carlos de Macedo: Der Kautschuk. Eine wirtschaftliche und statistische Studie. Zürich 1930. Orell Füssli Verlag. 127 Seiten. — Preis 3,60 RM.

Das Buch, von Dr. Alfred Marcus (Berlin) übersetzt, behandelt die Entwicklung des Kautschukbaus und der Kautschukverarbeitung, die staatliche Intervention auf dem Kautschukmarkt und die anderen hiermit zusammenhängenden Fragen. Es ist verhältnismäßig neu; dennoch wirkt z. B. eines der wichtigsten Kapitel, das über „Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber staatlichen Interventionen an Warenmärkten", heute — im Zeitalter des Bundesfarmamtes — geradezu veraltet. Geschrieben wurde das Büchlein, um die „unbegrenzten Möglichkeiten Brasiliens" in der Kautschukgewinnung und im Kautschukbau herauszustellen. Dabei kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß Brasilien aus seinem Besitze an Wildgummibäumen, selbst wenn dieser zunächst nur zur Hälfte ausgebeutet werden könne, jetzt schon etwa 450 000 t Gummi jährlich erzeugen könne, gegenüber zur Zeit etwa 30 000 t Wildkautschuk und 800 000 t Plantagenkautschuk.

Berlin *Hans Hirschstein*

Chronik der Handels-Hochschule 1926—1930. Berlin 1930. 136 Seiten.

Nach längerer Unterbrechung erscheint nunmehr wieder die Chronik der Handels-Hochschule Berlin. Der vorliegende Band umfaßt den Zeitraum 1926—1930. Das Jahr 1926 bedeutete für die Hochschule eine grundlegende Änderung, da sie von diesem Zeitpunkt an eine Anstalt öffentlichen Rechts ist und das Promotionsrecht besitzt. Die Chronik soll einer größeren Öffentlichkeit Rechenschaft über Aufbau und Leistungen der mit den Mitteln der Berliner Industrie- und Handelskammer unterhaltenen Anstalt geben.

Kali-Kalender 1931. Taschenbuch für Kali-Bergbau und Kali-Industrie. 6. Jahrgang. Bearbeitet von Dr. C. Hermann, Halle a. S. 1930. Verlag von Wilhelm Knapp. 186 Seiten. Preis 5,20 RM.

Die Fortschritte in der Technik der Kaliförderung haben in der neuen Auflage des Kalenders eine eingehende Berücksichtigung gefunden. Neu hinzugekommen sind Tabellen, die sich auf den Absatz der einzelnen Kunstdüngersorten und deren Zusammensetzung beziehen. Der Entwicklung der Beteiligungsquoten ist durch die Aufnahme der neuesten Quotentabelle Rechnung getragen.

Seegardel, Dr. Willi: Die Bilanzen der deutschen Kreditbanken 1924—1930. Berlin 1930. Wilhelm Christians Verlag. 116 Seiten. Preis 4,40 RM.

Das Buch zeigt die Entwicklung der in Form von Aktiengesellschaften bestehenden deutschen Kreditbanken in ihren Bilanzen seit der Währungsstabilisierung. Berücksichtigt wurden die Institute, die während der Berichtszeit regelmäßig Zwischenbilanzen veröffentlichten. Das statistische Material umfaßt die Zeit vom 31. Dezember 1924 bis zum 29. Februar 1928, da nur für diese Periode die Zweimonatsbilanzen in einheitlicher Form gegeben waren. Den Problemen der Bankliquidität ist ein besonderes Kapitel gewidmet.

Bericht über die Verhandlungen der V. Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung in Breslau am 28. Februar und 1. März 1930. Bearbeitet vom Geheimen Rat, Generalmajor a. D. Ottokar Landwehr-Pragenau (Schriftenreihe: Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik), Berlin-Grunewald 1930. Verlag Dr. Walther Rothschild. 211 S. Preis 8,80 RM.

Wege zu einem Wirtschaftsbündnis — Vorschläge für Erleichterungen und Vereinfachungen im mitteleuropäischen Postverkehr — Erleichterungen und Vereinfachungen in der mitteleuropäischen Binnenschiffahrt.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1930. Bericht über das Jahr 1929. Herausgegeben vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Berlin-Wilmersdorf 1930. Christlicher Gewerkschafts-Verlag. 380 Seiten.

Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1929 — Wirtschaftliche Unternehmungen der christlichen Arbeiterschaft — Wohnungs- und Siedlungswesen — Sozialpolitik — Die Organisation der christlichen Gewerkschaften.

Zeitschriften-Literatur

Jasny: Bevölkerungswachstum und Landwirtschaft. Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung. 8. Heft, Januar 1931, S. 335.

Die Änderungen in der Bevölkerungsentwicklung werden von Jasny nach zwei Richtungen untersucht: Im Hinblick auf den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt und mit Rücksicht auf die Wandlungen des Nahrungsmittelkonsums. Vor dem Krieg war die Landwirtschaft das Reservoir, aus dem sich die Industrie bei relativer Konstanz der absoluten Höhe der Agrarbevölkerung mit Arbeitskräften versah. Für die Zukunft besteht, nach Überwindung der herrschenden industriellen Arbeitslosigkeit, die Aussicht eines Abzugs aus dem Lande, der nicht mehr durch das natürliche Bevölkerungswachstum ausgeglichen ist und die teilweise durch Rationalisierung aufhebbare Tendenz einer Steigerung des Reallohns in sich trägt. Bei der erfahrungsgemäß nur sehr langsamen Erhöhung des Pro Kopf-Verbrauchs an Nahrungsmitteln und der zu erwartenden Bevölkerungsstagnation wird der Gesamtkonsum an Agrarprodukten kaum zunehmen. Dagegen ist mit einer Nachfrageverschiebung zu höherwertigen Erzeugnissen zu rechnen, von der in erster Linie Weizenbrot, Obst und Gemüse, möglicherweise auch Zucker und vor allem auch Molkereiprodukte profitieren werden. Der Getreideeinfuhrbedarf wird, wenn man alle ihn beeinflussenden Faktoren gegeneinander abwägt, wahrscheinlich stagnieren. *E. D.*

Raphaël, Gaston: Die französische Währungspolitik seit der Stabilisierung und ihre Folgen. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 65. Band, 1. Heft, 1931, S. 61.

Eine in stark bildhaften Wendungen gehaltene Beschreibung des Verlaufs der französischen Stabilisierung, die an theoretischem Gehalt um einiges hinter dem zurückbleibt, was etwa in den Büchern von Rogers und Dulles zum Thema geleistet worden ist. Sie handelt von der Frankenkrise im Juni 1926, der de facto-Stabilisierung durch Sanierung der Staatsfinanzen (Autonome Amortisationskasse), der Rückkehr der Fluchtgelder und der schließlichen de jure-Stabilisierung. Im Anschluß daran wird das spezifisch französische Goldproblem ähnlich beleuchtet, wie es die Banque de France in ihrem letzten Jahresbericht angedeutet hat: daß Regierung und Zentralnotenbank gewillt seien, eine Umkehr des möglicherweise inflationistisch wirkenden Goldzuflusses zu erstreben, aber vorläufig noch psychologische Hemmungen des französischen investierenden Publikums der Abwehr eines überflüssigen Goldeinstroms durch Kapitalexport entgegenständen. *E. D.*

Die Wirtschaft des Auslands

Kanada

Strukturelle Aufwärtsbewegung

Von Dr. Arthur Dix

Es ist ein Irrtum, das vielgebrauchte Wort vom „amerikanischen Tempo der Wirtschaftsentwicklung" immer nur auf die Vereinigten Staaten anzuwenden. Ihr nördliches Nachbarland braucht den Vergleich keineswegs zu scheuen. Ja, trotz des gewaltigen Voranschreitens der Union wird man sagen dürfen, daß die kanadische Wirtschaftsentwicklung im letzten halben Jahrhundert *einzig dasteht.*

Prüft man die neueste amtliche Statistik über Produktion und Handel Kanadas (herausgegeben vom Empire Marketing Board, London), dann wird man in der Tat gewahr, daß in den letzten 50 Jahren das „amerikanische Tempo" der Produktionssteigerung in Kanada dem des Nachbarlandes noch überlegen war. Die *absoluten Zahlen,* die Produktion und Handel der Vereinigten Staaten aufzuweisen haben, sind allerdings beträchtlich größer, weil hier schon viel früher die nötigen Arbeitskräfte aus Europa herangezogen worden waren. Gegenwärtig steht man in den Vereinigten Staaten ja auf dem Standpunkt, daß unter die bisherige Einwanderungspolitik ein vorläufiger Strich zu ziehen sei, da bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage der amerikanische Arbeitsmarkt nicht nur gesättigt, sondern bereits übersättigt erscheine. In Kanada aber ist nach Überwindung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, die zur Zeit auch hier zur Drosselung der Einwanderung geführt hat, noch viel Raum für neue Wirtschaftskräfte.

Bei der verhältnismäßig *dünnen Bevölkerung* des Landes ergibt sich, daß die Verbindung Kanadas mit dem Weltmarkt, wenn man die Außenhandelssumme auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, tatsächlich durchaus einzig dasteht. In Kanada kam im Jahre 1928 auf den Kopf der Bevölkerung eine Ausfuhr von 580 RM. Nur das viel kleinere Neuseeland vermag diese Zahl noch zu übertreffen. In den Vereinigten Staaten betrug die Ausfuhr auf den Kopf der Bevölkerung nur 176 RM, in Argentinien 387, in Deutschland 193, in England 323, in Britisch-Indien 16, in Niederländisch-Indien 50 RM.

Vor einem Vierteljahrhundert wollte man in der deutschen Öffentlichkeit nicht viel von Kanada wissen. Damals stand man lediglich unter dem Eindruck der großen Börsenverluste an kanadischen Eisenbahnaktien und war geneigt, alles, was über die bedeutende Entwicklung der kanadischen Wirtschaft berichtet wurde, als „amerikanischen Humbug" zu rubrizieren. So erregte es auch wohl einiges Kopfschütteln, wenn etwa 1905 in der deutschen Öffentlichkeit darauf hingewiesen wurde, daß sich Kanada in ziemlich naher Zeit zu dem *ersten Weizenlieferanten des Weltmarktes* entwickeln werde. Diese Voraussage hat sich dann aber bald durchaus bestätigt: Im Jahre 1928 lieferte Kanada dem Weltmarkt fast 10 Mill. t Weizen. In weitem Abstand folgten Argentinien mit 5,3 Mill., die Vereinigten Staaten mit 2,6 Mill. und Australien mit 1,2 Mill. t. Rußland war in jenem Jahr vollkommen ausgeschaltet. Im Jahre 1929 hat eine Mißernte die kanadische Weizenausfuhr wesentlich herabgedrückt, doch zeigt ein Vergleich mit früheren Jahren, daß diese Erscheinung nur als Ausnahme zu bewerten ist und Kanada in normalen Erntejahren bei dem geringen Eigenverbrauch seiner dünnen Bevölkerung von dem ersten Platz der Weizenlieferanten bis auf weiteres nicht zu verdrängen ist.

Kanada verfügt über eine Fläche von 9,7 Mill. Quadratkilometern, ist also räumlich dem Nachbarstaat überlegen, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß beträchtliche Teile des kanadischen Bodens unbewohnbar sind. Demgemäß kommt hier im Gesamtdurchschnitt etwa gerade ein Einwohner auf den Quadratkilometer. Die Bevölkerung belief sich 1928 auf 9,7 Millionen Köpfe und hatte auch Anfang 1930 die 10 Millionen noch nicht überschritten.

Der Hauptreichtum Kanadas liegt in der *Land- und Forstwirtschaft,* vor allen Dingen in der großen Weizenproduktion und ferner in der Gewinnung von Holz, Zellulose und Zeitungspapier; es ist auch starker Hafer- und Tabakproduzent und Massenexporteur von Äpfeln. Auch die Produktion von Fleisch, Milch und Milchprodukten ist sehr bedeutend. Die Erzgewinnung hat sich in der letzten Zeit derartig entwickelt, daß die Gewinnung von *Mineralien* in absehbarer Zeit mit dem Wert der Agrarproduktion in ernsten Wettbewerb treten dürfte. Kanada ist Großproduzent von Gold, Kupfer, Nickel, Zink, Petroleum und Kohle. Seine Kohlenschätze werden auf 16 % der gesamten Weltvorräte geschätzt.

Die kanadische *Industrie,* die vor 25 Jahren noch in den Anfängen steckte, wird in ihrer Entwicklung außerordentlich begünstigt durch die *reichen Wasserkräfte* des Landes; auch die den Verkehr verbilligenden Wasserstraßen spielen eine große Rolle; ebenso der Fischfang. Endlich ist auch die an *Pelz*erträgen reiche Jagd nicht zu vergessen. Die kanadische Industrie hatte unter den Kriegswirkungen namentlich gegenüber dem Stande von 1913 in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine gewaltige Entwicklung zu verzeichnen. Die amtliche Statistik schätzt den Gesamtwert der kanadischen Ernte an Feldfrüchten für 1928 auf 231 Mill. £, den Kapitalwert der Herden auf 177 Mill. £, die Jahreserträgnisse an Milchprodukten auf 60 Mill. £, die gesamte Produktion von Mineralien auf 56,5 Mill. £ (1929 bereits über 63 Mill.). Die kanadischen Wälder lieferten an Holz und Holzprodukten eine Ausfuhr von 59 Mill. £, die Erträgnisse der Fischerei wurden auf 11 Mill. £ geschätzt.

Der *Gesamtwert der Industrieerzeugnisse* Kanadas erreichte 1928 bereits die Höhe von 775 Mill. £ gegenüber 99 Mill. im Jahre 1901. Es ist allerdings zu beachten, daß hierbei die ganzen Holzfabrikate mitgezählt sind. *Kanada exportiert an Zeitungspapier so viel wie die ganze übrige Welt zusammen.* Seine Produktion an Zeitungspapier hat seit 1925 begonnen, die der Vereinigten Staaten wesentlich zu übertreffen. Der Papierfabrikation nahe steht die kanadische *Mühlen*fabrikation mit ihrer ungeheuer starken Ausfuhr von Weizenmehl nach aller Welt. Es folgen die großen kanadischen *Fleischwaren*fabriken, deren Produktion dem Werte nach neuerdings die kanadische *Automobilindustrie* ganz nahegerückt ist. Ferner sind zu nennen die elektrische Industrie, die Sägemühlen, die Molkereien, die Metallindustrien und die Petroleumproduktion. Auch die Baumwollindustrie gehört heute bereits mit hinein in jene kanadischen Hauptindustrien, die jährlich einen Produktionswert von mehr als je 15 Mill. £ verzeichnen.

Die *Ausfuhr* Kanadas bedient die ganze Welt, in erster Linie aber die benachbarten *Vereinigten Staaten;* hierhin gehen beispielsweise 87 % der Papierausfuhr, die gesamte Goldausfuhr, 85 % der Kupferausfuhr, 95 % der Ausfuhr an lebendem Vieh usw. Amüsant ist es, in der neuesten Statistik zu lesen, daß 75 % der kanadischen *Whisky*ausfuhr zu dem „trockenen" Nachbarn gehen. Insgesamt nehmen die Vereinigten Staaten 38 % vom Wert der kanadischen Ausfuhr auf; nach England gehen nur 31 %, nach anderen Teilen des Empire 8 %; Deutschland, Holland und Japan beziehen je 3 %, Belgien, China und Australien je 2 % der kanadischen Ausfuhr.

Gelegentlich der letzten *allbritischen Reichskonferenz* trat es scharf hervor, wie lebhaft sich Kanada um eine Steigerung seiner Ausfuhr nach England und anderen Teilen des englischen Reiches bemüht. Seine handelspolitischen Bestrebungen sind auch dieses Mal nicht zu ihrem Endziel gedrungen. Wechselseitige *Vorzugstarife* hat Kanada zum Abschluß gebracht mit Britisch-Westindien, Neufundland und Neuseeland. Besonders wichtig ist der Markt der englischen Kolonien insbesondere für die kanadische Autoindustrie. Von ihrer Ausfuhr gehen 12 % nach England, 59 % nach anderen Ländern unter britischer Flagge.

Auch in der kanadischen *Gesamteinfuhr* stehen die benachbarten Vereinigten Staaten mit 69 % weitaus an erster Stelle; England liefert nur 15 %, andere englische Länder nur 5 % der kanadischen Einfuhr, Frankreich und Deutschland je 2 %. Die Zunahme des Handels gegenüber der Zeit vor 25 Jahren auf allen Gebieten ist außerordentlich. Von 1913 bis 1928 ist Kanada unter den führenden Ländern des Welthandels *vom zehnten auf den fünften Platz aufgerückt* (bei kaum 10 Millionen Einwohnern!). Es steht an der ersten Stelle der Exporteure von Weizen, Druckpapier, Nickel und Asbest, an zweiter Stelle unter den Exporteuren von Weizenmehl und an dritter Stelle unter den Exporteuren von Zellulose. Es wird im Gesamtaußenhandel nur noch durch die Vereinigten Staaten, England, Deutschland und Frankreich übertroffen. Die Ausfuhrsteigerung gegenüber dem Jahre 1890 belief sich 1929 auf nicht weniger als 1250 %.

In der *Erzeugung elektrischen Stromes* auf den Kopf der Bevölkerung wird das wasserreiche Kanada nur durch Norwegen übertroffen. Die absolute Menge des erzeugten elektrischen Stromes steht in den Vereinigten Staaten allerdings weit voran; in der übrigen Welt aber wird Kanada auf diesem Gebiet nur durch Deutschland übertroffen. In der Entwicklung des *Automobilwesens* steht es insofern am nächsten hinter den Vereinigten Staaten, als hier ein Kraftwagen auf je 4,6, in Kanada auf je 9 Einwohner, in allen übrigen großen Ländern auf eine sehr viel höhere Zahl von Einwohnern entfällt, in Deutschland beispielsweise auf 111 (nach dem Stande vom 1. Januar 1929). An *Gesamtzahl der Kraftwagen* wurde Kanada zu diesem Zeitpunkt, abgesehen von dem großen Vorsprung der Vereinigten Staaten, nur ganz wenig durch England und Frankreich übertroffen. In Deutschland waren nicht viel mehr als halb so viel Kraftwagen wie in Kanada in Betrieb.

Bilanzen

Dresdner Bank

Senkung der Dividende von 10 auf 6 %
Verringerte Liquidität

Daß die Bilanzen der großen Filial-Kreditbanken im Jahre 1930 kein erfreuliches Bild zeigen würden, ist allgemein erwartet worden. Nach dem schweren Stoß des Frühjahrs 1929 kam im vergangenen Jahr als Folge der Septemberwahlen zum zweiten Male eine *Vertrauenserschütterung*, unter der die Banken besonders stark zu leiden hatten. Insofern kann die Dresdner Bank mit einer gewissen Befriedigung konstatieren, daß ein sich auf wenige Monate zusammenballender *Kreditorenabzug* von etwa 250 Mill. RM *ohne fühlbare Einschränkung der Debitoren überwunden* werden konnte. Das deutsche Bankwesen hat in der Tat diese schwere Belastungsprobe leidlich überstanden.

Als sichtbarstes Zeichen der schwierigen Lage senkt die Dresdner Bank ihre *Dividende* von 10 auf 6 %, womit sie bei 100 Mill. RM Kapital 4 Mill. RM direkt und mehrere weitere Millionen indirekt durch Tantiemekürzungen usw. einspart. Aber damit konnte offenbar die Ertragsverschlechterung nicht ausgeglichen werden. Vermutlich sind vielmehr auch die *stillen Reserven*, auf die schon im Vorjahr zurückgegriffen werden mußte, weiter gesenkt worden; soweit sie in einer Unterbewertung der Effekten bestanden, hatten sie sich ohnedies stark vermindert. So ist das Ausmaß der Dividendensenkung wohl weniger ein Gradmesser für die wirklichen Gewinne und Verluste als das Ergebnis einer Überlegung, wieviel man an Dividenden einsparen könne, ohne neue Rückflüsse eigener Aktien einzuleiten, ohne den eigenen Kredit zu erschüttern und ohne einen weiteren Antrieb für den allgemeinen Pessimismus zu geben. Es ist bezeichnend, daß die maßgebenden Bankleiter die Dividenden ihrer Institute in diesem Jahr noch stärker als sonst miteinander „abstimmten".

Wieviel die Dresdner Bank auf *Effekten und Debitoren* abschreiben mußte, entzieht sich jeder Kenntnis der Öffentlichkeit. Wahrscheinlich mußten den stillen Reserven weit größere Beträge entnommen werden, als ihnen in einem guten Jahr zugeführt wurden; denn die *Effektenentwertung* war beispiellos, und das Kontokorrentgeschäft brachte ebenfalls umfangreiche Einbußen. Ob danach überhaupt noch stille Reserven in nennenswertem Umfang vorhanden sind, ist zweifelhaft. Sichtbar läßt die Bank wenigstens einen Teil des Abschreibungsbedarfs hervortreten: Wohl zum erstenmal in ihrer Geschichte weist sie als Abschreibungen auf Effekten- und Konsortialkonto einen Verlustposten von 6 Mill. RM aus — auch dies offenbar nicht als Anhalt für die wirklichen Verluste, sondern in erster Linie deshalb, um nach der weiteren Erhöhung des Umsatzes (275 gegen 248 Milliarden RM) nicht die Bruttoeinnahmen wesentlich verkürzt ausweisen zu müssen. So erscheinen die *Zinsgewinne* mit 36,66 nur um 0,64 Mill. RM und Provisionen mit 37,31 nur um 0,40 Mill. RM niedriger, nachdem — ebenso wie im Vorjahr — erhebliche Beträge vorweg für Debitorenausfälle gekürzt wurden.

Effekten- und Konsortialeinnahmen werden von der Dresdner Bank von jeher nicht ausgewiesen. *Beteiligungen* erbrachten mit 2,27 um etwa 0,15 Mill. RM weniger als im vorigen Jahr. Andererseits konnten die *Unkosten* — zum erstenmal seit der Stabilisierung — wesentlich *gesenkt* werden. Die Ersparnisse von 2,55 Mill. RM scheinen vor allem auf die Kürzung der Tantiemen zurückzugehen. Im neuen Jahr wird sich der Abbau der Beamtentarife in demselben Sinn bemerkbar machen. Die *Angestelltenzahl* hat sich im Jahre 1930 um 45 auf 8065 erhöht, vor allem durch die Neuangliederungen (Rathenower Bankverein, Brandenburger Bankverein und Reinhold Steckner in Halle). Auch *Steuern* erforderten etwas weniger, so daß das Ertragsbild *ohne* die erwähnte Sonderabschreibung um 1,38 Mill. RM besser aussehen würde als 1929, während *mit* ihr nur ein *Reingewinn* von 7 (i. V. 11,42) Mill. RM verbleibt. Bereits 1929 war der Gewinn um 2 Mill. RM niedriger ausgewiesen worden; bei der noch unveränderten Dividende unterblieb damals die vorher stets erfolgte Erhöhung der *offenen Reserven*. In diesem Jahr erhält nur der Pensionsfonds 300 000 RM; die Aufsichtsratstantieme sinkt auf 0,16 (0,49), vorgetragen werden 0,54 (0,63) Mill. RM.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Einnahmen					
Gewinnvortrag	0,228	0,628	0,686	0,627	0,630
Wechsel, Zinsen, Sorten und Zinsscheine	30.284	32.605	36.040	37.307	36.656
Provisionen	38.905	42.207	39.955	37.717	37.307
Dauernde Beteiligungen	1,182	1.463	1.998	2.423	2.278
Sonstige Einnahmen	0,359	0,319	0,319	0,343	0,329
Ausgaben					
Handlungs-Unkosten	54.523	56.658	58,049	59.827	57.274
Steuern	4,525	7,492	7,535	7,174	6.918
Effekten- und Konsortial-Konto	—	—	—	—	6,000
Reingewinn	11,911	13.073	13,414	11,417	7,000
Dividende in %	10[1])	10	10	10	6

[1]) 10% auf 78 Mill. RM, außerdem 5% auf 22 Mill. RM.

Die *Bilanz* läßt zunächst nicht die gewaltigen *Umschichtungen* erkennen, die sich seit dem Herbst vollzogen haben. Ihre Summe ist mit 2529 Mill. RM noch etwas höher als im Vorjahr. Wie stark die Verschiebungen waren, zeigt nur die Enwicklung der *„Barkreditoren"* (Bankeinlagen und sonstige Kreditoren), die im zweiten Halbjahr von 2021 auf 1726 Mill. RM zurückgingen, davon im letzten Vierteljahr allein um etwa 240 Mill. RM. In diesen Zahlen kommt der Rückzug von *Auslandsgeld* zum Ausdruck, der im Anschluß an die Septemberwahlen allenthalben eintrat. Die Bank suchte sich durch verstärkte Benutzung ihres *Eigenakzepts* sowie des *„geliehenen Akzepts"*, d. h. der ausländischen Rembourskredite, zu helfen. Eigen-

akzepte stiegen infolgedessen von 89 auf 165 Mill. RM, Kundschaftskredite bei Dritten von 385 auf 494 Mill. RM. Es war überhaupt für die deutschen Banken höchst vorteilhaft, daß sich die Vertrauenserschütterung des Auslands nicht in einer Verkleinerung der Rembourslimite äußerte. Infolgedessen ging der Anteil der Auslandsgelder an den Gesamtkreditoren mit etwa 40 % kaum zurück, während er bei den Barkreditoren von 27,6 auf 22,7 % sank. Unter den letzteren dürfte übrigens der Anteil Amerikas nur noch gering sein.

Bilanz

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Aktiva					
Kasse, Sorten, Kupons	39,193	46,156	28,064	31,903	30,509
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			34,683	28,397	23,444
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	377,713	411,033	507,334	562,912	515,621
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten	198,728	226,851	310,344	299,812	188,791
Reports und Lombards	145,645	86,111	114,335	57,336	50,841
Rembourskredite dinglich sichergestellt	87,779	146,626	205,126	182,877	230,945
Rembourskredite ohne dingliche Sicherstellung	41,022	64,516	133,732	159,046	184,072
Sonstige kursfristige Kredite gegen Verpfändung marktgängiger Waren	—	—	40,585	55,498	64,621
Anleihen u. Schatzanweisungen	3,507	3,428	2,173	5,822	9,159
Sonstige bei Notenbanken lombardfähige Wertpapiere	3,325	2,777	2,554	4,113	6,577
Sonstige börsengängige Wertpapiere	16,718	18,436	23,550	29,111	19,761
Sonstige Wertpapiere	2,217	0,907	0,699	1,413	1,778
Konsortialbeteiligungen	10,981	13,632	11,315	22,246	17,515
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen	26,132	27,770	31,244	35,067	34,837
Debitoren gedeckt	397,758	525,523	622,814	746,945	859,165
Debitoren ungedeckt	184,059	278,367	245,885	256,545	256,889
Avale	53,716	71,325	82,921	138,868	140,502
Bankgebäude	30,000	29,800	29,643	30,700	31,400
Sonstiger Grundbesitz	1,000	0,910	0,400	0,286	1,200
Mobilien	1 RM	1 RM	1 RM	1 RM	1 RM
Pensionsfonds-Effekten	1,647	1,951	2,294	2,598	2,854
Passiva					
Aktienkapital	100,000	100,000	100,000	100,000	100,000
Reserven	28,800	30,400	32,000	34,000	34,000
Seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	77,537	166,339	352,446	384,749	493,960
Guthaben von Banken und Sparkassen	199,090	166,954	254,712	250,823	259,801
Sonstige Kreditoren	1076,082	1306,855	1505,386	1640,264	1466,432
Von den Kreditoren und Guthaben sind:					
innerhalb 7 Tagen fällig	481,727	526,342	791,363	807,573	815,097
bis zu 3 Monaten fällig	537,483	731,951	927,042	1025,291	871,687
nach mehr als 3 Monaten fällig	53,949	47,998	41,693	58,222	39,449
Akzepte und Schecks	72,289	99,087	86,458	88,715	164,826
Avale	53,716	71,325	82,921	138,868	140,502
Nicht erhobene Dividende	0,066	0,088	0,059	0,056	0,059
Pensions-Fonds	1,650	2,000	2,300	2,600	2,900
Reingewinn	11,911	13,073	13,414	11,417	7,000

Entsprechend diesen Veränderungen auf der Passivseite sind auf der Aktivseite die *Warenvorschüsse* als Gegenposten der „Kundschaftskredite bei Dritten" wieder erheblich gewachsen. Die Bank veranlaßte ihre Kundschaft, sich dieser Kreditart stärker zu bedienen, weil sie sich auf diese Weise im Ausland leichter rückfinanzieren konnte. Der Abzug von Auslandsgeld zwang außerdem zu einer wesentlichen Verkleinerung der *Nostroguthaben* (189 gegen 300 Mill. RM), die bekanntlich in der Hauptsache im Ausland laufen. Der Bestand an *Wechseln* ist von 563 auf 516 Mill. RM zurückgegangen; die Bank hatte am Bilanzstichtag nur noch 356 Mill. RM Warenwechsel (gegen 441 Mill. RM 1929) im Portefeuille, was zum Teil mit den auf 352 (272) Mill. RM erhöhten Rediskontierungen zusammenhängen mag. Insgesamt standen an *liquiden Mitteln* 1288 (1378) Mill. RM zur Verfügung; sie deckten die Verpflichtungen nur noch mit 54 (58,25) %. Eine ähnliche *Liquiditätsverschlechterung* ist im abgelaufenen Jahr bei fast allen Großbanken eingetreten.

Die *Debitoren* sind gegenüber dem Stand am Ende des Jahres 1929 nochmals erheblich gewachsen, gegenüber ihrem Ende September erreichten Höchststand jedoch um rund 60 Mill. RM zurückgegangen, was ebenfalls eine überall bemerkbare Erscheinung ist. Auch im neuen Jahr hat sich der Debitorenabbau, zu dem die Banken durch den Abfluß von fremden Mitteln gezwungen wurden, fortgesetzt, obwohl sich die Lage neuerdings etwas entspannt hat. Über die Debitorenverluste bemerkt der Geschäftsbericht nichts, obwohl die Bank (abgesehen von zahlreichen kleineren Konkursen) auch in einige größere Insolvenzen verwickelt war.

Die *Effekten* sind von 40,4 auf 37,3 Mill. RM gesunken; allein die „sonstigen börsengängigen Wertpapiere" werden um fast 10 Mill. RM niedriger ausgewiesen. Darin dürften vor allem die Abschreibungen zum Ausdruck kommen, da hier im wesentlichen die notierten Aktien verbucht sind, bei denen kaum Verkäufe, wohl aber neue Zukäufe vor sich gingen. Weiteren Abschreibungsbedarf brachten die auf 17,5 (22,2) Mill. RM verminderten *Konsortien* sowie die vermutlich noch immer unter den Debitoren verbuchte Beteiligung an dem Ende 1929 gemeinsam mit anderen Banken gebildeten Börsenstützungskonsortium, das auf seine 60 Mill. RM Effekten am Jahresende allein etwa 30 Mill. RM hätte abschreiben müssen. Der Rückgang der *Beteiligungen bei anderen Banken* von 35,07 auf 34,84 Mill. RM mag mit den erwähnten Übernahmen zusammenhängen, die auch eine Steigerung der *Immobilien* um etwa 1,6 Mill. RM bewirkten.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war für die Dresdner Bank wie für alle Filial-Großbanken außerordentlich ungünstig. Die gute Entwicklung des laufenden Geschäfts läßt jedoch die Hoffnung zu, daß bei besserer Gesamtlage auch die Banken wieder Atem holen können. Freilich dürfte es längere Zeit dauern, bis nach Ausheilung der Schäden von 1930 wieder eine ähnliche Dividende gezahlt werden kann, wie sie noch im Jahre 1929 verteilt wurde. Insofern hat die Börse wohl nicht unrecht, wenn sie in den Bankaktien vorläufig keine „Phantasie" erblicken kann.

Marktberichte

Die Konjunktur

Die leichte Entlastung des Arbeitsmarkts, die festere Tendenz auf einigen Warenmärkten, die politische Beruhigung und die damit verbundenen Hoffnungen, daß sich die große Zinsdifferenz zwischen Deutschland und dem Ausland vermindern wird — diese verschiedenen Faktoren bringen in die Betrachtungen der gegenwärtigen Konjunkturlage einen optimistischeren Zug, als man noch vor wenigen Monaten gewohnt war. Ob allerdings in ihnen mehr als eine reine Saisonerscheinung gesehen werden darf, ist fraglich. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit geht nur recht langsam vor sich; außerdem ist zu bedenken, daß ein beträchtlicher Teil der beschäftigten Arbeitskräfte in Kurzarbeit tätig ist. In den Schachtanlagen der Vereinigte Stahlwerke AG arbeitet z. B. gegenwärtig ein Drittel der Bergarbeiter mehr, als bei einem geregelten Betrieb mit voller Arbeitszeit erforderlich wäre, und ähnlich liegt es bei den Hütten. *Dr. Vögler*, der bei der Generalversammlung der Gesellschaft auf diese Tatsache hinwies, äußerte — im Gegensatz zu den Bemerkungen von Dr. Bücher auf der Generalversammlung der AEG — gleichzeitig die Befürchtung, daß der Tiefpunkt der Depression für die Vereinigten Stahlwerke noch nicht erreicht sei. In normalen Zeiten würde Mitte März längst ein großer Teil der Frühjahrs- und Sommeraufträge eingegangen sein; in diesem Jahr seien die Aufträge aber so unbedeutend, daß man sich für lange Zeit auf einen stark eingeschränkten Betrieb einstellen müsse. Aus dem Angebot der Gesellschaft an die Belegschaft der Hütte Ruhr-

ort-Meiderich, das bekanntlich die Garantie eines bestimmten Lohnsatzes und einer bestimmten Beschäftigung enthielt, kann nach Dr. Vöglers Aussage kein Schluß auf eine relativ günstige Beurteilung der zukünftigen Geschäftslage gezogen werden; das Angebot sei vielmehr nur mit Rücksicht auf die Belegschaft gemacht worden.

Mit 34,8 % arbeitslosen und 19,2 % kurzarbeitenden Mitgliedern dürfte die *Arbeitslosigkeit* bei den freien Gewerkschaften im Februar ihren höchsten Stand erreicht haben. Rechnet man die Kurzarbeiter in Vollarbeitslose um, so betrug die Zahl der Vollbeschäftigten nur 57,4 % der Mitglieder gegenüber 71,8 % im vorigen Jahr. Nach dieser Statistik, welche die Gesamtlage des Arbeitsmarkts besser darstellt als die Zahlen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung (diese erfaßt lediglich die Vollarbeitslosen), war der Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit im Februar um 51 % größer als im Vorjahr. Etwas stärker als dieser Durchschnitt, nämlich um 53 %, hat sich die Zahl der *Kurzarbeiter* erhöht. Weit größer als bei jenen Industriezweigen, deren Beschäftigung hauptsächlich durch die Einflüsse der Jahreszeit bedingt ist, war die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bei den vorwiegend *konjunkturabhängigen* Berufen; sie betrug bei diesen 71 %.

Auffallend ist die Bewegung der *Preise* während der letzten Wochen. Bereits seit Anfang Februar hält sich der Großhandelsindex bei etwa 114,5, und auch der vom Institut für Konjunkturforschung berechnete Index der reagiblen Warenpreise weist seit demselben Zeitpunkt nur noch geringe Veränderungen auf (er steht jetzt bei 76,0). Es ist möglich, daß in diesem Stillstand weder eine Saisonerscheinung noch eine der zahlreichen Zufälligkeiten zu erblicken ist, die den starken Absturz beider Preiskurven in den letzten Jahren unterbrachen, sondern daß es sich um die ersten Anzeichen einer Verlangsamung der Abwärtsbewegung handelt. Die Einzelhandelspreise scheinen allerdings ihre Senkung noch fortzusetzen: Der Index der *Lebenshaltungskosten* wenigstens sank noch im Februar um 1,1 % auf 138,8.

Über Erwarten scharf ist der Rückgang der *Konsumvereinsumsätze* im Februar. Während sich die Umsätze je Mitglied vom Januar zum Februar 1930 noch um 44 Rpf erhöht hatten, sanken sie in diesem Jahr von 7,28 auf 7,16 RM. Sie liegen damit um volle 19 % unter dem Vorjahrsstand, den sie in den vorangehenden vier Monaten nur um jeweils 13 % unterschritten hatten. An dieser Verschlechterung können die Preisrückgänge nur einen kleinen Anteil haben; vielmehr hat zweifellos auch eine *mengenmäßige* Umsatzsenkung stattgefunden. Der Rückgang war am stärksten bei jenen Genossenschaften, die während der letzten Jahre die größte Steigerung ihrer Umsätze aufweisen konnten.

Der deutsche *Außenhandel* (vgl. S. 579) weist im Februar einen Aktivüberschuß von rund 170 Mill. RM aus (einschließlich der Reparationslieferungen und unter Berücksichtigung von 15 Mill. RM besonderen Zollabrechnungen, die von der Einfuhr abzusetzen sind). Die *Ausfuhr*, die im Januar plötzlich auf einen ungewöhnlich niedrigen Stand gesunken war, hat einen kleinen Teil dieses Rückgangs wieder eingeholt: Sie stieg von 775 auf 778,3 Mill. Reichsmark, was wegen der Kürze des Monats Februar eine Steigerung um etwa 9 % darstellt. Um 16 Mill. RM hat sich der Export von Fertigwaren (hauptsächlich Textilerzeugnisse, Eisenbahnoberbaumaterialien und Pelzwaren) erhöht; die Rohstoffausfuhr ging hingegen um fast 11 Mill. RM zurück. Hinter der Senkung der *Einfuhr* um etwa 40 Mill. RM verbirgt sich ein leichter Anstieg, wenn man wieder die geringere Tageszahl des Monats Februar berücksichtigt. Sie erstreckte sich zum überwiegenden Teil auf Rohstoffe und halbfertige Waren. — Bemerkenswert ist die Einfuhr von 53 Mill. RM *Edelmetallen*, die in diesem Monat u. a. Goldbezüge der Reichsbank aus Rußland in Höhe von 41 Mill. RM enthält. Bereits im Januar wurde unter diesem Posten eine Einfuhr von 53,2 Mill. RM ausgewiesen, ohne daß eine nennenswerte Ausfuhr von Edelmetallen stattgefunden hätte.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Nachgebende Leihdevisensätze

Die in der Vorwoche bemerkbare *günstigere Entwicklung des deutschen Geld- und Devisenmarkts* hielt auch weiterhin an. Das Ausland zeigte vermehrte Geneigtheit zu neuen Geldangeboten, wobei namentlich auch französische und belgische Banken hervortraten. Leihdollars stellten sich infolgedessen für erste Adressen nur noch auf 4—4¼ %, Pfunde auf 4¼—4½ %, was gegenüber den vor einigen Wochen gezahlten Sätzen eine Verbilligung um ½—¾ % bedeutet. Hierdurch dürften auch die Vorbereitungen für den gewöhnlich ziemlich schwierigen Quartalsultimo wesentlich erleichtert werden. Wie angesichts dieser Entwicklung nicht weiter überraschen kann, gaben die *Devisenkurse* weiter nach; der Dollar ging schließlich unter die rechnungsmäßige Parität zurück.

Berlin Mittelkurs:	12. 3.	13. 3.	14. 3.	16. 3.	17. 3.	18. 3.
New York	4,201	4,201	4,201	4,201	4,200	4,198
London	20,41	20,41	20,41	20,40	20,40	20,40

Markmonatsgeld war ebenfalls etwas billiger zu haben; in der Provinz sollen allerdings von manchen öffentlichen Banken noch immer über 6 % geboten werden, während in Berlin erste Adressen nicht mehr als 5½—5¾ % bewilligen. *Tagesgeld* wurde nach einer vorübergehenden Befestigung am Medio wieder rasch billiger. In *Privatdiskonten* bestand kaum ein Geschäft.

1931	*Berlin* Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monatsgeld	Warenwechsel	*Frankfurt a. M.* Scheck-tausch	Warenwechsel
12. 3.	4⅜	4⅜	3½—5	5⅝—7	5¼	3½	5
13. 3.	4⅜	4⅜	4 —5½	5¼—6½	5¼	4	5
14. 3.	4⅜	4⅜	4½—6	5¼—6½	5¼	4	5
16. 3.	4⅜	4⅜	4¾—6	5¼—6½	5¼	4	5
17. 3.	4⅜	4⅜	4½—6	5¼—6½	5¼	3½	5
18. 3.	4⅜	4⅜	4 —5½	5½—5⅝	5¼	3	5

Neue Devisenzugänge bei der Reichsbank

Der Reichsbank-Status zeigte zum Medio eine weitere Entspannung. Die gesamten Ausleihungen nahmen um 250 auf 1720 Mill. ab, so daß zusammen mit der Entlastung der ersten Märzwoche rund 85 % der Belastung vom Februar-Ultimo wieder abgetragen waren. Auffallend ist weiterhin der *Tiefstand der Giroguthaben*, die mit 265 Mill. wenig mehr als die Hälfte der im Vorjahre vorhandenen Einlagen erreichen. Im Zusammenhang mit der Lage des Devisenmarkts und dem Wegfall von Käufen für Reparationszwecke, worauf bereits im letzten Bericht hingewiesen worden war, erfuhren die *Deckungsdevisen* einen neuen Zugang von 20 Mill.

Die Bank von England erwirbt Gold

Die Abwärtsbewegung des schweizerischen und *französischen Franken* hielt an. Dadurch fiel Frankreich in London nunmehr auch auf dem freien Markt als Goldkäufer aus, so daß die Bank von England am Dienstag erstmals seit geraumer Zeit von den 860 000 £ Kapgold 583 000 £ erwerben konnte. Den Rest übernahm in der Hauptsache die belgische Nationalbank, die schon in der Vorwoche Gold gekauft hatte.

Die Devisenabschwächung war weiter auch bedingt durch die verschiedenen Pläne zur vermehrten Zufuhr langfristigen Auslandskapitals nach Deutschland. Im Vordergrund stehen dabei die *Finanzpläne Berlins*. Berlin wird wahrscheinlich noch vor Abschluß der an anderer Stelle behandelten Transaktion (vgl. S. 560) einen *kurzfristigen Überbrückungskredit* erhalten. — Die *Internationale Bodenkreditbank* in Basel, die bekanntlich vorzugsweise deutsche Hypothekenbank-Emissionen erwerben soll, wird infolge der umfangreichen Voranmeldungen ihre erste Eigenemission (6 %iger Nominalzins, Ausgabekurs 99 %) von 20 auf 25 Mill. Fr erhöhen; sie soll demnächst auf den Markt kommen.

Ablösung fälliger Schatzanweisungen

Nach dem Vorbild von *Frankfurt* und *München* bemühen sich nunmehr auch andere Emittenten von am 1. April fälligen Schatzanweisungen um Prolongation. So

werden 50 Mill. RM *7 %ige Deutsche Kommunal-Goldschatzanweisungen von 1931* (Verfall am 1. 4. 1935) zur Ablösung des gleichen Betrages 7 %iger Schatzanweisungen von 1928 angeboten. Diese erhalten bei der Konversion einen Vorzugspreis von 96 % berechnet, während der Zeichnungspreis sonst 96½ % beträgt. Die *Stadt Nürnberg* hat zur Ablösung von 10 Mill. RM ebenfalls am 1. April fällig werdenden 5 %igen Schatzanweisungen von 1928 bei Mendelssohn & Co. ein bis Ende 1932 laufendes Schuldscheindarlehen von mehreren Millionen aufgenommen und will sich im übrigen durch ein 22jähriges Darlehen ihrer Sparkasse helfen. Diese wurde gleichzeitig durch private Hypothekenbanken entlastet. Zur Abdeckung kurzfristiger Verbindlichkeiten bietet ferner *Sachsen* 20 Mill. RM 7 %ige Schatzanweisungen mit Fälligkeit am 1. April 1933 zu 97¼ % zur Zeichnung an.

Der kommende Kuponstermin ist also mit *erheblichen Konversionsangeboten* belastet, ohne daß sich bisher eine sonderliche Konversions- oder Zeichnungslust für diese Emissionen zu regen scheint. Es ist bezeichnend, daß auch bei der sächsischen Emission die Banken nur kommissionsweise tätig werden wollten. Damit steht die allem Anschein nach auch weiterhin *rege Kauflust für Pfandbriefe und Kommunalobligationen* der Realkreditinstitute einigermaßen in Widerspruch. Sie hat neuerdings zu einem Beschluß der privaten Hypothekenbanken geführt, den Verkauf von Pfandbriefen und Kommunalobligationen, die sich mit mehr als 7 % verzinsen, baldmöglichst einzustellen.

Die Warenmärkte

In der bereits im vorigen Bericht besprochenen, inzwischen langsamer gewordenen

Abwärtsbewegung der Metallpreise

brachte die Berichtswoche ein Ereignis besonderer Art: Das *Kupferkartell* veränderte seinen Preis an einem Tage zweimal und nannte am nächsten Tage gleichzeitig zwei Preise. Die Schwäche des Marktes veranlaßte am 12. März das Kartell dazu, seinen Preis von 10,8 auf 10,5 Cents herunterzusetzen; binnen wenigen Stunden stellte sich jedoch heraus, daß es zu diesem Preise nur eine verhältnismäßig geringe (verschieden, zwischen 300 und 1200 t geschätzte) Menge Kupfer abgab, das von Lohnhütten stammte. Die Grubenhütten waren mit ihrer Forderung nur auf 10,5 heruntergegangen, und dieser Preis trat nach Ausverkauf des Lohnhüttenkupfers gegen Mittag allgemein in Kraft. Am nächsten Tag hieß es, das Kartell habe den Lohnhütten „freigestellt", eine bestimmte Menge Kupfer unter Preis zu verkaufen, was aber den durch die Vorgänge des Vortages völlig verwirrten Markt in keiner Weise mehr anregte. In Amerika scheint gleichzeitig unter Parität angeboten worden zu sein, ohne daß jedoch das Geschäft lebhafter war als hier. Das mag u. a. mit dem Bekanntwerden der Februar-Statistik zusammenhängen, nach der die Tageserzeugung in Amerika während dieses Monats um rund 8 % gestiegen war, weil angeblich gut verkauft worden ist; andererseits enttäuschten aber sowohl die Ablieferungen in Amerika wie vor allem die Ausfuhr. Die Vorräte haben insgesamt zwar etwas abgenommen, für Elektro aber nur sehr unwesentlich.

Der *Zinnmarkt* entbehrte der Anregung, obgleich die Regierung der Vereinigten Malayenstaaten in diesen Tagen angeblich das Einschränkungsgesetz verkünden will. Die amerikanische Weißblechindustrie und der Autobau sind wieder etwas besser beschäftigt.

Der *Blei- und der Zinkmarkt* folgten der Bewegung der leitenden Metalle. Beim Zink scheinen jedoch die Preise jetzt niedrig genug geworden zu sein, um eine Anzahl Gruben zur Einschränkung des Förderns, einzelne Hütten zur Schließung zu veranlassen. Auf Blei drücken die großen australischen Verschiffungen, die den Markt im nächsten Monat unmittelbar belasten werden. Eine beachtenswerte, aber anscheinend rein spekulative Erholung hat *Silber* erfahren.

Die Uneinheitlichkeit der Weltgetreidemärkte

hielt an. Hervorzuheben ist die (erst in der zweiten Wochenhälfte nachlassende) *Festigkeit der Futtergetreidemärkte,* die sich allerdings fast ausschließlich auf die vorderen Sichten beschränkt. Skandinavien und Holland haben in stärkerem Maße *Gerste* gekauft, die andererseits von Südost-Europa gegenwärtig ziemlich schwach verschifft wird. Den *Maismarkt* regt das plötzliche Nachlassen der Verschiffungen an, so daß diese beiden Futtergetreidearten um etwa 1½ Fl höher gehalten wurden als der im vorigen Bericht besprochene russische Roggenposten in Holland. (Übrigens verlautet, daß sich die Russen zwar verpflichtet halten, Roggen innerhalb der nächsten Monate nicht nach Holland zu verschiffen, daß aber in Nordseehäfen, sogar in Holland selbst möglicherweise noch Bestände vorhanden sind.) Auch in *Deutschland* lag Futtergetreide fest, da sich in ihm die künstlich erzeugte Knappheit besonders deutlich bemerkbar macht.

Auf dem Weltgetreidemarkt wird die Lage weiter durch die zu erwartenden Verkäufe des Bundesfarmamtes beeinflußt, die stärkstes Drängen der beteiligten kanadischen Kreise bei ihrer Regierung auf rasche Öffnung des St. Lorenzstromes zur Folge gehabt haben: Man will dem zu Mischungszwecken besonders beliebten Manitobaweizen so rasch wie möglich Abzug verschaffen, weil man befürchtet, daß der amerikanische Wettbewerb in den letzten Monaten des Erntejahres noch stärker merkbar sein wird als gegenwärtig. Mindere, aber gute Mahlweizenarten kosten in Holland nicht mehr als Gerste oder Mais. — Die Verschiffungen von *Argentinien* sind etwas kleiner geworden, die *russischen* dagegen haben sich wieder einmal nahezu verdoppelt. Der Druck des argentinischen Angebotes hält im übrigen an. — Der *deutsche* Markt hat sich in den ihm politisch vorgeschriebenen Bahnen weiter entwickelt. Wenn Weizen nicht noch stärker gestiegen ist, so ist das lediglich eine Folge des (übrigens jetzt auch bei Roggen) völlig versandeten Mehlgeschäftes. Der „Stützungskurs", den Dr. Baade bei seinem Amtsantritt vor fast eineinhalb Jahren als nächstes Wunschbild vorfand, aber damals nicht halten konnte (187 RM ab märkischer Station), ist in der Berichtswoche erreicht und überstiegen worden; daß der Gesamtpreisstand im Winter 1929 anders war als jetzt, sei lediglich der Ordnung wegen erwähnt. Die Zufuhren zu den deutschen Märkten litten unter der Kälte, die neuerdings auch für die Wintersaat befürchten läßt.

Die Abschwächung der Baumwollpreise

wurde vorübergehend durch die als günstig angesehene Schätzung des Februarverbrauchs in der Union unterbrochen; im ganzen ist der Markt aber nur knapp stetig gewesen, vor allen Dingen hat sich die Nachfrage nicht erhöht. Dagegen scheint sich das amerikanische Börsenspiel wieder etwas für Baumwolle zu begeistern. Über die Anbaufläche ist Neues nicht bekannt geworden; die Schätzungen halten sich noch immer bei durchschnittlich 10 % mit Neigung zum weiteren Zusammenschrumpfen. Bisher liegen die Düngerverkäufe beträchtlich unter den vorjährigen, es soll aber eine Ermäßigung der Düngerpreise bevorstehen. Der Markt in Liverpool stand zeitweilig unter dem Druck stärkerer russischer Zufuhren. *Ägyptische* Baumwolle lag wieder äußerst unregelmäßig, obgleich der größte Teil der von der Regierung bevorschußten Ware als im Zeitmarkt gesichert gilt. Auch Gerüchte, daß die ägyptische Regierung ihre Bestände erst allmählich, d. h. im Laufe von fünf oder sechs Jahren, abstoßen wolle, konnten die Stimmung nicht heben. — Dagegen hat die

Festigkeit der Wollmärkte

weiter angehalten, und die Kauflust war bei den Versteigerungen in London und in Übersee (Japan) recht lebhaft. Gegenüber dem niedrigsten Januarstand liegen die Preiserhöhungen zwischen 30 und 40 %, was angesichts der allgemeinen Lage der Weltmärkte recht viel ist. Zur Zeit sind auch die Märkte der Halbstoffe bemerkenswert lebhaft.

Die Kolonialwarenmärkte

wiesen nur verhältnismäßig geringe Preisveränderungen auf; die Richtung ging in der ersten Hälfte der Berichtszeit meist aufwärts, in der zweiten abwärts. Besonders deutlich war das bei *Kautschuk* zu spüren, weil zunächst Nachrichten, daß Vertreter der holländischen Pflanzer zu neuen Verhandlungen nach London gefahren seien, den Markt stark anregten und erweiterten. Als sich aber herausstellte, daß man vorerst nicht weitergekommen war als zu einer vierzehntägigen Vertagung, schlug die Stimmung um, gefördert noch durch die Größe der Verschiffungen Ostasiens.

Am leichtesten begreiflich ist die Unsicherheit des *Zuckermarktes*. Hier steht man unmittelbar vor den wahrscheinlich entscheidenden internationalen Verhandlungen, die demnächst in Paris beginnen sollen. Wie sie ausgehen werden, was die einzelnen Partner zu bieten haben, ist nicht bekannt, man weiß nur, daß die kubanischen Notverkäufe aus dem Februar künstlich (nämlich mit neuen Krediten) beendet worden sind. Man weiß ferner, daß die Widerstände in Java breiter geworden sind und daß die für Europa geplanten Einschränkungsmaßnahmen bisher noch in keinem Lande zum Gesetz gemacht werden konnten. Auch das entsprechende deutsche Gesetz oder „freiwillige" Kartell ist noch nicht unter Dach.

Eine leise Befestigung weisen lediglich die *Kaffeemärkte* auf. Sachliche Begründungen dafür sind allerdings nicht vorhanden; die erste eigene Bestandsstatistik der New Yorker Kaffeebörse kommt sogar zu noch etwas höheren Weltbeständen, als bisher meist angenommen wurde. Aber es scheint, daß der Markt von Brasilien aus wieder unmittelbar bearbeitet wird. — Die Pflückeinschränkung beim *Tee* ist jetzt endgültig gefallen; darauf schwächte sich der Markt weiter ab.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Reaktion auf zu schnelle Erholung

Nach den kräftigen Steigerungen, die in den letzten Wochen bei teilweise lebhaften Umsätzen an der Börse zu verzeichnen waren, ist die Tendenz in der abgelaufenen Woche zunächst schwankend und in den letzten Tagen schwach geworden. Die *Umsätze* sind dabei zunächst auf dem Terminmarkt und dann auch auf dem Kassamarkt wieder recht *klein* geworden, so daß der Aufschwung, der als Folge der Vertrauensrückkehr eingetreten war, eine deutliche Unterbrechung erfahren hat. Diese Unterbrechung und der zuletzt sichtbar gewordene Rückschlag können nicht überraschen. Selbst wenn man die bisherige Bewegung nur als eine Wiederausgleichung der durch politische und wirtschaftliche Vertrauensstörungen hervorgerufenen Unterwertungen ansieht, so konnte niemand erwarten, daß sich die Aufwärtsbewegung in ungezügeltem Tempo fortsetzen würde, daß sich dem Ausgleich von Unterbewertungen nun gleich eine selbständige Haussebewegung anschließen würde. Der Verlauf war vielmehr so, wie ruhige Beurteiler ihn kommen sahen: Nachdem die Börse noch mitten in der Depression der Gesamtwirtschaft als erste wieder eine gewisse Unternehmungslust zurückgewonnen hatte, kamen überall aus der Industrie die Stimmen, die darauf hinwiesen, wie schlecht die Konjunktur noch sei und wie wenig die Aufwärtsbewegung an der Börse in Übereinstimmung zu bringen sei mit der industriellen Beschäftigung sowie mit der Entwicklung der Erträgnisse in Industrie und Handel. Dazu kommt, daß sich nunmehr die Abschlüsse häufen und die Unternehmungen jene Bilanzen vorlegen, in denen erstmals die schweren Einwirkungen der Depression auf Finanzen und Erträgnisse vieler Gesellschaften sichtbar werden. Fast täglich erlebt die Börse durch Abschluß-Veröffentlichungen neue Enttäuschungen, die jeweils auf die Kurse der betroffenen und auch der konkurrierenden Aktien zurückwirken. Noch schlimmer jedoch als vorliegende Bilanzen sind die jetzt ständig aufkommenden Gerüchte, daß bei zahlreichen Unternehmungen noch Abschlußenttäuschungen bevorständen. Auf der einen Seite wird also die Börse nach wie vor beeinflußt von der Ansicht, daß nach erfolgter politischer Beruhigung die Bahn frei sei für eine gewisse wirtschaftliche Erholung, auf der anderen Seite wird sie gehemmt dadurch, daß die *Folgen* der Depression jetzt erst allenthalben sichtbar werden. Besonders in den letzten Tagen hat die zurückhaltende Beurteilung der Wirtschaftslage in der *Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke* und der ungünstige Abschluß der *Dresdner Bank* Abgabeneigung hervorgerufen.

Die Kursbewegungen waren bei den einzelnen Papieren sehr unterschiedlich, je nachdem, wie die Abschlüsse oder die Abschlußaussichten beurteilt wurden. Abgaben auf Grund von Befürchtungen über einen Dividendenausfall oder eine Dividendenreduktion waren besonders bei folgenden Papieren zu beobachten: *Hamburg-Süd, Hansa Dampfschiff, Deutsche Linoleum, Bergmann Elektrizität, Harpener Bergbau, Zellstoff Waldhof, Deutscher Eisenhandel, Orenstein & Koppel, Wicking-Cement* und *Otavi*. Zeitweise hatte man auch für die Werte der *Kali-Gruppe Salzdetfurth* Dividendenreduktionen befürchtet, aber inzwischen haben sich die Verwaltungen zur Aufrechterhaltung der Dividendensätze entschlossen, wenn auch erst nach Überwindung von Einwänden, die in der Aufsichtsratssitzung erhoben worden sein sollen. Auch bei der *Schlesische Elektrizitäts- und Gas-AG* wurden ungünstige Dividendengerüchte nicht bestätigt, trotz rückläufigen Absatzes wurde die 10 %ige Dividende beibehalten. Diese Aktie profitierte außerdem von einer Sonderbewegung, die sich allgemein in den sogenannten *Public Utilities* zeitweise entwickelte. Diese Sonderbewegung ist offenbar eine Begleiterscheinung der neuen Verhandlungen über die Konsolidierung der Berliner städtischen Finanzen durch Abstoßung der Bewag (vgl. S. 560). Diese Verhandlungen sehen jetzt vor, daß der Berliner Finanzbedarf nicht durch eine Anleihe, sondern durch Verkauf von Aktien einer neu zu gründenden „Berliner Kraftwerke AG" im Ausland gedeckt werden soll. Amerikanische Bankiers scheinen Bereitwilligkeit zu bekunden, sich um die Placierung der Aktien zu bemühen. Daraus schließt nun die Börse, daß jene Bankiers die Chancen für die Unterbringung deutscher Public Utilities in Amerika allgemein günstig beurteilen und daß das Berliner Geschäft, wenn es durchgeführt wird, auch das Interesse der amerikanischen Finanz für gleichartige Effekten wecken müsse. Die *Gesfürel*-Aktie, die zunächst von dieser Bewegung mitbeeinflußt wurde, war in den letzten Tagen allerdings schwächer, da man es als Enttäuschung empfand, daß das Bewag-Geschäft nun anscheinend ohne Mitwirkung der Gesfürel zustande kommt. Für *Dessauer-Gas* kam als Haussegrund noch hinzu, daß man von der bevorstehenden Generalversammlung anregende Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen bezüglich der Polen-Entschädigung erwartet. Recht fest lagen ferner *Schwartzkopff* auf angebliche neue Konzentrationsbemühungen im Berliner Lokomotivbau und *Th. Goldschmidt* auf die von der Verwaltung beschlossene Aktieneinziehung. Dagegen waren *Schantung* angeboten, da es nach dem Verwaltungswechsel offenbar alte Aktionäre für ratsam hielten, sich an der Gesellschaft zu desinteressieren (vgl. auch S. 564).

Frankfurter Börse

Die Kraft der Haussebewegung hat in der vergangenen Woche deutlich nachgelassen. Neben die noch fortdauernden Kaufaufträge traten *Verkaufordres*, hier und dort sogar Blankoabgaben. Von diesen Attacken wurden besonders diejenigen Papiere betroffen, bei denen man eine Senkung der Dividenden für möglich hält, so u. a. *Karstadt*-Aktien, sodann *Waldhof*, wo die Dividendenschätzungen zwischen 6 und 8 % liegen, *Linoleum*-Aktien, wo zeitweise sogar mit Dividendenausfall, dann mit 6 % gerechnet wurde. Die Waldhof-Aktie fiel nach etwa 112 % unter pari; Linoleum stand mit einem Rückgang von mehr

als 10 % vorübergehend bei einem Tiefkurs von 94½ %, später bei einiger Marktfürsorge bei 96½ %. *Aschaffenburger Zellstoff* waren von dem Kursrückgang der Waldhof-Aktie nach einer Steigerung bis 91 mit einer Senkung von etwa 3—4 % mitgezogen. Scharf gedrückt waren *Wayss & Freytag*, bis 39¾ nach 45, da man kaum mehr mit einer Dividende rechnet. Nach Bekanntwerden des Bezugsrechts senkten sich *Lahmeyer*-Aktien von 137 auf etwa 128. Auffallend war auch die Schwäche, die sich zeitweilig bei der *Süddeutschen Zucker AG* zeigte. Auf die Dividendenerklärung von nur 4 % gaben *Buderus* bis auf 55 % nach. *Chemischer Verein-Frankfurt* lagen matter (67½ nach 71 %), da die Gerüchte einer Kombination mit der Scheideanstalt dementiert wurden; man rechnet mit der Möglichkeit einer Unterschreitung der 7 %igen Vorjahrsdividende.

Andererseits setzte sich die Nachfrage nach anderen Papieren fort. So konnte die *Farben-Aktie* ihren Kursstand annähernd behaupten und war erst zum Schluß in Übereinstimmung mit der Gesamttendenz schwächer. *AEG* zogen auf schweizerische und amerikanische Käufe bis 111 % an, später 108½ %. Elektrowerte waren zuletzt allgemein gedrückt wegen der bevorstehenden Dividendenermäßigung und des Umsatzrückgangs bei *Bergmann*. Die *Salzdetfurth-Werte* lagen angesichts der Erwartung einer unveränderten Dividende und wegen des besseren Kaliabsatzes fester. *Holzmann* zogen bis auf 94 % an; angeblich liegt ein beträchtlicher inländischer Auftrag vor; später gab der Kurs etwas nach. Nachfrage nach *Eßlinger Maschinenfabrik* konnte wiederholt nicht befriedigt werden, später war der Kurs 50 nach 40 %.

Bei den *Bankaktien*, die sich insgesamt hoben, gab es vorübergehend einen Kurssprung in Barmer Bankverein von 102 auf 106½ % ohne ausreichende Erklärung (zuletzt 104 %); die Dividende wurde gerüchtweise auf 8 (gegen 10) % geschätzt. *Junghans-Uhren* blieben bei zeitweilig nicht genügendem Materialangebot gesucht, so daß Rationierungen bei 36½ % eintreten mußten. Im großen und ganzen zeigte der Terminmarkt somit beträchtliche Widerstandskraft.

Auf dem Markt der *Einheitswerte* hat sich das Bild stark gewandelt. Nur noch wenige Werte waren ohne Aufnahme angeboten, und zwar diesmal wiederum Voigt & Haeffner bei ganz unsicherer Kurslage, sodann Ettlinger Spinnerei, Vereinigte Kunstwerkstätten und Armaturenfabrik Hilpert (70 nach 84 %). Matt lagen auch Schneider & Hanau mit 14 nach vor kurzem 20 %. Ohne Aufnahme blieben auch Emag, ferner zuletzt auch Memeler Zellstoff bei mangelnder Marktfürsorge (Taxe 76 nach 83 %), Lüdenscheider Metall nach Kursstreichung schwach 39½ gegen vorher 46 %.

Andererseits trat auffallend dringliche *Beschaffungsnachfrage* für eine wachsende Zahl von Aktien hervor, so für Kammgarnspinnerei Kaiserslautern (später 75 rat. nach zuletzt 74 %, schließlich in Reaktion etwas schwächer 71½ %); Motorenfabrik Darmstadt (Taxe 41 nach 39 %), Vorzugsaktien Vomag (50 nach 44½ %), Stammaktien Vomag (40 nach 38 %), Feist Sektkellerei (Taxe 12 nach 10 %), Alfeld-Gronau Papierfabriken (30½, dann 31 nach 23 %), Jetter & Scheerer Feinmechanik (59¾ nach 56, dann 58½), Klein, Schanzlin & Becker, Parkbrauereien (Taxe 90 nach 82 %), Badische Bank (Taxe exkl. Dividende 130 %), Heidelberger Straßenbahn, Allianz Leben (190 nach 178, dann 189 RM), Allianz und Stuttgarter Verein (Taxe 200 nach 194 RM), Badische Maschinenfabrik (127 nach 116, dann 125 %), Unterfranken (96 nach 83½, schließlich 93½), Gasmotorenfabrik Deutz (63 nach 77 %) usw. Der große Aufschwung dieses Marktes der kleineren Industriewerte war besonders auffallend. — Im freien Verkehr senkten sich *Kleyer*-Aktien nach einer Steigerung bis 65 wieder auf etwa 50 % ab.

	12. 3.	13. 3.	14. 3.	16. 3.	17. 3.	18. 3.
Dt. Effecten- u. Wechselbank	94¾	94½	94½	94½	94½	94½
Frankfurter Bank	92	92	92	92	92	92
Frankfurter Hypotheken-Bank	150	151	152	152	152	152
Cementwerk Heidelberg	78½	78½	84	83¼	82¼	88½
Scheideanstalt	132¾	131½	131¾	—	130¼	130
Frankfurter Hof	40	39	40	40	40	40
Hanfwke. Füssen-Immenstadt	58	58	—	—	—	—
Henninger Brauerei	125	—	—	—	—	125
Hochtief	79	80	80	81	79	77½
Holzmann	91½	91	92¾	94½	92½	90¾
Main-Kraftwerke	74½	—	74	74	—	—
Metallgesellschaft	80	78¾	79	78¼	—	77½
Maschinenfabrik Moenus	24¾	24¾	—	—	—	26.1
Ludwigshafener Walzmühle	58	55½	55½	56	56½	56½
Tellus. Bergbau u. Hüttenind.	40½	40½	40	40	40	40
Verein f. chem. Industrie	68½	67½	68½	68	67½	67½

Pariser Börse

Das einzige Merkmal der abgelaufenen Börsenwoche war die täglich immer winziger werdende Umsatztätigkeit. Das Geschäft schrumpfte zu einem wahren Rekordminimum zusammen. Selbst die Medioliquidierung vom vergangenen Montag konnte hier keine Änderung bringen; es wurden an diesem Tage umgesetzt: 91 Aktien der Banque de France, 311 des Crédit Lyonnais, 125 des Crédit Foncier, 49 von Suez und 1620 von Citroën. Die Young-Anleihe, die zum erstenmal in der offiziellen Statistik erschien, erreichte einen Umsatz von ganzen 34 Stück.

Dabei verlief die Medioliquidierung technisch durchaus glatt. Der Reportsatz schwankte zwischen 1/16 und ⅛ %, also auch hier ein Rekord nach unten. Die Positionen der Haussiers und der Baissiers haben sich auch nur um ein Minimum verändert. Die meisten Werte, so vor allem die Banken und die Elektrizitätswerte, wurden zu pari reportiert. Nur sehr wenige, wie Générale Transatlantique und Kuhlmann, hatten leichtes Deport zu verzeichnen.

Die äußeren Einflüsse auf die Börse waren keineswegs günstig. Zunächst verstimmte der Zusammenbruch der Compagnie Aéropostale und der hinter ihr stehenden Banken. Die Insolvenzen der Bank Bouilloux-Lafont-Jay, der Caisse Commerciale et Industrielle de Paris und des Crédit Foncier du Brésil et de l'Amérique du Sud sollen ein Defizit von schätzungsweise 1,2 Milliarden Fr hinterlassen haben, das nur zu 50 % gedeckt ist. Die Verluste entstanden vor allem durch die Revolution in Brasilien, wo der Crédit Foncier du Brésil ein ausgedehntes Hypothekengeschäft betrieb, und durch die Baisse des Milreis. Da die Sanierungsvorschläge der Regierung beim Parlament keine Annahme fanden, konnte die Gruppe ihren Verbindlichkeiten zum Ultimo nicht mehr nachkommen.

Weiter hat es die Börse außerordentlich verstimmt, daß die Kammer zum Schluß der mühevollen Budgetberatung die vor einem Jahr aufgehobenen *Börsensteuern auf Termingeschäfte* wieder einführte. Der einzige Grund zu dieser unbegreiflichen Maßnahme ist der, daß die bisherigen Steuererleichterungen eine Wiederbelebung der Börse nicht zu bewirken vermocht hatten; der materielle Ertrag der Steuern ist überaus gering: er wird auf 127 Mill. Fr. veranschlagt, aber er genügt, um dem geringen Geschäft noch einen weiteren schweren Schlag zu versetzen.

Im übrigen hat es nicht minder stark verstimmt, daß nach dem Bekenntnis des Budgetministers für das laufende Budgetjahr ein Defizit von 2,29 Milliarden zu erwarten ist. Zudem ist auch das kommende Budget nur mit höchster Leichtfertigkeit ausbalanciert. Von Anfang an hat man 3 Milliarden für die Schuldentilgung auf die Amortisationskasse abgewälzt; im Laufe der Kammerdebatten hat sich dann noch ein neues Defizit von rund

Bayerische Vereinsbank
Kredit- und Hypotheken-Bank
Niederlassungen an allen
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

einer Milliarde herausgestellt, das man einfach durch Erhöhung der Einnahmeschätzungen aus der Welt schaffte oder, besser gesagt, auf dem Papier beseitigte. Die Einnahmenausfälle des laufenden Budgets hätten aber ein genügendes Warnungszeichen sein müssen, daß man gerade jetzt in den Zeiten der Krise mit besonderer Vorsicht hätte zu Werke gehen müssen.

All diese Momente mußten die allgemeine Lustlosigkeit an der Börse verschärfen und die von der letzten Hausse kaum wieder angelockten Kunden zu neuem Streik treiben. Wieder, wie in all den Baissezeiten der vergangenen Monate, hat sich die Vorliebe des Publikums auf die *Obligationen* geworfen. So wurde die letzte Obligationsanleihe des Crédit Foncier (1,5 Milliarden 4 %iger Prämien-Obligationen zu 98 %) nicht weniger als dreifach überzeichnet.

Von den einzelnen Marktgebieten ist wenig zu melden. Die Bankenwerte lagen knapp behauptet. Auch die Bergwerksaktien konnten trotz der Generalstreikdrohung zum 30. März ihre Positionen gut verteidigen. Von den Industriewerten waren nur Elektrizitätswerte und Automobilaktien einigermaßen gefragt. Unter den Auslandswerten hatten die Goldgruben lebhaftes Geschäft.

	10. 3.	11. 3.	13. 3.	14. 3.	16. 3.	17. 3.
3% Staatrente [1]	88,75	88,40	88,85	88,90	88,25	88,30
6% (1927)	105,30	105,25	105,40	105,05	105,15	105,40
Banque de France [2]	18815	18600	18750	18800	18505	18500
Crédit Lyonnais [3]	2660	2635	2630	2645	2625	2625
Banque de Paris et des Pays-Bas [3]	2415	2375	2365	2375	2370	2360
Paris-Lyon-Méditerranée [3]	1550	1540	1540	1550	1540	1550
Aciéries de Longwy [3]	1292	1290	1275	1300	1275	1200
Schneider & Cie (Creusot) [4]	1786	1785	1780	1800	1775	1770
Mines de Lens [1]	800	790	800	803	790	790
Cie. Paris. de Distrib d'Electr. [5]	2320	2270	2270	2320	2285	2250
Thomson-Houston [5]	631	616	624	625	622	615
Etablissements Kuhlmann [5]	620	615	615	625	620	618
l'Air Liquide [1]	1130	1105	1115	1101	1100	1095
Péchiney [3]	2125	2055	2095	2055	2075	2060
Citroën [5]	739	718	727	725	711	729

Nominalwert der Stücke: [1] Fr 100, [2] Fr 1000 [3] Fr 500, [4] Fr 400, [5] Fr 250

Londoner Börse

Es ist fast ein Jahr her, daß die Bank von England auf dem offenen Markt einen Posten *Gold* erworben hat. Erst in der letzten Woche ist es ihr wieder gelungen, gegen die ausländische, insbesondere die französische Konkurrenz als Käufer aufzutreten. Sie hat nahezu 600 000 £ aufgenommen, nachdem noch am Tage vorher ein großer Posten zum Teil an Frankreich, zum Teil an belgische Rechnung weitergegeben wurde. Dieser Erfolg hat zwar nicht den Geldmarkt entspannt; aber er hat stimmungsmäßig gut gewirkt und dazu geführt, daß der Kurs der englischen Währung gegenüber dem französischen Franc und dem Dollar weiter gestiegen ist; im Verhältnis zur Reichsmark hat er sich abgeschwächt. Die Tendenz auf dem *Privatdiskontmarkt* blieb fest, diesmal weniger infolge des Eingreifens der Notenbank als wegen des Geldbedarfs zu Steuerzwecken und zuletzt infolge der Zurückziehung der Großbanken für ihre Wochenbilanzierungszwecke.

Die *Börsenkurse* haben sich im ganzen nur unwesentlich verändert, obwohl sich an einzelnen Tagen Ansätze zu einer Besserung zeigten. Daß die Erholung nicht nachhaltiger war, rührt einmal von der überwiegend schwachen Tendenz in Wallstreet her und hängt zweitens — wie immer in der letzten Zeit — mit der politischen Unsicherheit zusammen. Das *Budget* ist vorläufig noch nicht bekannt; hinzu kommen die neuerlichen Schwierigkeiten der Regierung nach der Niederlage bei der Abstimmung über das Wahlrecht der Universitäten sowie die drohende Streikgefahr im Kohlenbergbau. Die Gewerkschaften haben sich fast überall gegen die vom Schiedsgericht vorgeschlagene Lohnherabsetzung ausgesprochen; daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes zunächst keine Resolution für den Streik angenommen hat, geschah hauptsächlich aus dem formalen Grund, daß der Schiedsspruch verbindlich ist und ihm nur der Appell an die Regierung übrigbleibt, den Spruch revidieren zu lassen und die Mindestlöhne dem erhöhten Stand der Lebenshaltungskosten anzupassen.

Britische Anleihen notierten wenig verändert; unter den ausländischen zeichneten sich wiederum die deutschen Anleihen durch besonders feste Haltung aus, so daß die Young-Anleihe weiter von 79 auf 80½ anziehen konnte. Besonders groß war diesmal der Kursgewinn der Münchener Anleihe, die mit 78 gegen 73 schloß, und der Kölner Sterlinganleihe, die 82 nach 77 notierte. Die Dawes-Anleihe erhöhte ihren Kurs von 103 auf 105. Wieder rückgängig waren *heimische Eisenbahnen* und überwiegend auch die *ausländischen* (Sao Paulo 140½ statt 144½), abgesehen von Cordoba Central, bei der befriedigende Verkehrsausweise eine leichte Steigerung bis auf 15 bewirkten. Kursverluste erlitten daneben auch *internationale Werte*, entsprechend der Bewegung in New York (Baltimore & Ohio 77½ statt 79½, Union Pacific 194½ statt 203). Dagegen hielten sich *Ölwerte* nach der Erklärung Hoovers über die beschränkte amerikanische Produktion besser. Auf dem Markt der *Industriewerte* zogen Vickers im Kurse an, nachdem bekannt war, daß auf die Stammaktien wieder eine Dividende von 8 % verteilt werden würde, und Unilevers, da eine bevorstehende Reise von Aufsichtsratsmitgliedern nach Amerika die Hoffnungen auf eine Fusion mit Procter & Gamble verstärkte. Die Aufwärtsbewegung der Anteile der Grammophone Co. hielt weiter an; die Verhandlungen mit der Columbia und Radio Corp. sollen nicht weit vor dem Abschluß stehen.

	11. 3.	12. 3.	13. 3.	16. 3.	17. 3.	18. 3.
4% Funding Loan	93 1/8	93 1/8	92 15/16	92 3/8	92 15/16	93 1/8
London Midl & Scot. Ord.	24 3/4	25 1/2	25 1/2	25	25	24 1/4
Central Argentine Ord.	61	60 3/4	61	61 1/2	62	63
De Beers Cons. Mines Def	5 5/16	5 1/8	5 5/16	5 5/16	5 1/2	5 5/8
Burmah Oil Co.	3 5/16	3 1/2	3 3/8	3 5/16	3 5/16	3 1/4
Anglo Dutch Plantation	19	19	19	19/3	19	19/6
Courtaulds	31/3	30/7 1/2	31/3	31/10 1/2	32/6	32/6
Imperial Chemical Industr.	15/13 1/2	16	16	16/7 1/2	16/7 1/2	16/3
Vickers	7/4 1/2	7/9	8/0	7/10 1/2	7/9	7/10 1/2
Rio Tinto Ord.	28 3/8	28 3/8	28 1/4	28 1/4	28 5/8	28 3/8
Aktienindex 1928=100	67,8	67,8	67,9	68,1	68,2	—
Abschlüsse total	6085	5741	5805	6779	5512	—
Staats- u. Kommunalanl.	1363	1442	1402	1739	1406	—
Verkehr u. Public Utilities	1161	1047	938	1124	883	—
Handel u. Industrie	1845	1767	1910	2079	1767	—
Bank. Versicherung	669	589	627	613	489	—
Minenwerte	797	648	711	919	778	—
Oelwerte	154	131	121	198	106	—
Gummi, Tee, Kaffee	98	117	98	107	63	—

New Yorker Börse

Die Konjunkturnachrichten der letzten Woche reichen aus, um die *Rückschläge*, die die Börse an einzelnen Tagen erfahren hat, zu erklären. Der Auftragsbestand der U. S. Steel Corp. ist unbefriedigend, die Westinghouse Corp. hat einen schlechten Bericht geliefert, und vor allen Dingen hat die Dividendenherabsetzung bei der New York Central Railway stark verstimmt. Dazu kommt die Tatsache, daß die Zurückhaltung auf dem Markt der Kleineisenwaren anhält und die Umsätze der Warenhäuser im Februar ziemlich tief unter denen des Vorjahrs liegen. Überhaupt ist die Börsenbelebung der Wirtschaftsentwicklung ziemlich weit vorausgeeilt. Der einzige konjunkturbelebende Faktor sind im Grunde *billige Geldsätze* sowie die Tatsache, daß die Liquidationen im Lauf des letzten Jahres die *Vorräte* bei Händlern und Fabrikanten stark verringert haben. Die Schwäche der Situation wird noch deutlicher, wenn man an die ungünstigen Absatzverhältnisse der Landwirtschaft erinnert. Auch auf dem Grundstückmarkt ist noch viel zu regulieren, ehe wieder von normalen Verhältnissen gesprochen werden kann, und die Politik, durch inflatorische Maßnahmen wieder eine kleine Hausse zu bringen, stößt infolge der Erinnerung an den verfehlten Versuch im vorigen Frühjahr auf Schwierigkeiten. Die *Emissionen* der beiden ersten Monate des Jahres 1931 haben sich nach den Berichten des National Statistic Service in relativ engen Grenzen gehalten, schon weil die kommende Veteranenanleihe im voraus auf dem Markt lastete. Nur 628 Mill. $ (gegen nahezu 1 Milliarde im Vorjahr) sind an amerikanischen Privatanleihen begeben worden, davon 111 Mill. $ von Morgan, fast ebensoviel von Dillon, Read & Co., 71 Mill. $ von der Guaranty Trust Co., 50 Mill. $ von Lee, Higginson & Co. und 33 Mill. $ von Kuhn, Loeb & Co. in ihrer Eigenschaft als

Führer der Emissionskonsortien. In der allerletzten Zeit sind allerdings mehrere große Emissionen auf den Markt gekommen und geglückt. Dieser Umstand erklärt auch die *Zunahme der Maklerkredite* auf 1819 Mill. $, die in der letzten Woche eingetreten ist. Im Gegensatz zu der bisherigen Bewegung entfällt diesmal die ganze Erhöhung auf die auswärtigen Mitgliedsbanken und die Nichtbanken, während bei den New Yorker Mitgliedsbanken sogar ein Rückgang um 80 Mill. $ eingetreten ist.

Tag	30 Industrie-aktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrie-aktien	20 Eisenbahnaktien
11. 3. 31	181,67	103,52	14. 3. 31	180,93	101,74
12. 3. 31	180,33	102,33	16. 3. 31	183,67	101,68
13. 3. 31	179,01	101,53	17. 3. 31	180,07	100,87

Nur am 14. und 16 März war die *Börsentendenz* fest, und auch an diesen Tagen waren zeitweise Baisseangriffe erfolgreich. Im übrigen schloß die Börse durchgängig schwach. Wie immer in der letzten Zeit ging die rückgängige Bewegung von den Eisenbahnaktien aus. Die Herabsetzung der Quartalsdividende auf die Stammaktien von New York Central von 2 auf 1½ $ hat die ganze Woche nachgewirkt; der Kurs ging von 117¼ auf 109⅞ zurück. Auch die anderen Bahnenwerte wurden — allerdings in geringerem Umfang — von der Bewegung getroffen: Great Northern sanken von 65⅛ auf 61⅛, Atchison Topeca von 192 auf 185¾, Union Pacific von 197 auf 186¾. Chemische Werte konnten sich im allgemeinen gut halten. Allied Chemical schlossen nach stärkeren Schwankungen wie zu Anfang mit 150. Auch Autowerte hatten weniger unter der allgemeinen Tendenz zu leiden, und einzelne Spezialwerte wie Radio Corp. konnten sogar anziehen. Dagegen litten Kupferwerte unter nachgebenden Rohstoffpreisen. Bei General Electric führte der Rückgang des Auftragsbestands zu einem Kursverlust von 52½ auf 50⅜.

	11. 3	12. 3.	13. 3.	14. 3.	16. 3.	17. 3.
U. S. Steel Corporat.	144⅜	143¼	143⅞	144¼	146¼	145⅛
American Can Co.	124⅜	122⅜	122½	124	125½	122¾
Anaconda Copper	38¼	37⅞	37⅝	38⅜	39¼	38⅜
General Motors	44⅛	43⅜	43⅛	44	44⅛	44½
Chrysler	24⅛	23½	22⅞	23⅞	24⅛	23¾
General Electric	51⅛	50⅜	50⅛	50⅞	52	50⅜
Am. Tel. & Telegr.	195¾	196	193½	194⅛	194½	193
Radio Corporation	23⅜	22¾	22⅞	25⅜	25⅜	24⅜
Allied Chemical	149½	153	152¼	152⅛	153¼	150
Standard Oil N. J.	45¼	45¼	45	45⅞	46½	45⅞
Woolworth	60¾	60	61¾	62⅝	64½	64
Pennsylv.-Railr. Co.	59	58⅝	59	59½	59¼	58½
Aktienumsatz (1000)	2300	2500	2400	1000	2100	2800

Statistik

Monatsausweis der Deutschen Rentenbank

(Rentenmark)	28. 2. 1931	31. 1. 1931
Aktiva		
Belastung der Landwirtschaft zugunsten der Rentenbank	2 000 000 000	2 000 000 000
Bestand an Rentenbriefen am 31. 1. 1931 Rtm. 6 000 000,— am 28. 2. 1931 Rtm. 600 000 000,—	446 068 738	446 265 930
Dahrlehen an das Reich	7 243 647	7 360 758
Ausstehende Forderung (Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt)	20 744 563	20 715 283
Kasse, Giro-, Postscheck- und Bankguthaben	300 000	300 000
Bankgebäude	1 468 826	1 303 961
Sonstige Aktiva		
Passiva		
Grundkapital	2 000 000 000	2 000 000 000
Umlaufende Rentenbankscheine	446 068 738	446 265 931
Umlaufende Rentenbriefe	76 000	92 500
Gewinnreserve	22 124 892	22 124 892
Rückstellungen	6 047 411	6 052 451
Sonstige Passiva	1 045	2 148

Dem Tilgungsfonds bei der Reichsbank sind gemäß § 7a des Liquid.-Gesetzes aus Zinseinnahmen von den Grundschuldverpflichteten weitere 197 192 Rentenmark zugeführt worden, um die sich das Darlehen an das Reich und der Umlauf an Rentenbankscheinen verringerten.

Seit Inkrafttreten des Liquid.-Gesetzes sind somit getilgt worden:

350 700 358	Rentenmark gemäß	§ 7a Liquid.-Ges.
315 000 000	" "	§ 7b "
88 074 904	" "	§ 7c "
880 334 583	" "	§ 11 "
Zus. 1 634 109 845	Rentenmark	

Der deutsche Außenhandel im Februar

Ausfuhr[1]

(Mill. RM)	Gesamt [2]	Gold und Silber	Reiner Warenverkehr: Gesamt [2]	Reiner Warenverkehr: Reparationssachlieferungen	Lebende Tiere [1]	Lebensmittel und Getränke [1]	Rohstoffe und halbfertige Waren [1]	Fertige Waren [1]
1926 M.-D.	830,5	3,0	827,5	52,6	2,0	42,0	227,7	596,2
1927 "	866,4	1,8	864,6	48,2	2,4	36,7	217,3	643,6
1928 "	984,8	2,6	982,2	55,2	1,6	51,9	229,1	740,4
1929 "	1 204,7	81,1	1 123,6	66,6	1,8	58,5	243,9	819,4
1930 "	1 048,3	45,3	1 003,0	58,9	5,7	40,0	204,1	753,1
1929								
Januar	1 104,4	3,0	1 101,4	69,7	1,3	62,1	247,4	790,6
Februar	975,1	4,0	971,1	54,7	1,4	46,2	210,8	712,7
März	984,4	2,5	981,9	53,5	1,4	47,6	223,4	709,5
April	2 163,5	936,6	1 226,9	68,0	1,6	79,5	269,5	876,3
Mai	1 175,8	3,3	1 172,5	79,0	2,1	76,2	260,1	834,1
Juni	1 079,8	2,6	1 077,2	66,0	2,1	59,1	228,4	787,6
Juli	1 103,0	4,0	1 099,0	70,6	1,5	43,5	243,9	810,1
August	1 192,3	3,7	1 188,6	69,2	1,4	42,5	261,2	883,5
September	1 203,7	4,0	1 199,7	69,3	2,4	58,3	259,6	879,4
Oktober	1 251,2	3,9	1 247,3	93,1	1,8	73,2	249,2	923,1
November	1 156,6	2,9	1 153,7	63,0	2,2	61,3	239 5	850,7
Dezember	1 066,7	3,2	1 063,5	60,3	3,0	52,0	233,2	775,3
1930								
Januar	1 095,1	2,7	1 092,3	58,8	2,0	46,4	248,7	795,2
Februar	1 030,1	3,8	1 026,0	64,5	3,0	43,8	223,6	755,9
März	1 107,5	3,6	1 104,0	61,2	3,5	46,2	220,8	833,5
April	979,7	3,0	976,7	50,8	5,7	36,7	199,9	734,4
Mai	1 099,5	3,0	1 096,5	78,8	6,9	39,9	236,4	813,3
Jun	912,6	2,4	910,2	51,8	5,0	48,1	187,2	669,9
Juli	952,8	2,1	950,7	55,1	4,8	40,0	199,0	706,9
August	972,8	2,0	970,8	52,1	4,7	40,6	185,4	740,2
September	1 108,9	107,9	1 001,1	61,8	8,0	35,3	195,4	762,4
Oktober	1 480,7	407,7	1 073,0	61,8	11,3	36,2	208,1	817,4
November	933,9	2,7	931,2	61,9	10,0	33,9	176,4	710,9
Dezember	905,4	2,5	902,9	51,0	3,8	32,7	169,0	697,4
1931								
Januar	777,3	2,3	775,0	50,1	2,6	26,9	170,4	575,1
Februar	780,5	2,2	778,3	45,1	3,5	24,0	159,7	591,1

Einfuhr — Saldo

(Mill. RM)	Gesamt [2]	Gold und Silber unbearbeitet	Reiner Warenverkehr [2]	Lebende Tiere	Lebensmittel und Getränke	Rohstoffe u. halbfertige Waren	Fertige Waren	des reinen Warenverkehrs
1926 M.-D.	859,7	51,3	808,4	10,0	297,6	412,3	113,6	+ 19,1
1927 "	1 170,0	19,9	1 150,1	14,2	360,5	599,3	211,6	— 285,5
1928 "	1 217,5	80,5	1 137,0	12,1	349,0	601,5	204,2	— 154,8
1929 "	1 165,5	46,0	1 119,5	12,5	318,1	600,4	188,5	+ 4,1
1930 "	907,0	40,9	866,1	9,9	247,4	459,0	149,8	+ 136,9
1929								
Januar	1 329,6	12,8	1 316,8	12,1	402,8	688,2	213,7	— 215,4
Februar	1 021,9	7,2	1 014,7	8,8	277,7	546,0	182,2	— 43,6
März	1 032,9	9,5	1 023,4	8,2	262,9	563,0	189,3	— 41,5
April	1 266,8	11,6	1 255,2	12,4	350,8	691,8	200,2	— 28,3
Mai	1 143,8	11,8	1 132,0	11,6	310,7	613,5	196,2	+ 40,5
Juni	1 113,3	35,5	1 077,8	11,3	279,1	585,2	202,2	— 0,6
Juli	1 431,3	203,2	1 228,1	12,6	407,0	613,6	194,9	— 129,1
August	1 192,6	120,0	1 072,6	12,0	305,5	575,7	179,4	+ 116,0
September	1 082,1	43,9	1 038,2	15,4	295,2	547,4	180,2	+ 161,5
Oktober	1 129,7	23,0	1 106,7	16,9	299,0	600,9	189,9	+ 140,6
November	1 186,7	25,7	1 161,0	16,3	315,6	652,2	176,9	— 7,3
Dezember	1 067,7	47,4	1 020,3	12,0	316,4	527,6	164,3	+ 43,2
1930								
Januar	1 329,5	24 8	1 304,8	15,4	480,8	634,3	174,3	— 212,5
Februar	1 144,5	162,9	981,6	11,6	278,4	523,8	167,8	+ 44,7
März	949,2	65,8	883,8	9,1	213,6	493,2	167,9	+ 220,2
April	968,6	80,4	888,9	8,5	241,8	479 6	159,0	+ 87,8
Mai	862,1	31,9	830,2	8,2	209,2	453,5	159,3	+ 266,3
Juni	847,4	33,8	813,6	7,5	215,0	440,6	150,5	+ 96,6
Juli	916,2	7,0	909,2	7,0	273,4	478,7	150,0	+ 41,5
August	803,4	7,9	795,5	8,7	213,0	437,3	136,5	+ 175,3
September	747,1	10,6	736,5	11,6	196,0	396,2	132,7	+ 264,6
Oktober	849,6	16,0	833,6	11,3	248,6	430,2	143,5	+ 239,4
November	743,3	9,0	734,3	11,3	206,8	382,6	133,6	+ 196,9
Dezember	722,6	41,3	681,3	7,9	192,4	358,7	122,3	+ 221,6
1931								
Januar	770,5	53,2	717,3	8,0	217,3	376,4	115,6	+ 57,7
Februar	673,3	53,0	620,3	4,6	171,8	331,4	112,5	+ 158,0

[1]) Einschl. Reparationssachlieferungen. — [2]) Wegen Änderung der Erfassungsmethode des Außenhandels im Oktober 1928 sind die Monatsdurchschnitte 1925 bis 1928 auf Grund der Zahlungsbilanz berichtigt worden.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

	Einheit	1930 Febr. 9 (21. 2. -1. 3.)	1930 März 10. Woche (3.-8.)	1930 März 11. Woche (10.-15.)	1930 März 12. Woche (17.-22.)	1931 Januar 3. Woche (12.-17.)	1931 Januar 4. Woche (19.-24.)	1931 Januar 5. Woche (26.-31.)	1931 Februar 6. Woche (2.-7.)	1931 Februar 7. Woche (9.-14.)	1931 Februar 8. Woche (16.-21.)	1931 Februar 9. Woche (23.-28.)	1931 März 10. Woche (2.-7.)	1931 März 11. Woche (9.-14.)	1931 März 12. Woche (16.-21.)
Produktion															
Kohle															
Deutschland															
Ruhrrev. Steinkohle [1]	1000 t	387.4	349.0	374.2	371.6	358.4	337.2	305.3	295.6	300.6	294.8	290.5	284.2	—	—
„ Koks [1]	„	86.6	84.0	83.6	81.8	59.6	59.3	60.1	58.1	58.7	57.8	58.1	54.6	—	—
Oberschlesien Steinkohle [1]	„	55.4	52.9	55.8	53.6	65.0	61.5	61.6	63.1	58.7	60.2	56.5	55.3	—	—
Großbritannien Steinkohle	„	5 599	5 511	5 428	5 428	4 365	5 103	4 998	5 002	4 851	4 878	4 790	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika															
Bituminöse Kohle	„	7 420	7 770	7 327	7 111	8 342	8 015	7 291	7 106	7 453	7 180	—	—	—	—
Pennsylvania Anthrazit	„	1 011	1 088	846	868	1 412	1 295	1 289	1 319	1 447	1 097	—	—	—	—
Petroleum (Rohöl)															
Ver. Staaten von Amerika [2]	1000 bbls [3]	2 624	2 535	2 583	2 536	2 994	2 111	2 085	2 116	2 128	2 165	2 100	2 156	2 190	—
Arbeitslosigkeit															
Deutschland [4]															
Verfügbare Arbeitsuchende [5]	1000	3 408	.	3 319	.	4 823	.	4 956	.	5 062	.	5 043	.	—	.
Hauptunterstützungsempfänger															
i. d. Arbeitslosenversicherung [6]	„	2 379	.	2 258	.	2 399	.	2 554	.	2 602	.	2 589	.	—	.
i. d. Krisenunterstützung	„	277	.	286	.	739	.	811	.	861	.	908	.	—	.
Großbritannien [7]															
Registrierte Arbeitslose [7]		1 539	1 547	1 564	1 622	2 636	2 608	2 593	2 624	2 637	2 631	2 618	2 635	2 692	—
Umsätze und Geschäftsgang															
Güterwagenstellung															
Deutsch and gesamt	1000	763.3	765.9	798.2	792.1	646.2	631.8	618.8	614.3	623.3	623.9	615.7	679.1	—	—
arbeitstäglich	„	127.2	127.6	133.0	132.0	107.7	105.3	103.1	102.4	103.9	104.0	107.6	109.8	—	—
Ver. Staaten von Amerika	„	899	874	892	876	726	716	719	719	721	714	682	724	—	—
Einnahmen aus dem Güterverkehr Großbritannien [8]	1000 £	2 071	1 998	2 086	2 017	1 761	1 800	1 816	1 760	1 762	1 780	1 822	1 713	—	—
Postscheckverkehr Deutschland (Lastschriften) [9]	Mill. RM	1 577	1 296	1 262	1 198	1 394	1 222	1 399	1 161	1 148	1 119	1 426	1 168	—	—
Abrechnungsverkehr															
Großbritannien London, gesamt [10]	Mill. £	805	998	883	916	776	905	795	839	854	779	726	834	756	—
Ver. Staaten von Amerika [11]	$	9 296	11 959	10 777	12 378	8 358	7 964	7 792	8 534	6 588	9 671	7 042	9 863	—	—
Wechselproteste Deutschland [1] [8]	Anzahl	323	430	367	371	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1000 RM	473.3	616.7	491.7	494.2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vergleichsverfahren Deutschland	Anzahl	28	27	23	28	19	18	22	21	23	21	26	23	27	—
Konkurse															
Deutschland [1]		43	40	46	43	43	46	43	45	45	41	47	45	49	—
Ver. Staaten von Amerika [12]	„	526	527	560	558	796	712	660	676	534	722	—	—	—	—
Preise															
Großhandelsindizes															
Deutschland [13]															
I. Gesamtindex	1913 = 100	128.1	127.5	126.3	126.0	115.6	114.9	113.9	113.7	114.5	114.0	114.2	113.9	114.3	—
II. Agrarstoffe	„	113.8	112.7	109.9	108.8	107.0	106.4	104.5	104.8	106.8	105.9	106.3	106.1	107.5	—
III. Kolonialwaren	„	114.4	113.6	117.5	118.7	102.0	102.0	101.6	99.9	100.2	99.5	99.8	99.8	100.0	—
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	„	126.0	125.8	125.2	125.5	107.9	107.0	106.8	106.3	106.6	106.4	106.7	106.4	106.2	—
V. Industrielle Fertigwaren	„	153.8	153.7	153.1	152.7	142.1	141.2	140.6	140.1	140.0	139.7	139.3	139.0	138.8	—
Produktionsmittel	„	139.2	139.2	139.3	139.0	134.6	134.0	133.3	133.1	133.0	132.9	133.5	132.4	132.4	—
Konsumgüter	„	164.9	164.2	163.5	163.1	147.7	146.6	146.0	145.4	145.2	144.8	144.4	143.9	143.7	—
Großbritannien [14]	1913 = 10	129.5	118.6	117.4	117.3	97.5	96.4	96.4	95.5	95.1	95.7	95.4	96.1	95.0	—
Frankreich [14]	Juli 1914 = 100	574	569	565	563	495	494	494	494	494	494	492	492	292	—
Ver. Staaten von Amerika [15]	1926 = 100	91.9	91.0	90.9	90.7	77.9	77.6	77.2	76.4	77.7	77.2	77.2	77.4	77.4	—
Großhandelspreise [17]															
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts je bu [18]	104¾	108⅝	106¼	104.0	82	89⅝	79½	79⅜	79⅞	79⅛	79⅛	79⅜	79¼	79⅜
„ märk., Berlin	RM je 1000 kg	226.50	229.50	233.50	238.50	254.50	256.25	264.50	268.00	268.00	270.00	285.00	292.00	292.00	290.00
„ „ nächst. Term.	„	236.50	241.50	243.00		274.50	276.50	280.50	281.50	281.00	282.88	294.75	304.00	305.00	301.00
Roggen, märk.	„	161.00	161.00	161.50	147.00	153.50	154.50	160.00	156.00	157.75	155.00	163.00	167.00	177.00	184.00
„ „ nächst. Term.	„	168.00	165.00	157.50	159.00	175.50	176.50	178.00	175.50	176.25	174.50	180.00	185.50	195.75	200.00
Weizenmehl, „	RM je 100 kg	30.63	30.88	30.38	30.28	33.25	33.13	33.75	33.88	33.38	34.38	36.75	37.63	37.88	38.00
Roggenmehl, „	„	22.25	22.25	21.75	21.75	25.40	25.10	25.23	25.10	25.00	24.80	25.48	26.00	27.63	28.15
Mais, New York	cts je bu [19]	95⅞	96⅛	90⅝	93⅝	84½	81½	79,00	78½	81½	78⅞	77¼	75	77⅛	76½
„ Chicago, nächst. Termin	„	83	84⅛	77¼	83⅝	70⅛	67	64⅝	64¼	66⅞	62¾	61¼	60	62⅝	61½
Futtergerste, Berlin	RM je 1000 kg	145.00	145.00	145.00	145.00	191.00	191.00	194.50	197.00	197.00	197.00	198.00	201.00	205.00	212.50
Hafer, „	„	127.00	125.00	124.00	123.00	138.50	141.50	143.50	141.50	141.50	140.50	147.50	150.50	155.50	162.00
Zucker, New York, nächst. Term	cts je lb [20]	1.61	1.59	1.73	1.72	1.26	1.26	1.28	1.23	1.20	1.18	1.22	1.20	1.20	1.24
„ London	sh je cwt [21]	6 3⅝	6 3/4	6 9	6 9	6.0	5.11½	5. 8½	5.8¾	5.8⅝	5.11¾	6. 0¼	5.10¼	5.8½	5.11⅛
„ Magdeburg	RM je 50 kg [21]	26.00	26.00	26.00	26.00	25.00	25.00	25.85		26.00				26.40	26.40
Kaffee, Rio 7, New York	cts je lb [20]	10.1⅛	10¼	10¼	10¼	61½	61½	61⅛	63¼	63⅜	67⅛	6	8½	5½	55⅛
„ nächst. Term.	„	8.80	8.79	8.77	8.93	6.07	6.12	5.78	5.86	5.60	5.44	5.11	5.00	5.13	5.15
„ Hamburg [23]	RPf je ½ kg	43.63	46.50	46.00	44.50	30.38	30.00	30.13	29.88	.	29.75	29.00	26.38	26.63	26.88
Kakao, Accra [24], London	sh je cwt [21]	36.6	37.0	36.0	35.6	24.0	22.6	23.6	21.0	19.0	19.9	20.0	19.9	19.9	20.3
„ nächst. Termin	„		41.0	39.6	39.3	29.6	27.6	27.6	26.0	24.6	24.3	23.8	24.0	24.0	22.3
„ Hamburg [25]	sh je cwt [21]	13. 9	13. 9	13 6	13. 6	12.0	11.9	11.9	11.9	11 9	11.6	11.6	11.6	11.8	7.9
Reis, Burma II, London	£ per lgt [22]	18.12. 6	18. 0 0	17.5 0	18. 2 6	12. 0.0	11.10.0	11.15.0	8. 7.6	8. 0.0	8. 10.0	9. 6.3	9. 7.6	9. 7.6	11.10.0
Leinsaat [26], nächst. Term. London	„	21.17. 6	20.17.6	20.17.6	22. 0.0	15. 7.6	15. 7.6	15. 8.9	15. 0.0	15.2.6	14.17.6	15. 5.0	15.11.3	15.17.6	15.11.3
Kopra [27]	cts je lb [20]	10.4⅛	10.70	10.37½	10.35	8.60	8.50	8.40	8.20	8.40	8.02½	8.12½	8.82½	9.02½	9.25
Schmalz, Chicago, nächst. Termin	„	7.25	7.12½	7.00	8.40	6.12½	6.12½	6.37½	6.25	6.50	6.25	7.30	6.50	6.50	6.75
Baumwollöl, roh, N. Y.	cts je lb [20]	16⅜	15⅞	15	15⅝	8⅝	8¼	8	8¼	8⅜	8	7½	8⅛	7⅞	8
Gummi, first latex crêpe, N. Y.	sh je lb [20]	0.83 16	0.75/16	0.79/16	0.79 16	0.41/16	0.41/8	0.4	0.3 13/16	0.37/8	0.3 15/16	0.3 3/4	0.37/8	9.4	0.37/8
„ London	RM je 100 kg	146.25	140.50	140.00	140.00	77.50	.	75.00	.	70.60	69.38	65.00	75.00	70.00	69.38
„ Hamburg, nächst. Term.															
Baumwolle, middling, New York	cts je lb [20]	15.10	15.00	14.30	15.55	10.05	10.20	10.50	10.50	10.90	10.30	11.35	11.20	10.95	10.75
„ Liverpool	d je lb [20]	8.31	8.38	7.88	8.23	5.32	5.39	5.64	5.61	5.77	5.96	6.11	6.15	6.02	6.02
„ [29] „ „	„	13.10	13.50	13.55	13.70	8.05	8.25	8.75	8.75	9.25	9.45	10.05	10.10	9.75	9.90
„ [30]		6.15	6.25	5.85	6.10	4.10	4.24	4.44	4.46	4.62	4.78	4.92	4.95	4.80	4.82
Wolle [30], dt. Inlandspreis [32]	RM je kg	6.33	6.20	6.20	6.17	5.00	4.80	4.80	4.77	4.77	4.77	4.77	4.70	4.70	—
Kammzug, [31] „ [33]	d je lb [20]	18	17½	17½	17	14	13.50	13.50	13	13	13½	13½	13½	13½	15
Jute, London, nächst. Termin	£ je lgt [27]	25.10.0	24. 7.0	23.5.0	23. 0.0	15. 0.0	14.17.6	18. 5.0	14. 7.6	14.7.6	15. 0.0	15. 0.0	15. 5.0	15. 0.0	14.15.0
Hanf, Manila, London	„	31. 0.0	30. 0.0	29. 0.0	29. 5.0	20.10.0	19.15.0	19.15.0	19.15.0	19.0.0	18. 5.0	17.15.0	17.15.0	18. 0.0	18. 5.0
Erdöl, roh, New York	$ je bbl [4]	2.75	2.72	2.75	2.75	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.82

	Einheit	1930 Febr. 9. 24. 2. -1. 3.	1930 März 10. 3.-8.	1930 März 11. Woche 10.-15.	1930 März 12. 17.-22.	1931 Januar 3. 12.-17.	1931 Januar 4. Woche 19.-24.	1931 Januar 5. 26.-31.	1931 Februar 6. 2.-7.	1931 Februar 7. 9.-14.	1931 Februar 8. Woche 16.-21	1931 Februar 9. 23.-28	1931 März 10. 2.-7.	1931 März 11. Woche 9.-14.	1931 März 12. 16.-21.
Großhandelspreise[17]															
Kupfer, elektrolyt., New York	cts je lb[11]	18,00	18,00	18,00	18,00	10,00	10,00	10,00	10,05	10,05	10,35	10,55	10,80	10,80	10,55
„ standard, London	£ je lgt[20]	69. 5.0	67.18.9	69.17.6	68 7. 6	44.15.0	45.1.3	44. 5.0	43. 8.9	45. 8.9	45.18.9	46.15.0	46.13.9	45. 8.9	44.16.3
„ London, 3 Monate	„	68.15.0	67.17.6	67.12.6	67. 0. 0	44.10.0	44.17.6	44. 2.0	43. 3.9	45. 3.9	45.14.4	46.16.3	46.18.9	46. 0.0	45. 6.3
Zinn, standard, London	„	170.10.0	166.12.6	164. 0.0	162. 2.6	113.12.6	114.17.6	115. 0.0	112. 2.6	116. 3.9	118.12.6	122. 7.6	122. 7.6	123. 2.6	123. 0.0
„ „ 3 Monate	„	173.10.0	169. 5.0	166. 0.0	164. 5.0	115. 0.0	116.5.0	116.10.0	113.12.6	117.12.6	120. 3.6	123.15.0	123.17.6	124.12.6	124.10.0
Zink, New York	cts je lb[11]	5,15	5,10	5,00	4,95	4,00	4,00	4,00	4,10	4,05	4,00	3,95	4,05	4,05	4,00
„ London, greifb.	£ je ton	18 15.0	18.10.0	17.18.9	18. 5.0	13. 0.0	12.11.3	12. 7.6	11.15.0	12. 5.0	12. 6.3	12.15.0	12.17.6	12.12.6	12. 3.9
Blei, New York	cts je lb[20]	6,25	6,00	5,50	5,50	4,75	4,75	4,75	4,60	4,50	4,50	4,60	4,60	4,60	4,50
„ London	$ je ton	20. 3.9	19.15.0	18. 8.9	18.15. 0	14. 6.3	13.13.9	13. 6.3	12.18.9	13.10.0	13.10.0	13.18.9	14. 2.6	13 7.6	13. 1.3
Silber, New York	cts je oz fine[34]	42,87	39,63	41,25	41,75	30,13	29,13	29,25	27,13	27,00	26,38	27,13	27,00	29,75	30,37
„ Barren[35]) London	d „ „ „	19 13/16	18 5/6	19 1/6	19 3/16	14 3/16	13 5/8	13 7/8	12 13/16	12 5/16	12 1/8	12 11/16	12 5/8	13 3/4	14 1/4
„ „ „ 2 Monate	d „ „ „	19 11/16	18 1/2	18 5/8	19	13 7/8	13 1/4	13 5/8	12 5/8	12 3/16	12	12 9/16	12 1/2	13 1/16	14 3/8
Einzelhandelspreise (Berlin)[36]															
Roggenbrot, ortsüblich	RM je kg	0,39	0,39	0,39	0,38	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	—
Schweinefleisch (Bauchfleisch)	„	2,40	2,40	2,40	2,30	1,87	1,83	1,79	1,75	1,67	1,67	1,64	1,62	1,61	—
Butter (Molkerei-)	„	3,80	3,80	3,80	3,70	3,29	3,24	3,23	3,29	3,36	3,48	3,48	3,44	3,41	—
Eier	RM je Stck	0,14	0,13	0,12	0,12	0,15	0,14 1/2	0,14	0,14	0,13 1/2	0,13 1/2	0,13	0,12 1/2	0,12 1/2	—
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0,27	0,27	0,27	0,26	0,30	0,29	0,29	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	—
Briketts, frei Keller	RM je Ztr	1,85	1,85	1,85	1,85	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	—
Steinkohle, frei Keller	„	2,50	2,50	2,50	2,50	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	—
Geld- und Kapitalmarkt															
Tägliches Geld[37]															
Berlin	% p. a	6 86	7,23	4,96	4,79	4,98	4,63	5,08	6,40	4,71	5,19	5,65	6,09	4,46	5,50
London	„	3,75	3,65	3,49	2,71	1,81	1,57	2,07	2,13	2,38	1,98	2,20	1,70	2,18	2,25
Amsterdam	„	2,02	2,98	1,59	1,04	1,34	0,67	0,78	0,88	0,50	0,50	0,61	1,11	0,56	0,75
New York	„	4,29	3,79	3,70	3,25	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,60	1,70	1,50
Langfristiges Geld[37]															
Berlin Monatsgeld	„	6,67	6,73	6,50	6,19	6,94	6,38	6,50	6,38	6,32	6,25	6,30	6,38	5,88	6,63
London, 2 Man. Bankakzepte	„	3,04	3,38	3,49	2,68	2,19	2,18	2,34	2,41	2,50	2,50	2,66	2,51	2,67	2,69
Amsterdam, Prolongationssatz[38])	„	2,96	2,98	2,33	2,46	1,36	1,33	1,23	1,17	1,00	1,00	1,00	1,11	1,00	1,25
New York, 3 Mon. Warenwechsel	„	4,75	4,63	4,58	4,13	2,88	2,67	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63
Privatdiskont[37]															
Berlin[45])	„	5,38	5,38	5,19	5,02	4,69	4,71	4,69	4,87	4,87	4,88	4,88	4,82	4,75	4,75
London	„	3,55	3,31	3,05	2,54	2,17	2,06	2,46	2,46	2,51	2,63	2,70	2,58	2,65	2,56
Amsterdam	„	2,84	2,84	2,52	2,36	1,36	1,47	1,22	1,15	1,08	1,01	1,00	1,00	1,00	1,06
Zürich	„	2,63	2,63	2,63	2,56	1,13	1,03	1,00	1,00	1,00	1,15	0,91	0,88	1,00	1,06
Paris	„	2,69	2,31	2,61	2,53	1,88	1,88	1,86	1,75	1,75	1,75	1,71	1,63	1,59	1,47
New York	„	3,82	3,57	3,37	2,79	1,71	1,59	1,48	1,46	1,31	1,48	1,57	1,57	1,57	1,57
Rendite															
Frankreich, 3% Staatsrente[37])	„	3,44	3,44	3,46	3,43	3,48	3,47	3,45	3,41	3,38	3,40	3,40	3,39	3,36	3,40
Deutschland[39])															
5%	„	6,51	6,52	6,51	6,51	6,38	6,41	6,38	6,41	6,39	6,38	6,38	6,37	—	—
6%	„	7,68	7,69	7,69	7,66	7,58	7,61	7,60	7,60	7,54	7,53	7,51	7,48	—	—
7%	„	8,46	8,46	8,44	8,39	8,17	8,24	8,24	8,23	8,16	8,14	8,12	8,05	—	—
8%	„	8,84	8,85	8,83	8,80	8,66	8,70	8,69	8,67	8,61	8,60	8,58	8,53	—	—
10%	„	9,85	9,85	9,84	9,82	9,86	9,88	9,89	9,87	9,87	9,86	9,86	9,84	—	—
Devisenkurse[37])															
$ in:															
Berlin	RM	4,191	4,191	4,194	4,192	4,207	4,208	4,208	4,205	4,206	4,208	4,207	4,207	4,201	4,206
London	£ in $	4,861	4,859	4,862	4,863	4,854	4,854	4,856	4,859	4,860	4,857	4,858	4,857	4,858	4,858
Amsterdam	Fl	2,495	2,496	2,495	2,494	2,486	2,486	2,487	2,489	2,491	2,493	2,495	2,495	2,495	2,495
Zürich	Fr	5,183	5,176	5,167	5,167)	5,165	5,169	5,170	5,175	5,178	5,184	5,191	5,196	5,197	5,197
Paris	Fr	25,563	25,562	25,556	25,566	25,505	25,522	25,519	25,507	25,506	25,515	25,518	25,538	25,550	25,555
Mailand	L	19,09	19,10	19,09	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,09	19,08	19,09
£ in:															
Berlin	RM	20,367	20,368	20,393	20,383	20,424	20,428	20,432	20,431	20,445	20,438	20,438	20,435	20,407	20,403
Paris	Fr	24,26	124,23	124,26	124,30	123,76	123,89	123,91	123,93	123,97	123,92	123,95	124,02	124,12	124,14
New York	$	4,862	4,862	4,862	4,864	4,855	4,854	4,856	4,860	4,861	4,857	4,858	4,858	4,858	4,858
Franz. Fr in Berlin	RM für 100 Fr	16,39	16,39	16,41	16,40	16,48	16,49	16,49	16,49	16,49	16,49	16,49	16,48	16,44	16,43
Goldbewegung[40])															
Deutschland	1000 Fr	+ 34189	+ 17760	+ 18309	+ 11331	− 117	+ 28530	− 130	− 118	+ 10179	+ 11337	+ 19482	+ 285	+ 791	—
Großbritannien	„	− 6981	+ 6353	+ 6798	+ 33147	− 28764	− 46742	− 55588	+ 18366	+ 4229	− 817	+ 7886	+ 3458	− 674	—
Niederlande	„	− 12	− 24	− 17	− 8152	− 25	− 29	+ 16864	− 27	+ 16854	− 17	− 17	− 29	− 25	—
Schweden	„	− 15	− 95	− 62	− 45	− 29	− 87	− 173	− 174	− 100	− 54	− 86	− 46	—	—
Schweiz	„	+ 8	+ 8	+ 9	+ 19	− 50374	− 112	+ 16	− 85	− 700	− 348	− 127	− 24	—	—
Frankreich	Mill. RM	− 17,2	+ 0,4	− 26,2	− 6 8	+ 48,2	+ 105,4	+ 76,7	+ 20,1	+ 17,4	+ 19,7	+ 10,8	+ 26,2	—	—
Ver. Staaten von Amerika[41])	„	+ 50,8	+ 24,7	− 183,2	− 13,1	+ 273,1	+ 65,4	+ 73,7	− 64,2	+ 4,5	+ 29,1	− 13,0	+ 54,5	+ 8,7	—
Effektenkurse															
Deutschland:															
Börsenindex d. Frkf. Ztg.[92])															
Aktienindex Gesamt	1926 = 100	108,52	107,95	107,67	108,21	72,35	73,52	73,55	76,62	78,25	78,80	79,64	81,97	84,69	—
„ Kassawerte	„	108,25	107,49	107,34	107,39	75,73	75,64	75,62	78,39	80,06	80,29	81,33	83,42	86,18	—
„ Terminwerte	„	109,01	108,80	108,28	109,71	66,16	69,60	69,71	73,31	76,89	76,08	76,54	79,30	81,94	—
Inländische Anleihen															
Gesamt	„	96,86	96,94	97,24	97,46	98,46	98,38	98,88	98,90	99,54	99,73	99,76	100,48	101,39	—
7%	„	89,51	89,84	90,31	90,74	90,53	89,10	89,50	90,05	92,04	92,06	92,36	93,32	94,80	—
8%	„	98,04	98,15	98,18	98,82	99,92	99,65	99,70	100,15	101,18	101,23	100,92	101,40	101,52	—
Deutsche Anleihen i. Auslande	„	101,07	100,97	102,19	102,96	89,08	90,70	91,44	92,65	93,98	93,58	94,92	98,20	97,93	—
Ver. Staaten v. Amerika[43])	„	147,2	150,5	152,8	154,4	96,9	97,0	99,0	97,0	70,6	72,0	76,1	72,8	72,3	—
Maklerdarlehen															
Ver. Staaten v. Amerika[44])	1000 $	3 485	3 583	3 720	3 841	1 820	1 757	1 734	1 716	1 749	1 772	1 798	1 790	1 819	—

[1]) Arbeitstäglich.
[2]) Tägliche Durchschnittsproduktion.
[3]) 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.
[4]) Stichtagnotierungen vom 15. u. 30. des Monats.
[5]) Verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern einschl. der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen Arbeitsuchenden.
[6]) Einschl. der Pflichtarbeiter, aber ohne Notstandsarbeiter, ohne unterstützte Kurzarbeiter und ohne arbeitsunfähige Kranke.
[7]) Ohne Nordirland. Wochenanfang.
[8]) Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellsch.
[9]) Angaben aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.
[10]) London town, metropolitan, country, Woche endend Mittwoch.
[11]) Bank clearings: Woche endend Donnerstag.
[12]) Woche endend Donnerstag.
[13]) Stichtag Mittwoch.
[14]) Financial Times.
[15]) Bulletin de la statistique générale de la France. Stichtag Sonnabend.
[16]) Irving Fisher.
[17]) Notierungen vom Dienstag der jeweiligen Woche; London und New York für die letzte Woche Notierungen vom Montag, dem 9. 3. Falls kein Termin angegeben, greifbar.
[18]) 1 bushel Weizen = 27,22 kg.
[19]) 1 bushel Mais = 25,40 kg.
[20]) 1 lb = 0,4536 kg.
[21]) 1 cwt = 50,8 kg.
[22]) Einschließl. 5,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.
[23]) Superior Santos, Terminnotierung von 14 Uhr.
[24]) Fair fermented mid-crop.
[25]) Good ferm.
[26]) Calcutta.
[27]) 1 long ton = 1016, 048 kg.
[28]) Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.
[29]) Fully good fair Sakellaridis.
[30]) Maschine-ginned; Broach = wichtigste ostindische Sorte.
[31]) Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Wollhandels.
[32]) A/AA vollschürig; deutsche Wolle, fabrikgewaschen.
[33]) Buenos Aires D 1 mittel.
[34]) 1 ounze = 31,1 gramm.
[35]) 985/1000 Feingehalt.
[36]) Stichtag Mittwoch; Angaben des Statistischen Amts der Stadt Berlin.
[37]) Wochendurchschnitt. Für die letzte Woche sind die Stichtagnotierungen vom 17. März eingesetzt.
[38]) Auf 1 Monat.
[39]) Festverzinsliche Werte. Angaben des Statistischen Reichsamts.
[40]) Zu- (+) oder Abnahme (−) des Goldbestandes der Zentralnotenbanken nach den Bankausweisen.
[41]) Unter Berücksichtigung der Abgänge nach u. der Zugänge von dem Earmarkings-Konto.
[42]) Stichtag Freitag. Irving Fisher; gewogener Index, 22 Aktien.
[43]) Woche endend am Freitag.
[44]) New York reporting member banks.
[45]) Durchschnitt aus langer und kurzer Sicht.

Berliner Börsenkurse vom 12. bis 18. März 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

	Div. %	12. 3.	13. 3.	14. 3.	16. 3.	17. 3.	18. 3.
Heimische Anleihen							
Anleihe-Ablösungsschuld Nr. 1—90 000 ..	fr. Z.	56.10	55.80	56.30	56.00	56.20	56.00
dto. ohne Auslosung..	"	6,38	6.30	6,40	6,50	6.25	6,20
Ausländische Anleihen							
5% Bosn. Eb.-Anl. 1914	5	22.00	23.00	22,88	22.50	—	—
5% dto. Invest.-Anl	5	22.00	22,75	—	22.50	—	—
5% Mex. Anl. 1899.....	fr. Z.	12.60	—	11.75	11.75	12,25	12,50
4% Mex. Anl. 1904.....	fr. Z.	8,50	8,40	8,50	8,25	—	—
4½% Öst. St.-Sch. 14 m.n.Bg.d.C.C.	4½	—	38.50	38,75	39.00	38.75	38.75
4½% dto. am. Eb. Anl...	4½	—	1.75	1,80	1,90	2,05	2,38
4% dto. Goldrente m.n.Bg.d.C.C.	4	24.50	24.50	24,40	24.50	24.30	24.30
4% dto. Kronen-Rente..	4	—	1,20	—	1,20	1,20	1,25
4% dto. kv. Rente J/J ..	4	—	—	1,15	1,15	—	1,20
4% dto. dto. M/N	4	—	—	—	1,15	—	1,15
4½% dto. Silber-Rente	4½	2,30	—	2,25	2,25	—	2,30
4½% dto. Papier-Rente	4½	—	—	—	—	—	—
5% Rum. vereinh. Anl. 03	5	9,40	9,40	9,45	9,50	9,75	9,75
4½ Rum. vereinh. Anl. 13	4½	15,60	15,40	15,75	16,00	15,88	15,90
4% Rum. Anl.	4	7,85	7,85	7,95	8,00	8,05	8,05
4% Türk. Admin.-Anl 03	4	3,25	3,25	3,25	3,25	—	—
4% dto. Bagd. Bb.-Anl. 1	4	4,50	4,30	4,30	4,40	—	4,35
4% dto. dto. Eb.-Anl. 2..	4	4,45	4,30	4,45	4,30	4,30	—
4% dto. unif. Anl. 03. 06	4	—	—	—	—	—	—
4% dto. Anl. v. 05	4	—	4,30	4,30	4,30	—	4,30
4% dto. Anl. v. 08	4	—	—	—	—	4,70	—
4% Türk. Zollobllg.	4	4,45	4,40	—	—	4,30	—
Türk. 400 fr. Lose	fr Z.	10,25	10,50	—	10,50	10,13	10,13
4½% Ung. St.-Rente 13 m.n.Bg.d.C.C.	4½	17,13	—	17,00	17,00	—	—
4½% dto. St.-Rente 14 m.n.Bg.d.C.C.	4½	19,88	19,90	19,90	19,80	19,75	—
4% Ung. Goldrente m.n.Bg.d.C.C.	4	20,10	20,10	20,00	20,00	19,80	19,80
4% dto. Staatsrente 10 m.n.Bg.d.C.C.	4	17,13	—	—	17,00	17,00	—
4% Ung. Kronenrente ..	4	1,20	1,15	1,15	1,15	1,15	1,20
4% Lissab. St.-Lnl. I, II	4	18,50	18,63	18,63	18,10	17,80	17,50
4½% Mex. new.-Anl. ..	4½	—	8,25	8,25	8,60	8,60	8,50
4½% Anat. Eisb. Serie 1	4½	14,20	14,20	14,20	14,38	—	—
4½% dto. Serie 2	4½	14,20	14,20	14,30	14,38	14,60	15,13
3% Macedon. Gold	fr. Z.	6,75	6,75	—	6,75	6,75	6,80
5% Tehuant. Eb.-Anl. ..	fr. Z.	8,50	8,50	—	—	—	—
4½% dto. abgest.	"	—	—	—	—	—	—
Bank-Werte							
Allg. Dt. Credit-Anstalt	8	95,00	94,63	95,00	95,75	95,50	95,50
Bank elektr. Werte	10	107,25	103,00	106,75	111,00	112,50	112,00
Bank für Brau-Industrie	11	124,25	123,00	123,50	123,63	121,50	121,75
Barmer Bankverein....	10	100,25	100,75	102,75	105,75	104,75	103,25
Bayer. Hyp.-Bank	10	128,75	129,00	128,50	129,00	129,00	128,75
Bayer. Vereinsbank	10V	140,00	140,00	140,00	140,00	140,25	140,25
Berliner Handels-Ges. .	8V	130,50	130,25	132,00	135,00	133,50	133,50
Commerz- u. Privat-Bk.	11	113,75	113,00	114,25	114,75	114,25	113,75
Darmst. u. Nationalbank	12	145,00	144,50	146,50	146,50	146,50	145,00
Dtsch. Bank u. Disc.-Ges.	10	109,00	109,00	110,25	111,63	110,75	109,50
Dresdner Bank	6V	109,00	109,00	109,50	111,50	111,00	109,75
Oesterr. Credit	8½	—	—	—	27,38	27,38	27,38
Reichsbank	12	266,00	266,00	263,00	265,25	260,00	260,00
Wiener Bankverein	5	9,50	9,88	9,88	9,50	9,50	9,50
Bahnen-Werte							
Allg. Lokalbahn	12	130,00	129,75	131,50	132,00	128,50	129,50
A.-G. f. Verkehrswesen	5	65,00	63,13	67,00	67,50	64,00	63,50
Deutsche Reichsb.-Vorz.	3½ [1]	91,50	91,38	91,50	91,38	91,75	91,75
Hambg. Hochbahn	6	72,00	72,00	72,75	72,75	71,75	71,75
Schantung 1—60000....	5V	88,00	83,00	86,25	82,50	79,00	74,00
Canada Ablief.-Scheine	—	—	22,50	22,50	—	22,50	22,50
Baltimore	—	—	—	—	—	76,00	75,50
Schiffahrts-Werte							
Hamb.-Amerik. Paketf.	6 V	72,00	71,50	72,63	72,50	70,75	70,00
Hamb.-Südam.-Dampfsch	8	128,00	125,00	—	—	—	—
Hansa Dampfschiff	10	96,50	95,50	98,75	98,50	99,00	94,25
Norddt. Lloyd	6 V	73,25	73,00	75,75	74,50	73,13	73,00
Automobil-Werte							
Daimler-Benz	0	33,00	33,25	34,38	33,38	32,50	31,50
Chemische Werte							
Byk Guldenwerke.....	6	47,00	47,75	47,50	48,00	47,00	47,50
Chem. Fabr. v. Heyden..	5	51,38	50,75	52,00	53,50	52,75	53,00
Fahlberg List	7	41,50	40,38	40,75	43,88	43,00	43,75
I. G. Farbenindustrie....	12 [2]	144,88	144,00	146,50	146,50	144,88	144,50
Th. Goldschmidt.....	0V	45,25	45,50	47,75	49,25	48,00	47,50
Montecatini	15V	45,50	45,50	44,75	44,50	44,75	44,00
Oberschl. Kokswerke ..	8	81,75	80,38	81,88	82,00	80,00	79,75
Rhein.-Westf. Sprengstff	4,8 [3]	56,25	56,25	56,25	—	57,50	—
Rütgerswerke	5	56,13	55,25	57,50	57,88	56,13	55,50
Elektrizitäts-Werte							
Accum.-Fabrik	8 [4]	123,00	123,50	123,00	123,00	124,50	124,00
Allg. Elektr.-Ges.	7	105,88	104,75	106,63	108,00	106,75	108,00
Bergmann Elektr.	9	126,88	125,50	127,50	128,00	122,38	117,00
Brown, Boveri & Co.....	9	80,75	80,38	80,50	80,63	80,63	80,00
Comp.Hisp.Am.de Elektr.	7 [1]	309,50	302,25	304,00	304,00	300,25	299,50
Dt. Kabelwerke	6	54,00	53,25	53,00	53,75	52,63	53,50
Dt. Telefon- u. Kabel	0V	83,00	80,00	80,50	81,25	—	—
Elektr. Lief.-Ges.	10	129,00	130,75	131,00	130,50	126,25	128,00
Elektr. Schlesien	8	72,00	70,00	73,00	75,00	75,75	75,63
Elektr. Licht u. Kraft ..	10	124,50	124,75	128,00	127,25	124,50	123,25
Felten & Guilleaume ..	7½	93,00	91,75	93,25	94,00	93,50	90,00
Ges. f. elektr. Untern. ..	10	125,75	125,75	132,50	132,25	127,75	126,00
Hackethal Draht	8	60,00	59,50	58,75	59,00	55,13	55,00
Hamb. Elektr.	10	118,50	117,00	119,75	120,00	118,50	117,00
Lahmeyer & Co.....	12	135,13	134,50	133,00	131,00	129,00	129,00
Österr. Siem.-Schuck. [5]	8	102,50	102,50	103,00	103,00	104,00	104,00
Rhein. Elektr.	10	122,00	123,00	123,75	124,75	122,25	121,00
Rhein.-Westf. Elektriz...	10	139,75	137,75	140,00	139,50	136,75	135,00
Sachsenwerk	7½	88,50	88,13	89,75	89,50	88,50	88,50
Schles. Elektr.u. Gas LitB	10V	126,00	126,25	133,00	132,00	129,75	131,00
Schuckert & Co.....	12	134,50	133,13	136,00	135,50	133,50	133,00
Siemens & Halske.....	14	181,00	178,88	182,00	181,75	178,25	177,50
Vogel Draht	6	50,25	50,00	51,00	50,00	49,13	48,50
Kali-Werte							
Kaliwerk Aschersleben	10V	145,00	142,50	147,00	148,50	144,50	146,25
Salzdetfurth Kali	15V	221,00	221,00	227,00	229,00	225,00	225,00
Westeregeln Kali	10V	149,75	146,50	153,50	153,25	149,00	150,50
Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien							
Berl. Masch. Schwarzk.	0	49,00	50,25	55,25	57,00	54,75	54,50
Orenstein & Koppel	6	59,50	56,25	57,00	57,88	57,50	56,75
Maschinen- und Metallw.-Fabrik-Aktien							
Bayerische Motoren	7	77,25	77,50	78,50	77,50	76,88	76,25
Berlin-Karlsruher Ind..	0	54,50	54,50	53,50	60,50	59,00	58,25
Hirsch Kupfer.....	7	124,00	—	123,50	123,50	122,50	—
Gebr. Körting	6	36,75	36,25	38,75	37,75	37,00	37,00
Maschinenbau-Untern.	0	44,63	44,63	45,50	45,88	45,75	43,50
Maschinenfabrik Buckau	10V	107,50	110,75	113,25	115,50	114,00	112,00
Motoren Deutz	5	64,00	62,00	63,75	64,00	—	60,25
Hugo Schneider.....	10	77,50	75,50	76,00	75,00	74,50	74,00
Schubert & Salzer.....	12V	168,00	164,50	170,00	172,00	168,75	167,00
Montan-Werte							
Buderus Eisen.....	6	59,13	58,00	58,50	58,00	55,25	55,38
Gelsenkirchen Bgw.....	8	90,25	89,00	90,00	89,00	88,00	87,00
Harpener Bergbau	6	84,00	77,25	80,00	79,00	78,50	76,50
Hoesch Eisen	6	73,00	72,88	74,00	75,00	72,00	72,00
Hohenlohe-Werke	5	58,00	57,75	58,00	57,75	—	—
Ilse Bergbau	10V	181,50	184,00	188,00	190,00	186,50	186,75
Klöckner-Werke	6	71,75	70,25	73,50	74,00	71,63	69,00
Köln-Neuessen	6½	80,00	78,63	81,75	82,00	79,00	78,00
Laurahütte	0	39,75	39,50	39,38	39,88	38,00	37,75
Leopoldgrube	4	39,75	38,88	40,25	41,00	39,25	38,25
Mannesmann Röhren ..	7	82,38	80,50	82,25	81,50	79,00	77,00
Mansfeld	0	38,75	39,25	38,75	39,38	38,25	38,00
Mitteldt. Stahlwerke....	6	110,00	110,00	113,50	107,00	106,00	105,00
Oberbedarf	0V	41,25	40,75	41,00	42,50	41,50	41,50
Phönix Bergbau.....	6½	67,00	66,00	67,75	66,75	63,50	61,50
Rhein. Braunkohlen	10	187,50	185,00	189,25	187,75	185,00	185,00
Reinstahl	7½	84,75	82,88	85,50	85,88	82,75	83,00
Riebeck Montan.....	7,26	84,13	84,00	85,50	87,00	86,00	86,50
Schles. Bergbau.....	0	36,00	35,00	35,63	36,00	36,75	35,50
Stolberger Zink	0	53,25	50,00	50,00	48,50	47,50	46,00
Ver. Stahlwerke.....	4	66,13	66,88	67,88	67,00	64,25	62,00
Textil-Werte							
Algem. Kunstzijde Unie	0	76,63	75,13	78,50	77,38	74,75	74,00
J. P. Bamberg	0	82,00	79,75	84,50	85,50	83,50	83,50
F. H. Hammersen	7	—	78,00	81,00	85,00	88,00	—
Norddt. Wollkämmerei..	0	68,00	66,00	68,00	68,75	64,88	65,00
Schlesische Textil.....	0	7,00	6,88	7,00	7,75	8,00	8,00
Stöhr Kammgarn	5	88,88	87,00	89,88	90,75	89,50	86,88
Sonstige Werte							
Aschaffenburg. Zellstoff	12	89,00	87,25	88,88	91,00	86,25	85,75
Basalt	0	28,25	—	28,00	28,50	26,25	26,00
Berger Tiefbau	20	261,50	256,50	262,38	260,00	259,00	258,00
Charlottenb. Wasser....	7½	85,50	85,00	87,50	88,00	87,00	86,25
Continent. Gummi.....	9	121,00	119,00	120,00	122,00	119,00	119,25
Dt. Atlant. Telegr.....	8	97,00	96,00	97,00	98,50	96,50	96,50
Dt. Cont. Gas Dessau....	9	130,13	129,75	136,63	138,25	135,00	134,50
Deutsche Erdöl	7	78,63	72,00	74,25	74,00	71,50	71,13
Dt. Linoleumwerke	15	108,00	105,25	105,00	102,88	98,00	97,75
Dt. Ton- u. Steinzeug ..	11	87,00	84,00	88,00	90,00	87,50	85,50
Dt. Eisenhandel	7	46,13	45,25	46,00	47,00	45,50	45,00
Dynamit Nobel	6 [7]	70,50	70,13	72,00	73,00	70,25	70,38
Eisenb.-Verkehrsmittel	15	157,50	154,50	157,00	158,75	162,00	163,00
Feldmühle Papier	12	120,75	119,13	124,00	127,00	125,00	123,50
Harb. Gummi Phönix ..	6	56,75	53,50	56,88	56,75	—	53,50
Phil. Holzmann	8	90,75	90,13	92,50	94,88	93,75	92,00
Hotelbetrieb	10	109,00	106,50	111,00	110,50	109,50	106,00
Gebr. Junghans	0	36,00	35,63	36,50	37,13	36,75	36,50
Karstadt	12	67,50	66,00	67,00	66,50	62,50	61,25
Metallgesellschaft.....	6	81,00	80,25	80,50	79,75	79,25	79,00
Miag Mühlenbau	10	66,00	65,00	65,38	65,13	65,13	65,00
Nordsee, Dt. Hochseef.	14	164,25	163,00	165,00	166,00	160,50	160,00
Otavi Minen.....	16⅔	34,75	34,00	34,50	34,13	33,75	33,38
Polyphon-Werke	20	170,00	170,00	174,75	175,00	172,00	171,75
Sarotti	10	93,00	86,50	87,50	89,50	88,50	89,00
Schles. Portl. Cement ..	12	93,00	93,00	91,75	92,50	92,50	92,25
Schultheiss-Patzenhofer	15	177,00	175,63	177,50	176,00	171,00	167,25
Svenska Tändsticks	15V	267,00	268,00	273,00	276,00	276,00	270,00
Thörl. Ver. Oelfabr.	6	65,00	64,00	64,00	63,75	62,00	61,50
Thüringer Glas	10	153,00	153,00	154,75	154,25	155,00	153,50
Leonh. Tietz	10	120,25	120,00	123,00	122,00	118,50	118,50
Transradio	8	121,25	122,13	123,00	125,00	125,00	125,00
Ver. Schuhfabrik Wessel	0V	21,00	21,00	21,00	21,25	21,50	22,00
Wicking Portl. Cement	10	52,00	49,00	49,50	49,50	48,00	48,00
Zellstoff-Verein	6	48,75	48,00	49,00	48,50	48,00	47,00
Zellstoff Waldhof	12	113,75	110,13	109,00	105,50	100,00	101,63

[1]) Abschlagsdividende. — [2]) Ferner 2% Bonus. — [3]) Ferner 0.8% Bonus. — [4]) Ferner 10% Bonus. — [5]) RM je Stück = 200 Schilling. — [6]) Ferner 1.20% Bonus [7]) Ferner 1% Bonus.

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	14. 3. 1931	7. 3. 1931	14. 2. 1931	15. 3. 1930
Aktiva				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet	2 286,184	2 285,393	2 254,289	2 480,458
und zwar: Goldkassenbestand	2 078,546	2 077,755	2 046,651	2 330,670
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	207,638	207,638	207,638	149,788
3. Deckungsfähige Devisen	209,164	189,424	181,182	411,924
4. a) Reichsschatzwechsel	3,000	44,070	—	—
b) Sonstige Wechsel und Schecks	1 626,352	1 842,293	1 609,102	1 639,426
5. Deutsche Scheidemünzen	179,264	166,163	192,157	153,863
6. Noten anderer Banken	18,699	15,257	17,676	19,103
7. Lombardforderungen	91,315	84,608	72,351	68,345
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0,001	0,001	0,001	0,046
8. Effekten	[1] 102,264	[1] 102,264	[1] 102,32	93,246
9. Sonstige Aktiva	551,145	549,533	546,607	502,509
Passiva				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,788	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53,915	53,915	53,915	53,915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46,224	46,224	46,224	46,224
c) Sonstige Rücklagen	271,000	271,000	271,000	271,000
3. Betrag der umlaufenden Noten	3 967,994	4 144,808	3 897,256	4 268,015
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	265,866	301,208	250,170	458,514
5. Sonstige Passiva	339,600	338,962	334,333	150,421
Bestand an Rentenbankscheinen	43,6	44,6	44,9	46,4
Umlauf an Rentenbankscheinen	402,5	401,5	401,4	337,2
Deckungsverhältnis %	62,9	59,7	62,5	67,8
Diskontsatz %	5	5	5	5½
Lombardsatz %	6	6	6	6½

[1] Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
7. März 1931				
Aktiva				
Gold	28,559	21,032	8,124	8,179
Deckungsfähige Devisen	6,453	10,348	2,766	6,104
Sonstige Wechsel u. Schecks	53,090	58,961	21,529	17,654
Deutsche Scheidemünzen	0,042	0,080	0,012	0,018
Noten anderer Banken	2,034	2,818	0,020	0,592
Lombardforderungen	2,405	2,438	0,720	3,221
Wertpapiere	5,260	0,481	9,737	3,358
Sonstige Aktiva	7,470	11,360	28,013	30,270
Passiva				
Notenumlauf	68,635	67,395	20,489	24,133
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	3,021	16,530	12,091	6,437
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0,116	5,637	22,895	23,958
Sonstige Passiva	4,413	4,456	3,646	5,495
Weitergegebene Wechsel	3,600	0,001	1,645	1,376

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. — *Für die Inserate:* i. V. E. Schepke. — *Verlag:* Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 9 Lützow 3693, 3694, 3695. — *Druck:* Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — *Bezugspreis:* Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin Nr. 149 296

Finanzanzeigen in diesem Heft:

Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft: Bilanz und Dividende.
Dresdner Bank: Geschäftsbericht.
„Eintracht" Braunkohlenwerke und Brikettfabriken: Bilanz.
Ford Motor Company AG: Bilanz und Dividende.
Mitteldeutsche Stahlwerke Aktiengesellschaft: Bilanz.
Niederlausitzer Kohlenwerke: Bilanz und Dividende.
Sächsische Staatsbank: Zeichnungseinladung über 20 Mill. RM Sächsische Schatzanweisungen von 1931.
Stadt Frankfurt am Main: Freihändiger Verkauf und Umtausch von 20 Mill. RM 7 % Schatzanweisungen der Stadt Frankfurt a. M.

Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1930

Die Krise der Weltwirtschaft hat sich im Jahre 1930 fortgesetzt und weiter verschärft. Während sie in den Vereinigten Staaten die Merkmale der Überproduktion und der Überinvestition zeigt, ist sie in den meist betroffenen europäischen Ländern eine Erscheinung der Erschöpfung. Kapitalnot und Mangel an Kaufkraft bei stärkster Anspannung der Steuerkräfte für Bezahlung der Schulden und sonstigen Lasten aus dem Kriege haben die Wirtschaft fast ganz Europas geschwächt. Die Zusammendrängung des verarmten deutschen Volkes auf einem von der Natur nicht sehr begünstigten und in seinen Grenzen noch mehr als vorher zerrissenen Gebiete, die durch die neue politische Grenzziehung verursachte Lösung der natürlichen Zusammenhänge innerhalb der europäischen Wirtschaft, die Abtrennung Rußlands von dem kapitalistischen Westen, wären allein geeignet gewesen, die notwendige Erholung nach dem Kriege zu erschweren. Dazu kommen noch die Reparationen, die Deutschland bei fallenden Warenpreisen und steigendem Goldwert unerträglich belasten, die natürliche Kapitalverteilung innerhalb der Weltwirtschaft hindern und die deutsche Ausfuhr unter starkem Druck halten. Man erkennt, in welchem Maße in den aufgetretenen Funktionsstörungen, die großenteils auf außerwirtschaftliche Beweggründe und Umstände zurückgehen, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Unausgeglichenheiten zwischen den Völkern zum Ausdruck kommen, und wie wichtig es ist, den tragischen Konflikt zwischen den wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die heute miteinander ringen, zu lösen.

Wenn auch Deutschland wegen seiner Fehler auf dem Gebiete der Finanz- und Sozialpolitik und der herrschenden Kapitalnot von der Mißkonjunktur besonders hart betroffen werden mußte, so konnte man doch die Aussichten für eine schnellere Überwindung der Schwierigkeiten am Anfang des Jahres 1930 gerade für Deutschland, das vom niedrigen Zinsfuß und den Preissenkungen auf dem Weltmarkt in stärkstem Ausmaß hätte Nutzen ziehen können, günstiger beurteilen als für andere Länder. Aber die politische Krise, die im Sommer in der Arbeitsunfähigkeit des Reichstages und in seiner Auflösung sichtbaren Ausdruck fand und mit dem Wahlergebnis vom 14. September ihren Gipfelpunkt erreichte, hat diese verhältnismäßig günstige Lage verschlechtert, indem nunmehr die Kreditwürdigkeit des einzelnen wie der gesamten Wirtschaft vorwiegend

Fortsetzung umseitig!

unter politischen Gesichtspunkten betrachtet und dadurch die Unternehmungslust so gut wie ausgeschaltet wurde. Der politische Radikalismus hat seine Agitation vor allem auf der Arbeitslosigkeit und Not der werktätigen Bevölkerung, aber auch der geistigen Arbeiter, aufgebaut. In dieser Entwicklung wird das deutsche Übervölkerungsproblem in voller Schärfe sichtbar. Es bleibt eine der vordringlichsten, im Jahre 1930 nicht gelösten Aufgaben, der Arbeitslosigkeit praktisch zu Leibe zu gehen. Dies kann, solange sie eine Konjunkturerscheinung ist und nicht auf Fehlern im Aufbau der Arbeitslosenversicherung selbst beruht, zum Teil, wie Beispiele gezeigt haben, durch Verkürzung der Arbeitswoche und entsprechende Minderung des Wochenlohnes zugleich geschehen. Gelingt es, die Arbeitslosigkeit herabzudrücken, so ergeben sich dadurch so erhebliche Ersparnisse an sozialen Lasten, nicht nur für Unternehmer und Arbeiterschaft, sondern hauptsächlich für die öffentlichen Etats, daß eine Steuerentlastung und damit eine Vermehrung der Kapitalneubildung ermöglicht werden kann. Daß wir nur aus Ersparnissen an öffentlichem Verbrauch unsere Kapitalnot wirksam bekämpfen können, nachdem fast 50% des Volkseinkommens direkt oder indirekt der öffentliche Bedarf in Anspruch nimmt, braucht hier nicht mehr hervorgehoben zu werden. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Wirtschaft vorläufig noch mit dem Kredit, den sie in der Welt genießt, steht und fällt, und daß wir in einer Aufbauperiode leben, in der dieser Kredit geschützt und vor unbedachten Handlungen und Äußerungen behütet werden muß. Es sind bei der hohen Vollkommenheit unserer Industrie, bei dem Stande unserer Technik und dem Geschick und Fleiß unserer Bevölkerung lediglich politische Hemmungen, die uns, was die Höhe der an das Ausland zu vergütenden Zinsen anlangt, gegenwärtig auf die Stufe viel primitiverer Kulturen und Wirtschaften herabdrücken. Deutschlands Kredit bedarf, dies hat auch das Jahr 1930 wieder bewiesen, in der inneren und äußeren Politik einer ruhigen und zielbewußten Führung, die sich die Pflege des inneren Marktes ebenso angelegen sein lassen muß wie die Handelsbeziehungen zu unseren Abnehmern, und vor allem auf eine enge Fühlung mit den westlichen Kapitalmächten Wert legt. Eine Überwindung unserer Kapitalnot und der mit ihr zusammenhängenden Arbeitslosigkeit ist abseits von diesem Wege nicht möglich.

Der Schnitt, der das Jahr 1930 in einen zwar unter der Weltkrise leidenden, aber politisch beruhigten und einen von politischen Leidenschaften und Befürchtungen beunruhigten Teil zerlegt, geht auch durch die Tätigkeit der Banken. Wir profitierten im ersten Semester von dem flüssigen Geldmarkt. Auch war die Tendenz des Publikums, durch Umwandlung der Spareinlagen bei den Geldinstituten in fest verzinsliche Werte die Rendite zu erhöhen, besonders günstig für die Placierung von Pfandbriefen der großen Hypothekeninstitute, zu denen unsere Bank ihre Beziehungen gerade in den letzten Jahren erheblich ausgestaltet hat. Wir konnten auch unserer Kundschaft, solange die Geldflüssigkeit anhielt, mit ausreichenden Krediten zur Seite stehen und damit dem Wirtschaftsleben in seiner Krise gute Dienste leisten. Im zweiten Teil des Jahres ging nicht nur das Placierungsgeschäft sehr rasch zurück, es traten auch an den Börsen starke Kursverluste ein, die überall schädigend einwirkten, sowie eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage, die in dem Ansteigen der Konkurswelle ihren Ausdruck fand.

Es kann unter diesen Umständen nicht verwundern, daß die Ergebnisse unserer Bank im zweiten Semester hinter denen des ersten stark zurückblieben und sich diese Entwicklung auch im Erträgnis des ganzen Geschäftsjahres ausdrückte, obwohl umsatzmäßig das Jahr 1930 eine weitere Steigerung von 247,8 Milliarden RM auf 274,9 Milliarden RM aufwies.

Die Anzahl der in unserem Betriebe beschäftigten Beamten belief sich Ende 1930 einschließlich der von uns übernommenen Angestellten der Bankfirma Reinhold Steckner in Halle, des Rathenower Bankvereins in Rathenow sowie des Brandenburger Bankvereins in Brandenburg auf 8065 gegen 8020 Ende 1929.

Von den uns nahestehenden Banken wird die Deutsche Orientbank für das Geschäftsjahr 1930 voraussichtlich wiederum eine Dividende von 5%, die Deutsch-Südamerikanische Bank eine solche von 4% gegen 6% im Vorjahre verteilen. Das Erträgnis ist dadurch beeinflußt worden, daß fast in allen Staaten, in denen die Bank Niederlassungen unterhält, Revolutionen und schlechte Wirtschaftslage zu Schwierigkeiten geführt haben und die Bank für Valutarückgänge Vorsorge zu treffen hatte. Unsere Amsterdamer Kommandite Proehl & Gutmann hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis aufzuweisen, obwohl infolge der allgemeinen Krise das Emissionsgeschäft weniger günstig verlaufen ist. Die Rumänische Bank-Anstalt, an der wir beteiligt sind, hat eine befriedigende Entwicklung genommen, dürfte aber die Gewinne ihres ersten Geschäftsjahres vorsorglich zur Bildung von Reserven verwenden.

Die in die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingesetzten Einnahmen aus dauernden Beteiligungen stellen die Erträgnisse des Jahres 1929 dar. Diejenigen des Jahres 1930 werden in der nächsten Jahresbilanz verrechnet.

Unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven und nach Vornahme starker Abschreibungen ergibt sich laut Gewinn- und Verlust-Rechnung ein Überschuß von 77 192 116,27 RM.

Nach Absetzung	RM	RM
der Handlungs-Unkosten mit	57 273 862,68	
der Steuern mit	6 917 778,59	
und nach einer Abschreibung auf Effekten- u. Konsortial-Konto von	6 000 000,—	70 191 641,27
verbleibt ein Reingewinn von		7 000 475,—
dessen Verteilung wir wie folgt vorschlagen:		
Zuweisung z. Pensionsfonds	300 000,—	
4% Dividende auf RM 100 000 000,—	4 000 000,—	4 300 000,—
		2 700 475,—
Tantieme an d. Aufsichtsrat	162 162,—	
2% Superdividende auf RM 100 000 000,—	2 000 000,—	
Vortrag	538 313,—	2 700 475,—

Dresden, im März 1931.

Der Vorstand

Walther Frisch. Herbert M. Gutmann. Wilhelm Kleemann. Georg Mosler. Henry Nathan. Paul Schmidt-Branden.

Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft Magdeburg

Bilanz am 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	RM
Bergwerksgerechtsame		12 066 000,—
Grundbesitz		2 506 000,—
Bergwerksanlagen		
Schacht- und Grubenbaue	17 899 000,—	
Betriebsgebäude	4 200 000,—	
Maschinen, Apparate und Inventar	5 317 000,—	27 416 000,—
Fabrikanlagen		
Betriebsgebäude	8 309 000,—	
Maschinen, Apparate und Inventar	8 825 000,—	17 134 000,—
Hilfswerke		
Gebäude	3 545 000,—	
Dampfkesselanlagen	1 141 000,—	
Licht- und Kraftanlagen	1 489 000,—	
Anschlußbahnen	3 175 000,—	
Be- und Entwässerungsanlagen	646 000,—	
Sonstige Anlagen	801 300,—	10 797 300,—
Wohnhäuser		5 218 000,—
		75 137 300,—
Vorräte für Betrieb und Anlagen		2 120 255,07
Rohsalz- und Fabrikatebestände		4 259 458,08
Kassenbestände		37 274,69
Stammeinlagen bei Verkaufsvereinigungen usw.		778 359,20
Beteiligungen und Wertpapiere		51 668 564,92
Recht auf Übernahme von Aktien		294 500,—
Laufende Rechnung: Schuldner		
Bankguthaben	11 231 818,39	
Hauptverwaltung des Burbachkonzerns	3 047 565,96	
Gewerkschaft Baden	5 599 370,—	
Außenstände für Salzverkäufe, Vorauszahlungen, Verrechnungsposten und sonstige Außenstände	6 406 355,81	26 285 110,16
Bürgschaften:		
Kalisyndikats-Auslandsanleihe	£ 3 737 680.-.-	
Sonstige Bürgschaften und Eventualforderungen	RM 2 164 191,32	
		160 580 822,12

Passiva	RM
Aktienkapital	70 000 000,—
Reservefonds	12 878 439,47
Goldanleihe des Kalisyndikats	59 179 575,40
Agio auf Goldanleihe des Kalisyndikats	1 502 928,78
Aufgewertete Teilschuldverschreibungen	547 570,10
Noch einzulösende Genußrechte	594 827,50
Rückständige Dividenden und Ausbeuten	189 374,40
Wohlfahrtsfonds	600 000,—
Laufende Rechnung: Gläubiger	6 479 392,11
Gewinn	8 608 714,36
Bürgschaften:	
Kalisyndikats-Auslandsanleihe ... £ 3 737 680.-.-	
Sonstige Bürgschaften und Eventualverpflichtungen ... RM 2 164 191,32	
	160 580 822,12

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1930

Soll	RM
Generalunkosten, Steuern und Abgaben	5 938 173,42
Abschreibungen	4 375 252,31
Gewinn in 1930	8 608 714,36
	18 922 140,09

Haben	RM
Roh-Überschuß	18 922 140,09
	18 922 140,09

Die Dividende für 1930 von 12 % = 12 RM auf die Aktie von 100 RM und 120 RM auf die Aktie von 1000 RM abzüglich 10 % Kapitalertragssteuer gelangt ab 16. März dieses Jahres auf Dividendenschein Nr. 4 bei den nachfolgenden Bankhäusern zur Auszahlung:

bei der **Commerz- und Privatbank, A.-G., Berlin, Hamburg, Magdeburg und deren Filialen,**
bei dem **Bankhaus Z. H. Gumpel, Hannover,**
bei dem **Bankhaus Ephraim Meyer & Sohn, Hannover,**
bei der **Badischen Bank, Karlsruhe,**
bei der **Thüringischen Staatsbank, Weimar,**
bei der **Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Darmstadt, Berlin, Bremen und deren Filialen,**
bei der **Dresdner Bank, Berlin und deren Filialen,**
bei der **Basler Handelsbank, Basel,**
bei der **Schweizerischen Credit-Anstalt, Zürich,**
bei dem **Bankhaus C. G. Trinkaus, Inh. Engels & Co., Düsseldorf,**
bei dem **Bankhaus Deichmann & Co., Köln,**
bei dem **Bankhaus Mooshake & Lindemann, Halberstadt,**
bei dem **Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co., Düsseldorf,**
bei dem **Bankhaus Gebrüder Dammann Bank, Hannover,**
bei dem **Bankhaus Siegfried Falk, Düsseldorf und dessen Niederlassung in Köln,**
bei dem **Bankhaus Hermann Schüler, Bochum,**
bei dem **Bankhaus Gebrüder Stern, Dortmund.**

Aus dem Aufsichtsrat ist Herr Stadtrat **Friedrich Grau, Halberstadt,** durch Ableben ausgeschieden.

Magdeburg, den 14. März 1931.

Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft
Der Vorstand.

Mitteldeutsche Stahlwerke Aktiengesellschaft in Riesa

Bilanz am 30. September 1930

Vermögen	RM.	RM.
Werksanlagen	47 894 103,29	
Zugang	5 211 662,72	
	53 105 766,01	
Abschreibungen	3 965 719,10	49 140 046,91
Beteiligungen und Wertpapiere		14 456 744,39
Vorräte		13 335 848,64
Forderungen		13 509 672,02
Bankguthaben		7 841 366,28
Wechsel- und Scheckbestand		398 017,50
Kassen-, Postscheck- und Reichsbankbestand		98 076,11
Patente und Lizenzen		1,—
		98 779 772,85

Verbindlichkeiten	RM.
Aktienkapital	50 000 000,—
Gesetzliche Rücklage	5 000 000,—
Anleihe	25 000 000,—
Verpflichtungen	9 990 711,34
Rückständige Löhne, soziale Beiträge und Lohnsteuer	894 321,23
Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Verpflichtungen	4 525 446,17
Noch nicht abgehobene Dividende	4 512,—
Noch nicht abgehobene Anleihezinsen	13 055,—
Reingewinn	3 351 727,11
	98 779 772,85

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das am 30. September 1930 abgelaufene vierte Geschäftsjahr

Soll	RM.
Steuern und soziale Aufwendungen	4 428 165.33
Abschreibungen auf Werksanlagen	3 965 719,10
Reingewinn	3 351 727.11
	11 745 611.54

Haben	RM.
Vortrag aus 1928/29	237 579,67
Rohüberschuß	11 508 031,87
	11 745 611.54

„Eintracht“ Braunkohlenwerke und Briketfabriken Welzow N.-L.

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Aktiva.	RM	Passiva.		RM
1. Bergwerkseigentum: Grundstücke, Kohlenfelder und Abbaurechte	13 163 148,—	1. Aktienkapital		24 000 000,—
2. Abraum-Anlagen	3 277 145,—	2. Rücklagen		3 863 122,78
3. Gruben-Anlagen	1 547 809,—	3. Arbeiter- und Angestelltenwohlfahrt		150 000,—
4. Fabrik-Anlagen	8 560 000,—	4. Gläubiger	8 398 691,07 RM	
5. Wohngebäude	2 566 430,—	5. Langfristige Restkaufgelder	3 558 830,39 RM	11 957 521,46
6. Neben- und Hilfsbetriebs-Anlagen	1 929 876,—	6. Bürgschaften 187 885,21 RM		
7. Vorräte aller Art	2 770 711,38	7. Gewinn:		
8. Kasse	59 091,31	Vortrag aus 1929	197 922,18 RM	
9. Schuldner	7 896 331,12	Gewinn 1930	2 544 306,39 RM	2 742 228,57
10. Beteiligungen und Wertpapiere	942 331,—			
11. Bürgschaften 187 885,21 RM				
	42 712 872,81			42 712 872,81

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1930.

Debet.		Credit.	
1. Allgemeine Unkosten einschl. Steuern	3 122 026,15	1. Vortrag aus 1929	197 922,18
2. Abschreibungen	4 202 999,29	2. Bruttoüberschuß	9 869 331,83
Saldo	2 742 228,57		
	10 067 254,01		10 067 254,01

„Eintracht“, Braunkohlenwerke und Briketfabriken.

Der Vorstand.
A. Kleemann. Dr. Voigt.

RM. 20000000,–
7% Schatzanweisungen der Stadt Frankfurt a. M.

— auf Feingoldbasis —
— rückzahlbar bis zum 1. März 1936 in fünf gleichen Jahresraten —
— reichsmündelsicher —

Freihändiger Verkauf:

Ausgabepreis:

96½%

zuzüglich Stückzinsen ab 1. März d. J.

Stückelung: RM. 100,—, 1000,—, 5000,—, 10 000,—
höchste erzielbare Rente: ca. 10,8 %
niedrigste erzielbare Rente: ca. 7,9 %

Umtausch

gegen am 1. April 1931 fällige 5 % Schatzanweisungen von 1928

zu Vorzugsbedingungen:

Einlösungskurs: 109 % (statt 108 % bei Bareinlösung)
Auf RM. 1000,— 5 % Schatzanweisungen **nach Wahl:**
RM. 1000,— 7 % Schatzanweisungen + **RM. 125,— bar**
oder **RM. 1100,—** 7 % Schatzanweisungen + **RM. 30,— bar**
Einlösung des letzten Coupons der 5 % Schatzanweisungen bereits beim Umtausch

Börseneinführung in **Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg**

Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Karlsruhe, Köln, im März 1931.

Preußische Staatsbank (Seehandlung)
Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.
Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —
Mitteldeutsche Creditbank
Niederlassung der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft
Gebr. Arnhold
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien
Düsseldorf
Simon Hirschland **L. Behrens & Söhne**
M. M. Warburg & Co. **Straus & Co.**
A. Levy

Mendelssohn & Co.
Berliner Handels-Gesellschaft
Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Lazard Speyer-Ellissen Kom.-Ges a. A.
Jacob S. H. Stern

Frankfurter Bank
Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft Filiale Frankfurt a. M.
Bass & Herz **Gebrüder Bethmann**
Darmstädter und Nationalbank K. G. a. A. Filiale Frankfurt (Main)
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt (Main)
Deutsche Effecten- und Wechselbank
Dresdner Bank in Frankfurt a. M.
J. Dreyfus & Co. **Georg Hauck & Sohn**
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Nassauische Landesbank **Lincoln Menny Oppenheimer**
Städtische Sparkasse zu Frankfurt a. M.
Gebrüder Sulzbach **Ernst Wertheimber & Co.**

Niederlausitzer Kohlenwerke

Bilanz am 31. Dezember 1930

Aktiva		RM
Anlagen:		
Kohlenfelder, Abbau-Gerechtsame u. Grundbesitz	9 032 538,54	
Abschreibungen	719 538,54	8 313 000,—
Bergbau- u. Abraum-Anlagen	5 901 244,89	
Abschreibungen	1 593 244,89	4 308 000,—
Brikett-Fabrik-Anlagen	6 042 154,40	
Abschreibungen	1 691 154,40	4 351 000,—
Elektr. Kraft- u. Lichtanlagen	1 297 698,27	
Abschreibungen	389 698,27	908 000,—
Werkstätten-Anlagen	420 660,37	
Abschreibungen	126 660,37	294 000,—
Eisenbahn-Anlagen	625 779,49	
Abschreibungen	93 779,49	532 000,—
Ziegelei-Anlagen	61 290,39	
Abschreibungen	12 290,39	49 000,—
Wohn- u. Wirtschaftsgebäude	2 239 797,—	
Abschreibungen	157 797,—	2 082 000,—
Mobilien, Geschirre u. Automobile	76 467,60	
Abschreibungen	38 467,60	38 000,—
Fonds:		
Kasse		98 803,57
Außenstände		18 506 120,36
Warenbestände		2 795 125,30
Hypotheken		73 835,—
Wertpapiere, Kautionen u. Beteiligungen		925 477,40
		43 274 361,63

Passiva	RM
Aktienkapital:	
Stamm-Aktien	24 000 000,—
Vorzugs-Aktien	200 000,—
Reservefonds	2 420 000,—
Ausstehende Dividendenscheine	5 319,—
Hypotheken	87 817,—
Gläubiger	12 774 735,22
Rücklagen	1 070 532,25
Gewinn:	
Gewinn-Vortrag aus 1929 . 197 893,35	
Reingewinn für 1930 . . . 2 518 064,81	2 715 958,16
	43 274 361,63

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1930

Soll	RM
Generalunkosten und Steuern der Hauptverwaltung	3 494 136,06
Abschreibungen	4 822 630,95
Gewinn:	
Gewinn-Vortrag aus 1929 . 197 893,35	
Reingewinn für 1930 . . . 2 518 064,81	2 715 958,16
	11 032 725,17

Haben	RM
Gewinn-Vortrag aus 1929	197 893,35
Betriebs-Überschuß für 1930	10 834 831,82
	11 032 725,17

Die für das Geschäftsjahr 1930 auf **10 Prozent** für die **Stammaktien** festgesetzte **Dividende** gelangt **sofort** in **Berlin** bei der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft**, bei dem Bankhaus **Jacquier & Securius**, An der Stechbahn 3-4, bei der **Gesellschaftskasse**, Potsdamer Straße 127-128, zur Auszahlung.

Berlin, den 16. März 1931.

Der Vorstand:

Sapper. **Dr. Knips.**

Rund 400 000 RM tägliche Schadenszahlung

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Aktiva . . über 234 000 000 RM

Bayerische Versicherungsbank Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversich.-Anstalt Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B

Globus Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversichergs.-Bank Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobilclubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über 3 000 Millionen RM

VERSICHERT EUCH

GEGEN VERLUSTE DURCH
KRANKHEIT
UNFALL UND TOD

bei der

Deutschen Kranken-Versicherungs-Akt.-Ges.

Berlin-Schöneberg
Innsbrucker Straße 26 - 27
Fernspr.: Sammelnum. G 1 Steph 6580

Bei Nichterkrankung Gewinnbeteiligung lt. § 30 der A. V. B.

Nur für Nichtversicherungspflichtige!

Bitte ausschneiden! Als Drucksache in Umschlag stecken! Erbitte kostenlose Zusendung von Prospekt MdW

Name: _____

Beruf: _____ Lebensalter: _____

Deutliche Adresse: _____

DEUTSCHE BANK
UND
DISCONTO-GESELLSCHAFT

Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark

HAUPTSITZ BERLIN

Schnelle und zuverlässige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte wie An- und Verkauf von Effekten, Devisen, ausländischen Geldsorten / Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren / Vermietung von Schrankfächern in unserer Stahlkammer / Aufbewahrung verschlossener Depots

Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande / Korrespondenten an allen bedeutenden Plätzen der Welt

Ford Motor Company A.G.

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva			RM
Laufende Aktiva:			
Bankguthaben	5 976 253,75		
Kasse	2 500,—	5 978 753,75	
Debitoren:			
Verschiedene abzüglich Reserve	675 456,82		
Andere Fordgesellschaften	95 628,04	771 084,86	
Warenbestände:			
Materialien und Teile	7 890 790,43		
Fertige Wagen u. Traktoren	2 906 474,07	10 797 264,50	17 547 103,11
Beteiligung an Credit-A.-G. für Ford-Fahrzeuge 2000 Aktien je RM 1000,— Nominalwert — 25% eingezahlt			500 000,—
Grundstück, Gebäude und Inventar:			
Köln — im Bau befindlich —			
Grundstück	804 230,75		
Gebäude	2 675 093,57	3 479 324,32	
Berlin			
Inventar	919 390,88		
abzüglich Abschreibung	323 332,81	596 058,07	4 075 382,39
Vorausbezahlte Unkosten			212 195,17
Patente usw. zum Übernahmepreis		3 950 000,—	
abzüglich Abschreibungs-Reserve		2 650 000,—	1 300 000,—
			23 634 680,67

Passiva			RM
Laufende Verbindlichkeiten:			
Lieferanten		31 087,24	
Ford Motor Company, Dearborn	896 168,47		
Andere Ford-Gesellschaften	10 305,41	906 473,88	
Spareinlagen		92 695,—	
Aufgelaufene Verpflichtungen		88 044,40	
Kreditoren		142 993,36	
Unerhobene Dividende		9 243,—	
Diverse Rückstellungen		384 628,17	
Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Steuern		1 545 184,23	3 200 349,28
Aktienkapital			15 000 000,—
Gesetzliche Reserve			1 500 000,—
Gewinn:			
Saldo per 31. Dezember 1929		2 219 051,24	
Abzüglich 10% Dividende auf Aktienkapital		1 500 000,—	
Gewinn-Vortrag per 1. Januar 1930		719 051,24	
Gewinn aus dem Geschäftsjahr 1930		3 215 280,15	3 934 331,39
Eventual-Verpflichtungen:			
Noch einzuzahlendes Kapital der Credit-A.-G. für Ford-Fahrzeuge		1 500 000,—	
Nachforderung der Zollbehörde		750 709,35	
			23 634 680,67

Revisionsbericht.

Wir haben die Bücher der Ford Motor Company A.-G., Berlin, für das am 31. Dezember 1930 beendete Geschäftsjahr geprüft und haben alle von uns benötigten Auskünfte und Erklärungen erhalten. Auf Grund der uns erteilten Auskünfte und Erklärungen und der uns vorgelegten Geschäftsbücher der Gesellschaft sind wir der Ansicht, daß obige Bilanz ordnungsgemäß aufgestellt ist, so daß sie eine richtige Wiedergabe der Geschäftslage der Gesellschaft darstellt.

Price Waterhouse & Co.

Berlin, den 18. Februar 1931.

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 1930

Ausgaben.	RM	Einnahmen	RM
Rohmaterial und Fabrikationsunkosten	37 147 030,03	Verkäufe abzüglich Retouren	46 913 970,83
Allgemeine Verwaltungsunkosten und Steuern	6 017 342,56	Bankzinsen und andere Einnahmen	765 681,91
Abschreibungen auf Patente usw.	1 300 000,—		
Gewinn für das Geschäftsjahr 1930	3 215 280,15		
	47 679 652,74		47 679 652,74

In der heutigen Generalversammlung ist die Dividende auf unsere Aktien für das Geschäftsjahr 1930 mit 10% festgesetzt worden. Sie gelangt gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 2 mit 10,— RM für jede Aktie über nom. 100,— RM abzüglich 10% Kapitalertragsteuer bei der

Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin und ihren sämtlichen deutschen Niederlassungen

zur Auszahlung.

Die einzureichenden Gewinnanteilscheine sind auf der Rückseite mit dem Namen des Einreichers (gegebenenfalls Firmenstempel) zu versehen.

Es wurde weiterhin beschlossen, den Betrag von 1 900 000,— RM einem Extra-Reserve-Fonds zuzuführen und den Restbetrag in Höhe von 534 331,39 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Berlin, den 12. März 1930.

Ford Motor Company A. G.

Edm. C. Heine.

Rechtsverbindliche Auflage dieses Heftes 13 000 Exemplare